

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: drümmenarbo: Vierteljahr 3.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements können am Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1876.

**Die Insertions-Gebühr**  
 Beträgt für die sechsgehaltene Kolonietabelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Vernehmlichungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das festgebundene Wort 30 Pf. (zweiwöchige 20 Pf. Gebühre). jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengeld und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Donnerstag, den 13. November 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe.

Dem Reichstag ist gestern der „Entwurf eines Gesetzes betr. Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“ zugegangen. Für den Gesetzentwurf ist nicht die Form einer Novelle zur Gewerbeordnung, sondern die eines selbständigen Gesetzes gewählt. Der wesentlichste Inhalt des aus 18 Paragraphen bestehenden Entwurfs ist folgender:

Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter, vorbehaltlich der nachfolgenden Vorschriften, am ersten Weihnachtst-, Oster- und Pfingsttage überhaupt nicht, im übrigen an Sonn- und Festtagen nur wie folgt beschäftigt werden:

Im Betriebe der offenen Verkaufsstellen ist eine Beschäftigung bis zu drei Stunden zulässig. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für Orte, in denen die Bevölkerung aus der Umgegend an Sonn- und Festtagen die offenen Verkaufsstellen aufsucht, eine Beschäftigung bis zu vier Stunden zulassen. Die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband kann durch statutarische Bestimmung die dreistündige Beschäftigung für alle oder einzelne Gewerbegebiete auf kürzere Zeit einschränken oder ganz unterlagen. Die Polizeibehörde kann für jährlich sechs, mit Genehmigung der höheren Verwaltungsbehörde für weitere vier Sonn- und Festtage, an denen besondere Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu zehn Stunden zulassen.

Im übrigen Handelsgewerbe kann die höhere Verwaltungsbehörde sowie durch statutarische Bestimmung die Gemeinde oder ein weiterer Kommunalverband eine Beschäftigung bis zu zwei Stunden zulassen. Für das Expeditions- und das Schiffmalergerber sowie für andere Gewerbebetriebe, insoweit in ihnen, Güterverladungen mit Seeschiffen vorgenommen werden, kann in gleicher Weise eine Beschäftigung bis zu fünf Stunden zugelassen werden. Die höhere Verwaltungsbehörde kann für jährlich höchstens sechs Sonn- und Festtage, an denen besondere Verhältnisse einen weiteren Geschäftsverkehr erforderlich machen, eine Beschäftigung bis zu vier Stunden zulassen. (§ 1.)

Die Stunden, während denen eine Beschäftigung stattfinden darf, werden, soweit statutarische Bestimmungen erlassen sind, durch diese, im übrigen von der Polizeibehörde so festgesetzt, daß der Besuch des öffentlichen Gottesdienstes freibleibt. Die Stunden können für verschiedene Gewerbe verschieden festgelegt werden. (§ 2.)

Gewerbetreibende, die den Betrieb ihres Handelsgewerbes am Sabbat und an den jüdischen Feiertagen dauernd gänzlich ruhen lassen und der Ortspolizeibehörde davon Anzeige gemacht haben, dürfen Gehilfen und Lehrlinge jüdischen Glaubens an Sonn- und Festtagen mit Ausnahme des ersten Weihnachtst-, Oster- und Pfingsttages bis zu fünf Stunden innerhalb ihrer Geschäftsräume mit der Maßgabe beschäftigen, daß diese für den allgemeinen Verkehr in den nicht allen Geschäften freigegebenen Stunden geschlossen bleiben. Die Stunden, während deren eine Beschäftigung an Sonn- und Festtagen stattfinden darf, werden durch die Ortspolizeibehörde festgesetzt. (§ 3.)

Eine Anwendung findet die Beschränkung der Beschäftigung an Sonn- und Festtagen (wie nach § 105 der Gewerbeordnung) auf Arbeiten 1. in Notfällen oder im öffentlichen Interesse, 2. zur Durchführung einer gesetzlich vorgeschriebenen Inventur, 3. zur Bewachung, Reinigung und Instandhaltung, 4. zur Verhütung des Verderbens von Nahrungsmitteln oder des Wühlens von Arbeitserzeugnissen, 5. zur Veranlassung des Betriebes. Nur für die zu 3 und 4 aufgeführten Ausnahmefälle ist vorgeschrieben, daß jeder Beschäftigte entweder an jedem dritten Sonntag volle 30 Stunden oder an jedem zweiten Sonntag mindestens in der Zeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends von der Arbeit frei zu lassen ist. Und auch da darf die Ortspolizeibehörde noch Ausnahmen gestatten, falls eine zehnstündige Ruhezeit an einem Wochentage gewährt wird. (§§ 4 und 6.)

Weiter kann Ausnahmen von den Sonntagsruhebefristen die höhere Verwaltungsbehörde für solche Gewerbebezüge gestatten, deren vollständige oder teilweise Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung lässlicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist. Der Bundesrat trifft über die Voraussetzungen und Bedingungen der Zulassung von Ausnahmen nähere Bestimmungen; diese sind dem Reichstage zur Kenntnisnahme mitzuteilen. (§ 7.)

Soweit nach dem Gesetze Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an den Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden dürfen, darf in offenen Verkaufsstellen ein Gewerbebetrieb an diesen Tagen nicht stattfinden. (§ 8.)

Die Vorschriften des Gesetzes finden auf die Geschäftsbetriebe der Versicherungsunternehmer einschließlich der Vereine zur Versicherung auf Gegenseitigkeit, der Versicherungsagenten und Makler, der Stellen-, Annoncen- und Auskunftsvermittler, der Sparkassen, der Konsumvereine und anderer Vereine, die nach Art des Handelsgewerbes ihre Geschäfte betreiben, entsprechende Anwendung. (§ 13.)

Keine Anwendung soll das Gesetz finden auf Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Gruben, Wäschereien, Mühlenwerken, Fabriken und Werkstätten, Zimmerplätze und andere Bauhöfe, Werften und Hieseleien, Bauten aller Art, auf das Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe, Musikaufführungen, Schaustellungen, theatralische Vorstellungen, auf das Verkehrsgewerbe, auf den Marktverkehr, auf den Gewerbebetrieb im Imberzieren und auf den Verkauf von Arzneimitteln und Gegenständen der Krankenpflege in Apotheken. (§ 14.)

Eine Reihe Strafvorschriften endlich soll die Beobachtung der Verbotsvorschriften sichern.

Gesetzes und bleibt weit hinter den Vorschriften zurück, die in England und auf Grund von Dristatuten in einer Reihe Gemeinden Deutschlands heute schon gelten. Bis zum 1. April 1912 hatten 15 deutsche Städte völlige Sonntagsruhe durchgeführt. Sie haben gezeigt, daß sehr wohl ein völliges Verkaufsverbot mit der einzigen Ausnahme möglich ist, daß Lebensmittel, Fleisch, Backwaren, Milch und Eier in zwei Morgenstunden verkauft werden dürfen. Bis zum 1. April 1912 hat ferner eine Gemeinde die Verkaufszeit auf eine, sechs Gemeinden haben sie auf 1 1/2, 36 auf 2, 16 auf 2 1/2 Stunden durch Dristatut verkürzt. Eine große Reihe Gutachten hat sich für völlige Sonntagsruhe ausgesprochen. Der Entwurf aber will als Regel eine Verkaufszeit von 3 Stunden zulassen, die nicht einmal am Morgen und auch nicht hintereinander zu liegen brauchen. Und diese unzulängliche Regelung soll gar noch zu Ungunsten der Handlungsgehilfen durch einen Haufen Ausnahmenvorschriften durchlöchert werden können. Das Gesetz (§§ 3, 4, 14) schafft Ausnahmen. Außerdem soll die höhere Verwaltungsbehörde und endlich die Polizei noch Durchbrechungen von der Ruhezeit für ganze Gewerbegebiete oder für alle Gewerbe oder für einzelne treffen können. Bei dem Lohnwahn von Ausnahmefällen würde der Ausnahmezustand nahezu zur Regel werden.

Für Kontorarbeiten hatten bis zum 1. April 1912 bereits 27 Städte die Sonntagsarbeit völlig untersagt. Der Beirat für Arbeiterstatistik hat am 5. Juli 1905 empfohlen, die Beschäftigung von Arbeitern, Gehilfen und Lehrlingen in Kontoren und nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen kaufmännischen Betrieben an Sonn- und Festtagen völlig zu verbieten und nur durch statutarische Gemeindebeschlüsse eine Arbeitszeit bis höchstens zwei Stunden zu gestatten. Zu derselben Forderung gelangte aus hygienischen Gründen das Reichsgesundheitsamt. Und doch schlägt der Entwurf als Regel für Kontorarbeiten zwei Stunden vor und läßt sogar eine Verlängerung bis zu vier und fünf Stunden zu!

Der Entwurf beschränkt sein Anwendungsgebiet auf Handlungsgehilfen und läßt Techniker und andere Angestellte völlig unberücksichtigt.

Statt völliger Sonntagsruhe gewährt der Entwurf also nur für drei Tage (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) einen völlig freien Tag und läßt seine Ruhevorschriften nur für Handlungsgehilfen gelten. Das klingt fast wie Hohn auf die so dringend notwendige Ruhezeit für Angestellte und Arbeiter jeder Art. Hoffentlich gestaltet der Reichstag den Entwurf völlig um, dehnt sein Anwendungsgebiet auf weitere Kreise aus und führt endlich völlige Ruhezeit ein. Wo Ausnahmefälle nötig sind, muß als Ersatz für einen nicht völlig freien Sonntag ein völlig freier Werktag treten. Diese Forderung ist durchführbar und im gesundheitlichen Interesse dringend erforderlich.

## Die Wahlen zur badiischen Kreisversammlung.

Mannheim, 12. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Bei der heute stattgefundenen Wahl der Wahlmänner zur Kreisversammlung haben die Sozialdemokraten gut abgeschnitten. Es wurden im ganzen 6200 Stimmen abgegeben. Davon erhielten die Sozialdemokraten 5200 und die Nationalliberalen 900 Stimmen.

Es waren im ganzen 812 Wahlmänner zu wählen. Davon erhielten die Sozialdemokraten 719 und die Nationalliberalen 93 Wahlmänner. Die Wahlbeteiligung betrug etwa 20 Prozent. Fortschrittler und Zentrum haben sich an der Wahl nicht beteiligt. Da für die Wahl der Abgeordneten das Proporzwahlssystem nicht besteht, so fallen uns sämtliche 23 Sitze der Stadt Mannheim zu. In den Landorten haben wir weniger gut abgeschnitten, da die Wahlzeit von 12 bis 2 Uhr mittags festgesetzt war.

In Weinheim erhielten wir 18, die Nationalliberalen 36 Wahlmänner, in Schwetzingen 10, die Nationalliberalen 21 Wahlmänner.

Voraussichtlich werden wir in den Landorten noch einige Abgeordnete bekommen, so daß wir statt bisher mit 6 jedenfalls mit 25 Abgeordneten in der Kreisversammlung vertreten sein werden.

## Die gute, alte Kruppische Art.

Das enfant terrible der Krupp-Ghettos Otto v. Gottberg schreibt jetzt im „Vokal-Anzeiger“:

„Ein Versuch, den Zeugen v. Rehen weiszuwaschen, würde mißlingen. Leichter ist es, die Ursache seiner Verbitterung und Erklärung für sein zweifelhaftes Geschäft in Italien zu finden. Als ein Mann von nicht geringem Verdienste und die Firma Krupp hat er in Italien und Belgien durch hervorragende Schieflerungen nicht nur große Verkäufe vorbereitet, sondern seinen Ghets auch für die fernere Zukunft große Abnahmefähigkeiten gewonnen. Es kam ein Augenblick, in dem er die eigenen Verdienstmöglichkeiten aufzusehen beschließen glaubte. So sehr übte er sich benachteiligt, daß der Bewährte und von der Firma Gerühmte ihr zu den ihm vorgeschlagenen Bedingungen nicht mehr dienen mochte. Jetzt schloß er das Geschäft mit Wingen ab. Der Fehler war, daß er es heimlich tat, denn mit Wissen der Firma

haben andere ihrer Vertreter Anteil von ihrer Provision an Dritte gezahlt, wie Wingen tun sollte.“

Das schreibt heute derselbe Mann, der am 29. Oktober jenen verächtlichen terroristischen Frontangriff auf Staatsanwalt und Gericht unternahm, um zu verhindern, daß v. Rehen überhaupt zu Worte komme und sein schriftliches Material verworlet werde. Derselbe, der Gift und Galle gegen v. Rehen, diesen „Rach- und Klatschfüchtigen“, spie und keinen guten Faden an ihm lieh.

Was ist inzwischen vorgefallen? Wieviel gravierendes Material muß v. Rehen noch in Händen haben! Welche Angst müssen die Krupp-Leute vor diesem Manne haben! So fragt man unwillkürlich. Es fiel ja bereits während der Prozeßhandlung auf, daß v. Rehen von den Kruppdirektoren zeitweilig so vorsichtig angefaßt wurde, wie man wohl eine geladene Bombe anfassen mag. Nachdem inzwischen das Gericht den Zeugen v. Rehen nicht schlechthin in die Wolfschlucht der völligen Unglaubwürdigkeit geworfen, vielmehr seine Sachauffassung zu einem gewissen Teil auf die Aussage dieses Zeugen gestützt hat, ist äußerster Vorzicht für das böse Gewissen der Kruppwalzer-Interessierten besonders geboten. So danken wir Herrn v. Gottberg einen neuen, ganz ungeschätzbaren Einblick in die Krupp-Psychologie, in die „gute, alte Kruppische Art“, wie Herr v. Gordon so wunderschön sagte.

Eine Episode aus den letzten Verhandlungstagen des Krupp-Prozesses ist nicht genügend beachtet worden. Herr Löwenstein gab während seines Plädoyers in seinem und seines Klienten Brandt Namen die feierliche Versicherung ab, daß Cecius und die übrigen Kruppdirektoren von den Bestechungen oder sonstigen strafbaren Handlungen des Brandt nichts gewußt hätten. Herr Löwenstein erklärte dies, wie er ausdrücklich hervorhob, auf die Gefahr hin, daß eine derartige Versicherung seinem Schilling Brandt nachteilig sein könne. Das war ganz ungewöhnlich. Aus dem Verteidiger Brandt wurde ein Verteidiger des Kruppdirektoriums. Wie erwähnen dies nicht, um mit Herrn Löwenstein über seine Pflichten oder seinen Gesinnung zu streiten. Dazu verspüren wir wahrlich nicht die Spur einer Reizung. Nirgendso trüb aber die Tatsache, daß Brandts ganzes Bemühen auf Rettung der Firma Krupp gerichtet war, so augenfällig zutage.

Und nun das Gegenstück: Herr v. Gordon, der Verteidiger von Cecius, betonte in seinem Plädoyer wiederum so feierlich wie möglich, daß die Firma Krupp Brandt nicht fallen lassen werde. Das sei „gute, alte Kruppische Art“.

Der Austausch dieser beiden Erklärungen der Verteidiger gleich dem Austausch zweier diplomatischer Noten über einen Streitfall. Es klang wie ein do ut, des aus ihnen. Auch Brandt weiß ja, wie bereits gerichtlich erwiesen, noch gar manches. Auch er ist eine Bombe, die noch explodieren könnte. Wo könnte man besser, als bei der Firma Krupp verstehen, gefährliche Explosivstoffe durch geeignete Zusätze und Beimischungen unschädlich zu machen. „Gute, alte Kruppische Art“!

Und nun noch einmal zurück zu Herrn v. Gottberg. Heute teilt er der Öffentlichkeit mit, daß bei Krupp Provisionsverträge à la v. Rehen-Wingen üblich seien. Gewiß auch ein Stück „guter, alter Kruppischer Art“. v. Rehen hat nur, so hören wir, gefehlt durch die Heimlichkeit seines Tuns, die übrigens der Firma Krupp nicht geschadet hat und nicht schaden konnte. Damit rechtfertigt v. Gottberg heute im wesentlichen den Standpunkt v. Rehen in seinem Zivilstreit mit Krupp. Und was Herr v. Gottberg sagt, sagt er als Rundhübscher Krupp, der nach den letzten öffentlichen Feststellungen sein Dienstherr ist. Die Kruppdirektoren wußten all dies selbstverständlich auch, sie wußten es auch schon im April, als Herr v. Hugenberg seine tödliche Selbstbeerdigungserklärung mit ihrem scharfen Angriff gegen Rehen veröffentlichte. Sie wußten es und auch Herr Cecius wußte es. Aber kein Wort davon kam während des Prozesses über ihre Lippen. Herr v. Rehen wurde geröstet. Von der Noblesse jener diplomatischen Erklärungen keine Spur. „Gute, alte Kruppische Art“, fürwahr!

## Angola, ein Zukunftsland der deutschen Kolonialpolitik.

Seit dem Bagdadbahnabkommen zwischen Deutschland und England wollen die Gerüchte nicht vernehmen, die von einer allgemeinen Auseinandersetzung der beiden kolonialpolitischen Rivalen zu erzählen wissen. Deutschland verlangt Kompensationen, weil es bisher bei der Teilung der Welt leer ausgegangen ist. Das ist zwar ein sehr dubiojer Rechtsgrund, aber am Ende nicht zweifelhafter als irgend ein anderer kolonialer Eigentumsittel. Das Geschäft geht natürlich auf Rechnung eines Schwachen. Schon 1898 schloß England mit Deutschland einen Vertrag über das Schicksal der portugiesischen Kolonien, ohne daß Portugal um seine Wohlfahrt ge fragt worden wäre.

Heute soll der Fall — wie man erzählt — revidiert werden und Deutschland das Verkaufsbrecht auf die portugiesische Kolonie Angola zugesprochen werden. Schon im August 1. J. brachte das als gut unterrichtet geltende Brüsseler „Rouvenet Geographie“ eine Mitteilung, daß der Nachfolger des südafrikanischen Diamanten- und Eisenbahnkönigs Cecil Rhodes, Mr. Robert William, mit einem finanzkräftigen deutschen Syndikat wegen Fortführung der Lobito-Eisenbahn von ihrem gegenwärtigen Endpunkt Huambo bis zum Anschluß an das Eisenbahnnetz des belgischen Kongo verhandelt. Eine Bremer Gesellschaft läßt Schürfarbeiten nach Kupfer, Eisen und Kohle vornehmen. Das Kalisyndikat hat eine Veruchspflanzung von Zuckerröhren angelegt. Die deutschen Kolonialfreundlichen Zeitungen leisten sich Stimmungsdarstellungen, die entweder beweisen

Follen, daß die portugiesische Verwaltung unfähig ist, ihre Aufgabe zu erfüllen und daß es eigentlich den Geboten der Humanität entspricht, den deutschen Wachweiser an Stelle des portugiesischen Geldschinders zu setzen. Dabei läßt man durchblicken, welche reiche und verheißungsvolle Zukunft dieses Angola in sich birgt, dessen Hafenstädte einst verblühend wurden, weil die Jagd der Sklavenshändler auf Menschenwilde besonders ergiebig war. Aber eben deshalb sind Land und Leute unbekannt, weil ihren Herrschern nur daran gelegen war, die Früchte ihres Raubbaues zu ernten. Man weiß von ihm, daß es mehr als doppelt so groß ist als das Deutsche Reich. Schon die Zahl seiner Bewohner schwankt sehr beträchtlich zwischen 4 und 6 Millionen. Die Zahl der Weißen wird auf 30 000 angegeben, von denen die Hälfte Mischlinge sind. Von dem gewaltigen Gebiete, das Angola bedeckt, ist aber höchstens 1/10 überhaupt und nur 1/100 bei den besiedelten Verkehrswegen kultivierbar. Das relativ fruchtbare, von Weißen bewohnte Hochland ist 300 bis 500 Kilometer von der Küste entfernt. Das dazwischen liegende Land ist Wüste oder verödet von einer der furchtbarsten aller Krankheiten, der Schlafkrankheit. In den Hafenstädten grassiert die Malaria.

Die Eingeborenen entziehen sich dem Wirkungsbereich der Portugiesen nach Möglichkeit. Wo sie trotzdem mit ihnen zusammen leben müssen, degenerieren sie und nehmen alle Laster an, die sich sonst in den schmutzigsten Vierteln europäischer Hafenstädte breit machen. Dort aber, wo die Engländer mit den Eingeborenen in Verbindung treten, sind Anruhen und Streitigkeiten eine Seltenheit — ein Beweis, daß der Portugiese der Friedenshörer ist. Was die Portugiesen nicht mit Verstand erreichen können, suchen sie durch Geheiß zu erreichen. Sie zwingen alle Eingeborenen, die keine eigene Hütte haben, in Privatdienst zu treten und sie verbinden sogar die ausgeübten schwarzen Soldaten bis auf eine Höchstbauer von sechs Monaten an Private. Trotzdem gelingt es nicht, dem Arbeitermangel zu steuern und viele Plantagen können aus diesem Grunde ihre Anlagen nicht vollständig ausnützen.

Das wichtigste Landesprodukt ist der Gummi, der aber Konkurrenzware ist und dessen Preis deshalb den beständigen Schwankungen unterliegt. Seine Ausfuhr betrug 1910 26 030 000 M., 1911 12 385 000 M. Daneben ist von einiger Bedeutung die Ausfuhr von Kaffee, der hier wild gedeiht, und Wachs. Die Gesamteinfuhr betrug 1911 23 029 000 M., 1910 23 684 000 M.; die Gesamtausfuhr 1910 27 170 000 M. und 1911 23 548 000 M. Die Einfuhr besteht größtenteils aus Textilfabrikaten. Der Handel ist fast ganz in den Händen der Portugiesen, die ihren Besitzstand mit allen Mitteln einer hochschützenden Handelspolitik verteidigen.

Die Viehzucht kann nur auf dem Hochlande im Großen betrieben werden, weil eine verheerende Krankheit (Cauhania) die Viehbestände gefährdet, wenn die Futterplätze und Tränken nicht gewechselt werden können. Der Getreidebau wird bisher nicht im großen Umfang betrieben; Mais ist das Hauptprodukt. Da das Klima und seine Schwankungen, die Niederschläge und ihre Verteilung unbekannt sind, so läßt sich über seine zukünftigen Aussichten wenig oder nichts sagen.

Man hofft den Baumwollbau zu entwickeln, aber von den vier angelegten Versuchsfarmen sind drei eingegangen und der Agronom Martiniano Pereira wurde von seiner Regierung zurückerufen. Die Ausfuhr von Baumwolle betrug 1911 ganze 175 000 Mark.

Der Anbau von Zuckerröhrentriebe sich nur solange als man daraus Schnaps für die Eingeborenen erzeugen konnte. Als der Fasel später besteuert und im Jahre 1911 ganz verboten wurde, wurden auch die Röhrenplantagen vielfach aufgelassen. Eine eigentliche Zuckerröhrenfabrikation konnte sich noch nicht einbürgern.

Das Land ist also in einem desolaten Zustande, so recht geeignet, Hunderte von Millionen zu schlucken und dann lange nichts und in fernem Zeiten sehr wenig zu ergeben. In einem großen Getreide- und Viehlande kann es sich nicht entwickeln, weil die Kulturläche zu klein ist, es keine schiffbaren Flüsse gibt und die Eisenbahnen nur bei hohen Tarifen bestehen können. Ueber seine mineralischen Reichtümer weiß man aber nichts und das ist entschieden zu wenig, um den Uebergang Angolas in deutsche Hände zu rechtfertigen.

Wie weit übrigens die Dinge schon gediehen sind, beweist folgende Meldung der Kolonialen Korrespondenz:

Bei der im Einverständnis mit der portugiesischen Regierung geplanten finanziellen Hilfsaktion Deutschlands zugunsten der wirtschaftlichen Erschließung Angolas erweist neben dem beschleunigten Ausbau der Lobbisbahn nach den kupferreichen Minenbezirken Kailangas die Herstellung einer Bahnverbindung zwischen Deutsch-Südwestafrika und dem benachbarten Angola ein besonderes Interesse. Der gegenwärtig dem südafrikanischen Landesrate zur Beratung vorliegende Plan einer in Ostwarongo von der Otavi-Bahn abzweigenden Bahnlinie nach dem nördlichen Amboland bildet nur ein Teilstück eines größeren Projektes, durch welches der Norden von Deutsch-Südwestafrika über das fruchtbare Hochland des Quilla-Distrikts von Angola hinweg mit dem portugiesischen Hafen von Namamedes verbunden werden soll.

Die vom Reichsamt des Innern herausgegebenen „Berichte über Handel und Industrie“ schreiben über dieses Projekt:

„Die Namamedes-Bahn (Spurweite 60 Zentimeter) ist bis Kilometer 100 fertiggestellt. Die Bahn ist Regierungsbahn, das Material ist von Koppel geliefert. Ueber die Fortführung bis Lubango, der Hauptstadt des Distrikts Quilla, sind weiter schwebende Verhandlungen. Es scheint, daß das alte Projekt einer Bahn von Porto Alexandre über Humbe nach dem deutschen Schutzgebiet hinter dem Plan, die Namamedes-Bahn in dieser Richtung zu verlängern, zurückgetreten ist. Die Regierung hofft, daß mit Hilfe dieser Linie Deutsch-Südwestafrika einmal ein guter Abnehmer von im Quilla-Distrikt gebautem Getreide werden wird.“

Aus alledem geht hervor, daß dem Reichstage in nächster Zeit ganz erhebliche Kolonialforderungen vorgelegt werden. Denn neben den Angolaplänen der Regierung wird auch die Verwaltung Neulameruns hohe Summen erfordern; und die Wünsche der anderen Kolonien nach neuen Bahnbauten und dergl. wollen auch nicht verstummen.

## Politische Uebersicht.

### Zu starker Tabak!

Die „Hamb. Nachr.“ sind natürlich entsetzt darüber, daß die Regierung an Stelle einer Kommission zur Untersuchung des Krupp-Panamas, eine Kommission zur — Prüfung der Rüstungslieferungen setzen will, der Vertreter aller möglichen und unmöglichen kapitalistischen Gebilde angehören sollen, nur nicht derjenige Abgeordnete, der sich durch Aufdeckung des Kruppischen Verschwendungssystems so außerordentliche Verdienste um das Volkswohl erworben hat. „Liebliecht gehört nicht in die Kommission“ erklärt das Hamburger Scharfmacherblatt. Und warum nicht? „Die Kommission soll prüfen und untersuchen, was das beste für den Weg unserer Rüstungslieferung ist, aber nicht von vornherein gegen den ersten und zuverlässigsten Lieferanten Stellung nehmen.“

Als ob Liebliecht identisch mit der ganzen Kommission wäre, als ob er die Haltung der Kommission bestimmen könnte, es sei denn — daß er mit seinen Anklagen recht behielte! Das ist es gerade, was man befürchtet: man will überhaupt keine Anklagen hören, man will gar nicht untersuchen lassen, man will dem Krupp-Panama weit aus dem Wege gehen und eben deshalb soll Liebliecht nicht in die Kommission hinein!

Die Zumutung ist so unglücklich, daß selbst die „Hamb. Nachr.“ stärksten Zweifel hegen, ob sie von der Regierung im vollen Ernste gemeint sein könnte. Schreibt doch das Blatt:

„Die ganze Untersuchungskommission hat, da man sie überhaupt dem Reichstag auf das Geheiß seiner Demokratie bewilligte, gar keinen Wert, wenn ihre Objektivität nicht über jeden Zweifel erhaben ist. Deshalb hat die Regierung durchaus recht, wenn sie Dr. Liebliecht ablehnt. Indessen wird man nun auch auf diesem Rechtsstandpunkt bleiben? Die Sozialdemokratie ist tief gekränkt. Wenn nur, da alles verflucht wird, da mit der Kommission ohnehin schon der Demokratie ein erledigtes Zugeständnis gemacht worden ist, die Herren widerstandslos genug sind, um den Groß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu ertragen.“

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion tritt am Donnerstag zu einer außerordentlichen Fraktionsitzung zusammen, um zu dem Fall Stellung zu nehmen.

### Ein Sachverständiger aus der Rüstungskommission.

Unter dem halben Scheffel „Sachverständiger“ in der Kommission zur Prüfung der Rüstungslieferungen, mit deren Namen die Öffentlichkeit überhäuft wurde, befindet sich auch ein Rittergutsbesitzer v. Nörlich auf Buschlo in Schlesien. Herr v. Nörlich kann als ganz besonders geeignet für dieses Ehrenamt angesehen werden, wenn man die Auseinandersetzungen kennt, die dieser Herr mit der Stadt Breslau gehabt hat. Wegen Verbreiterung der Eisenbahnstrecke befindet sich die Kommune in der Zwangslage, neues Straßenland erwerben zu müssen, darunter auch solches, das Herrn v. Nörlich gehört. Als die Verhandlungen mit allen Nachbarn bereits beendet waren, mußte der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zum Enteignungsverfahren gegen Herrn v. Nörlich nachsuchen, weil dieser Herr der Stadt so exorbitante Preise abnehmen wollte, daß eine Einigung unmöglich war. Die Besitzer von vier Nachbargrundstücken hatten 9 M. pro Quadratmeter erhalten. Herrn v. Nörlich waren selbst 30 M. viel zu wenig! Die Einleitung des Enteignungsverfahrens wurde beschlossen und erst jetzt wurde der Rittergutsbesitzer nachgiebig. Die Abschätzungskommission hatte sehr gut geschätzt, nämlich 20 M., aber es war doch weniger als die Hälfte dessen, was Herr v. Nörlich zuerst gefordert hatte! Als er jetzt auf das Angebot einging, erfolgte von konservativen Parteifreunden im Stadtparlament noch ein Vorstoß, ihm doch 25 M. für den Quadratmeter zu geben. Im Verlaufe der Debatte fielen folgende Bemerkungen: Stadtverordneter Löbe (Soz.): Herr v. Nörlich hat früher ganz enorme Summen gefordert. Es handelt sich um einen der Fälle, wo Privatleute sich wie Bluteigenen an den Körper der Stadt ansetzen und ihre Zwangslage ausnützen. Im Grundeigentumsausdruck ist erklärt worden, daß 20 M. schon zu viel sind. Also lassen wir es lieber auf einen Prozeß ankommen. Stadtverordneter Bischoff (Liberal): Ich möchte Sie bitten, bei 20 M. stehen zu bleiben. Ich sehe nicht ein, warum wir dem Herrn Rittergutsbesitzer, der mit Breslau sonst gar nichts zu tun hat, noch mehr geben sollen, als das Land bei sehr guter Schätzung wert ist!

Herr v. Nörlich steckte schließlich die 20 M. ein, da er mehr nicht kriegen konnte. Dieser Herr ist jetzt „Sachverständiger“ in der Rüstungslieferungskommission. Gewiß ist er sachverständig. In welcher Richtung sich aber der Reichsanwalt seine Sachverständigen ausgesucht hat, das zeigte der Fall des Herrn v. Nörlich zur Genüge. Die Steuerzahler können sich freuen.

Herr v. Nörlich steckte schließlich die 20 M. ein, da er mehr nicht kriegen konnte. Dieser Herr ist jetzt „Sachverständiger“ in der Rüstungslieferungskommission. Gewiß ist er sachverständig. In welcher Richtung sich aber der Reichsanwalt seine Sachverständigen ausgesucht hat, das zeigte der Fall des Herrn v. Nörlich zur Genüge. Die Steuerzahler können sich freuen.

### Eine Vertrauensfundgebung für Herrn Rötger.

Herr Landrat a. D. v. Rötger ist im Krupp-Prozeß wegen Verbauch der Mittätererschaft nicht berechtigt worden. Herr v. Rötger war bekanntlich aufs äußerste empört darüber, daß man ihm derartig die „bürgerliche Ehre abzuschneiden“ wage, und auch die „Kreuz-Ztg.“ entrüstet sich furchtbar darüber, daß ein Gerichtshof sich erlauben habe, auf einen Mann wie diesen ehemaligen Krupp-Direktor und jetzigen Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller den „Verdacht des Meineides“ zu werfen.

Nun ist Herr v. Rötger ein kleiner Trost widerfahren. Das ganze Präsidium des Scharfmacherverbandes hat seinem Vorsitzenden sein unerschütterliches Vertrauen ausgesprochen. Komisch, daß die Herren das überhaupt für nötig hielten. Daß der Vorstand der großindustriellen Scharfmacher sich mit seinem schneidigen Präsidenten solidarisch fühlen werde, war doch als selbstverständlich anzunehmen! Immerhin, es war doch eine „Vertrauens“-Fundgebung und zugleich ein Mißtrauensvotum gegen Staatsanwalt und Strafammer!

### Sehpatriotisches.

Statt gegen die ungeheuerliche Beschimpfung Verwahrung einzulegen, die sich — wie auch die amtliche Darstellung zeigt — der Leutnant v. Forstner gegenüber unseren elsass-lothringischen Staatsbürgern herausgenommen, heißt die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ folgendermaßen:

„Es ist ja jammervoll und beklüßelt die Zustände im Reichsland, die Ohnmacht der heutigen Regierung, bizarrartig heil, daß der Aufbruch in Bayern nun schon den dritten Tag andauert und heute abend vielleicht aufs neue wieder seine Fortsetzung findet. Dort unten muß mit eisernem Wesen ausgeübt werden und eine Militärdiktatur würde dort unten wohl eher angebracht sein als eine bundesstaatliche Verfassung; eine neue dreijährige Militärdiktatur wie von 1871—1874 würde dort unten Wunder wirken.“

Unser Rüstungskapitalismus will eben keine Politik der Vernunft und der Ausöhnung! Er will Haß, Zwiertrecht, Empörung ausüben, damit der Appell an die Kanonen und Bajonette ewig die ultima ratio bleibt und das Rüstungskapital fetter Profite einstackt! Wie lange wird sich das Volk noch diese Verbrecherpolitik gefallen lassen?

### Die Weltverbesserer als Steuerdrückberger.

Die „Post“ wiederholt heute in einer langen nicht-sagenden Erwiderung ihre Behauptungen und stützt sich abermals darauf, daß bei einer Vollerzahlung des Aktienkapitals die Gesellschaft mit Gewinn arbeiten würde, während sie jetzt — und das ist der Kernpunkt des Artikels gewesen — gescheitert in eine Unterbilanz hineingebrochen worden ist. Der erste Teil dieses Satzes beweist, daß der Artikelschreiber ein Ignorant ist — und mit einem solchen zu streiten, lohnt nicht; der zweite Teil ist eine niederträchtige Unterstellung, wie sie dem Charakter des Organs der Panzerpatrioten entspricht. Das stellt man fest; dagegen zu kämpfen, lohnt sich ebenso wenig, weil man es hier ja nicht mit einer ehrlichen Ueberzeugung zu tun hat. Wie lieberlich die ganzen Anwürfe der „Post“ sind, wurde schon in unserem letzten Artikel festgestellt, worin wir nach-

wiesen, daß die „Post“ entgegen der schwarz auf weiß vorliegenden vorjährigen Bilanz behauptete, daß „eine Darlehensschuld von wieder 926 500 M. aufgenommen worden ist“. Heute bringt sie einen neuen Beweis ihrer liebedlichen Leichtfertigkeit. Sie erklärt unsere Darstellung, daß der Verlust sich durch die Gründungs- und Erwerbungs-kosten erkläre, frechhin für eine Finte, der Verlust „habe mit den Erwerbungs- und Gründungskosten doch nichts mehr zu tun“, denn am 30. Juni 1912, also „mehrere Monate nach Gründung der Gesellschaft und nach dem Erwerb der Grundstücke“, sei bereits ein Verlust von 68 069 M. dagewesen. Aber — die Grundstücke sind erst mit 1. Juli 1912 im Besitz der Gesellschaft gelangt! Und vielleicht sagt dem „Post-Gel“ irgend ein Aundiger, daß auch der Aktien-Stempel zu 75 Proz. erst nach Jahresfrist der Gründung bezahlt zu werden braucht, also neben den Erwerbungs- auch noch Gründungskosten im zweiten Geschäftsjahre erwachsen müssen.

Die Behauptung der „Post“, daß „die sozialdemokratische Lindenhaus-Gesellschaft durch eine zielbewusste Ueberschuldung in eine Unterbilanz hineingebrocht worden ist“ — erklären wir also noch einmal für eine nichtswürdige Verleumdung.

Im übrigen: als Harden einmal sich gegen Vorwürfe verteidigte, meinte er zynisch: „Lump — ja! Gel — nein!“ Der „Post-Gel“ könnte das von sich nicht sagen.

### Fortschrittliche Scharfmacher.

Die Fortschrittler in Sonneberg (Sachsen-Meiningen) nahmen nach einem Referat des Landtagsabgeordneten Kommerzienrat Crämer eine Resolution an, in der betont wird, daß das Streikpostenwesen den Anlaß bildet zu Menschenaufläufen und zu Gewalttätigkeiten gegen die Arbeitswilligen. Der Terrorismus zeige sich bei solchen Gelegenheiten in der rohsten Weise und dem allein sei es zuzuschreiben, wenn das Verlangen nach härteren Maßnahmen mehr und mehr hervortrete. Der Referent hatte besonders auf England hingewiesen, wo den Streikvergehen die Strafe auf dem Fuße folge und hat dann dieses System auch für Deutschland empfohlen.

### Protest gegen den Hanjabund.

Zur Zeit der Steuerkämpfe geboren und als Protest gegen die Vorherrschaft des Agrarierturns gedacht, ist der Hanjabund in der letzten Zeit immer mehr nach rechts hinübergeschwenkt und ist jetzt glücklicherweise in die Hände der Scharfmacher angelangt. Auf seiner letzten Tagung schloß er sich dem Verlangen der Konservativen nach einem größeren Arbeitswilligenschutz an. Der Hanjabund hat auch versucht, die kaufmännischen Angestellten an sich zu ziehen mit dem Versprechen, auch deren Interessen zu vertreten. Der dem Hanjabund nahestehende Verein der Deutschen Kaufleute, eine Organisation für Handlungsgewerbetreibende und -gehilfen, hat nunmehr gegen den Beschluß des Hanjabundes Protest erhoben, in welchem ausgeführt wird:

„Der Beschluß des Industriekongresses des Hanjabundes, durch Präsidium und Direktorium einen verstärkten Arbeitswilligenschutz von Regierung und Reichstag zu verlangen, ist geeignet, nicht nur die Entzweiung der Arbeiter, sondern auch weiter Kreise der Angestellten herbeizuführen, da hierdurch der Hanjabund denselben Weg einschlagen würde, den der Zentralverband deutscher Industrieller in Gemeinschaft mit den übrigen Verbänden des „Kartells der schaffenden Stände“ und anderer Scharfmacher zu gehen beabsichtigt. Das Verlangen nach einem verstärkten Arbeitswilligenschutz ist um so weniger berechtigt, als er durch Vorgänge aus letzter Zeit der Nachweis dafür geführt ist, daß die gegenwärtigen Gesetze den Arbeitswilligen in weitgehender Weise schützend zur Seite stehen.“

### Die Präsidentenwahl im sächsischen Landtage.

Ist so ausgefallen, wie wie es in dem Artikel über die Landtagsöffnung in Sachsen vorausgesagt haben. Zum Präsidenten wurde der Nationalliberale Dr. Vogel wiedergewählt; da die Konservativen mit dem Verzicht auf den Präsidenten sich gefunden hatten, stimmten auch sie für Dr. Vogel, während unsere Genossen, die schon wußten, daß man uns den im letzten Landtage inne gedachten eines Vizepräsidenten nehmen würde, weiße Zettel abgaben. Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten schlug die sozialdemokratische Fraktion durch den Genossen Schulze den Genossen Prähndorf wieder vor. Daraufhin erklärte der Vorsitzende der nationalliberalen Fraktion, Landgerichtsdirektor Heiner, seine Parteifreunde könnten nur dann für einen Sozialdemokraten stimmen, wenn dieser zuvor erkläre, alle mit diesem Posten zusammenhängenden verfassungsmäßigen Pflichten übernehmen zu wollen. Da das aber nicht der Fall sei, könnten die Nationalliberalen Prähndorf nicht unterstützen.

Mit den verfassungsmäßigen Pflichten meinten die Nationalliberalen in erster Linie die Teilnahme an der sogenannten feierlichen Eröffnung des Landtages durch den König im Schloß. Unsere Genossen sind aber der Meinung, daß eine Verpflichtung zur Teilnahme an dieser mehr höfischen Zeremonie durch die Verfassung nicht vorgeschrieben ist. Genosse Lange wies den Herren auch aus dem Staatsrecht Professor Meiers nach, daß nach dessen Ansicht die feierliche Eröffnung keinerlei rechtsverbindliche Bedeutung hat.

Genosse Sindermann betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion nach ihrer Stärke Anspruch auf einen Vizepräsidenten habe und man alle parlamentarischen Gepflogenheiten mit Rücksicht und die erdrückende Mehrheit des sächsischen Volkes bräutiere, wenn man den Sozialdemokraten den Vizepräsidenten versage. Diese Vorschlagspolitik wolle er vor dem Lande festnageln. Der Präsident erteilt ihm erregt einen Ordnungsruf, gegen den unsere Genossen protestierten, während die Nationalliberalen durch Juruse den Präsidenten bei seiner deplazierten Schneidigkeit zu rühen suchten, so daß es zu einem erregten Zusammenstoß kam. Der freisinnige Günther erklärte für seine Fraktion die Zustimmung zur nationalliberalen Haltung, obwohl die Fortschrittler vor zwei Jahren Prähndorf gewählt hatten! Diesmal kam der Herr auch mit den verfassungsmäßigen Bedenken. Er desavouierte sich so selbst und dokumentierte zugleich, daß die Fortschrittler im Bündnis mit den Nationalliberalen und Konservativen waren, soweit die Wahl eines Vizepräsidenten in Betracht kam. Der konservativ-nationalliberal-fortschrittliche Block funktionierte also dann ganz gut. Der konservative Opitz wurde mit 62 Stimmen von 89 zum 1. Vizepräsidenten und der Fortschrittler Vör mit ungefähr derselben Stimmenzahl zum 2. Vizepräsidenten gewählt.

Bei den nun folgenden Wahlen der Sekretäre konnte man darauf gespannt sein, ob die Nationalliberalen vor den Konservativen, die ein sozialistisches Direktorium forderten, völlig zu Kreuze kriechen würden. Es zeigte sich jedoch, daß sie einen Sozialdemokraten, und zwar wieder den Genossen Fleißner, neben dem Konservativen Dr. Schanz zum Sekretär vorschlugen. Unsere Genossen gaben, da sie eingeschlossen waren, den Gnadenbroden eines Sekretärs nicht anzu nehmen, nachdem man uns den Vizepräsidenten versagt hatte, weiße Zettel ab. Infolgedessen wurde wohl der Konservative Dr. Schanz glatt gewählt, weil für ihn alle bürgerlichen Vertreter eintraten, aber nicht Genosse Fleißner, für den nur die Freisinnigen und die Mehrzahl der Nationalliberalen gestimmt hatten. Bei der engeren Wahl erlangte zwar Genosse Fleißner knapp eine Mehrheit, er erklärte jedoch unter dem lebhaften Beifall der So-

zialdemokraten, daß er mit Rücksicht auf die Bräutlichkeit der sozialdemokratischen Vertreter bei der Vizepräsidentenwahl die Wahl zum Sekretär ablehnen müsse.

Die Nationalliberalen haben sich so die Zufriedenheit der Konservativen erworben. Jedenfalls trachten die bürgerlichen Parteien, das hat diese Wahl gezeigt, darauf hin, bei der kommenden Landtagswahl in ein bloßbrüderliches Verhältnis zu kommen, um geschlossenen gegen die Sozialdemokratie marschieren zu können!

### Der konservative Vettel um die sozialdemokratische Stichwahlhilfe

solll künstlich vorfichtiger betrieben werden. Der engere Vorstand der Deutsch-konservativen Partei hat, wie die „Konservative Korrespondenz“ amtlich mitteilt in seiner Sitzung vom 8. November 1913 die folgende Entschliessung angenommen:

„Die gegnerische Presse hat den Umstand, daß vereinzelte Mitglieder der Deutsch-konservativen Partei — wenn auch auf eigene Faust und ohne jede vorgängige oder nachträgliche Billigung der örtlichen Instanzen oder der Parteileitung — in Verhandlungen mit Angehörigen der Sozialdemokratie zum Zwecke der Gewinnung von Wahlhilfe eingetreten sind, zu Angriffen auf die konservative Gesamtpartei benutzt.

Der Vorstand der Deutsch-konservativen Partei stellt wiederholt fest, daß er solche Nachforschungen von Mitgliedern auf das entschiedenste verurteilt und daß er sie für unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Deutsch-konservativen Partei erklärt.

Es muß daher, wenn in Zukunft wieder Erwarten solche Verirrungen vorkommen sollten, der Ausschluß der betreffenden Mitglieder aus der Deutsch-konservativen Partei gemäß § 13 unserer Satzungen unerbittlich eintreten.“

Die Resolution soll nur eine Sicherung gegen die Vorwürfe der Liberalen sein, in der Praxis wird sich nichts ändern, höchstens daß man als Vermittler künstlich viele Leute vorschickt, die man leichter von der konservativen Partei abschütteln kann. Aber die Wahlhilfe der Sozialdemokratie wird nach wie vor bei allen Parteien gleich heiß begehrt sein.

### Nationaler Regenjammer.

Jetzt, wo wir das Jubeljahr glücklich hinter uns haben, beginnen auch denen die Haare zu Berge zu stehen, die sich durch das Schwarzenjahr mit hindurchgeschlagen haben. Die „Königliche Volkszeitung“ (Nr. 972) hebt in dieser Stimmung sogar zu einer regelrechten Pöbelpredigt an:

„Wir suchen zu viele Gelegenheiten auf, um zu feiern, und erste Leute finden vielfach, daß das in zu großem Maße geschieht und daß wir es uns zuviel Geld kosten lassen. Wenn man schon einmal gefeiert wird, dann geht bei vielen Leuten das vergnügte Temperament mit der rechnenden Sorge des Hausvaters durch, und man gibt zuviel aus. Das findet man in allen Ständen. Am besten ist es also, man verkürzt die Gelegenheiten und feiert nur solche Gelegenheiten, die wegen ihrer großen nationalen Bedeutung absolut gefeiert werden müssen. Aber in dieser Beziehung gilt das Wort Mirza Schoffys: „Nicht nur Gelegenheiten macht Diebe, der Dieb auch schafft Gelegenheiten.“ Das will in unserem Falle sagen: Man jubelt nicht nur zu lange und zu laut, wenn man Gelegenheiten dazu hat, sondern man sucht auch nach Gelegenheiten, um jubeln zu können und spart nach einer „causa bibendi“ (Grund zum Saufen).

Das verfaterte Zentrumsblatt meint, daß die „circosones“ wenigstens aufhören sollten, wenn das „panis“ (Brot) knapp wird, und in Berlin habe es schon im August 50 000 Arbeitslose gegeben.

Auch die Denkmalsuche erregt das Bedenken der „Königlichen Volkszeitung“. Sie erinnert daran, wie sparsam die Stadt Berlin war, als im Jahre 1412 der erste Joller als Markgraf in Berlin einzog:

Die Chronik berichtet von der unerhörten Pracht dieses Einzuges und meldet zugleich von der großen Kunstfertigkeit der Berliner: „Hat der Mark zu Berlin Markgrafen Churf. Friedrich zu Jollern zu seiner Ankunft eine Tonne Vernauisch Bier verrechnet, so damals 17 gr. gekostet hat.“ Ebdenzehn Groschen! Nicht hochhaft schließt das Kölner Zentrumsblatt seinen Artikel mit den Worten:

Wir müssen danach streben, die Leute, welche auf ein Denkmal aspirieren und keines verdienen, billiger abzufinden. Offizieren wir ihnen eine Tonne Vernauisch Bier!

Sehr schön. Wenn der Vorschlag akzeptiert wird, können die Kosten für das Bier dadurch gedeckt werden, daß man die marmornen Herrschaften der Siegesallee in Berlin an den Weisbietenden loschlägt.

### Ein teures Domkapitel.

Die „Königliche Volkszeitung“ (Nr. 967) macht in einem Leitartikel darauf aufmerksam, wie auch in Preußen Summen für nutzlose Einnahmen verschwendet werden. Als Beispiel erwähnt das Zentrumsblatt das „Domkapitel“ in Brandenburg, das aus Stiftungsvermögen eine Anzahl „Domherren“ besoldet. Sie erzählt:

„Es sind Einnahmen für hohe staatliche Würdenträger geworden, denen ohnehin schon in ihren Gehältern und Pensionen ein sorgloses Alter gewährleistet ist. In Brandenburg z. B. beziehen die höchsten Einnahmen aus dem Domkapitel der Dombauherr, kaiserlicher Admiral à la suite des Seeschiffkorps Eggelsen v. Anner, und der Domdechant, der ehemalige Reichskanzler Fürst v. Bälou. Dem Domdechanten fallen rund 10 000 M. zu, dem Domherrn etwa 8500 M. Im ganzen beziehen die „Domherren“ etwa 80 000 M. jährlich aus dem Vermögen und Einkommen des Domkapitels.“

Und wie werden diese großen Summen von den hohen Herren verdient?

„Wenn man fragt, wofür denn die „hochwürdigen“ Herren diese Einnahmen beziehen, so darf man natürlich an keinerlei kirchliche Funktionen und Entschädigungen dafür denken. Die Herren kommen jedes Jahr einmal am Sitz des Domkapitels, also in Brandenburg, zusammen, geben in ihren selbstgemachten halbbrüderlichen Aufmachungen zum Brandenburger Dom, nehmen an einem kurzen Gottesdienst, an einer kurzen Vereinerung, sowie an einem etwas längeren Festmahle teil, quittieren über ihre 10 000 oder 8000 oder 6000 oder wenigstens 2500 M. und die Bürde des Domkapitulars ist damit getragen. Ihr Erscheinen zu dieser Feier ist übrigens keine Bedingung für die Einnahme.“

Die „Königliche Volkszeitung“ möchte die Summen, die jetzt von jenen hohen Herren eingesackt werden, für die nationale Jugendpflege verwendet sehen. Da wird sie lange warten können. Die Ultramontanen wissen übrigens ihre Kirchenfürsten auch „hochwürdig“ zu bezahlen. So hat unseres Wissens der Kölner Erzbischof ein Einkommen von 40—50 000 M. Zugewogen ist allerdings, daß er dafür arbeiten muß, während manche „Domherren“ schon durch die Anstrengungen eines Festmahles sich große Summe „verdienen“.

### Die griechisch-türkischen Friedensverhandlungen.

Einer Athener Depesche zufolge ist der Text des Friedensvertrages paraphrasiert worden. Unterzeichnet werden kann aber, der „Köln. Bzg.“ zufolge, dieser Entwurf erst nach seiner Genehmigung durch den türkischen Ministerrat. Hiernach bleibt immerhin noch die Möglichkeit einer weiteren Verzögerung. Allseitig wird aber angenommen, daß von

türkischer Seite nunmehr weitere neue Forderungen nicht gestellt werden.

### Der Vertragsabschluss wird erwartet.

Konstantinopel, 12. November. (Meldung des Wiener I. I. Tel.-Korr.-Bureaus.) Der Ministerrat ist heute nachmittag beim Großwesir zusammengetreten, um den paraphrasierten Text des griechisch-türkischen Friedensvertrages zu erörtern. Man hält es für wahrscheinlich, daß der Ministerrat die türkischen Delegierten zur Unterzeichnung ermächtigen und daß der Vertrag morgen endgültig unterzeichnet werden wird.

### Holland.

#### Ein Mandatsverlust.

Amsterdam, 12. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Stichwahl im dritten Amsterdamer Wahlkreis hat uns den Verlust dieses der Parteiorganisation nach stärksten Kreises gebracht, für den einst Genosse Troelstra ins Parlament zog. Nach einer wütenden Wahlkampagne ist der Liberale Otto mit der offenen oder versteckten Hilfe der Liberalen und der höhnischen Unterstützung der Anarchisten gewählt. Zwar erhöhten wir aus eigener Kraft unsere Stimmzahl von 4500 auf 6082, die vereinigten Gegner aber kamen auf 6712. Die Gewerkschaftszentrale sieht also ihren heißen Wunsch, ihren Vorsitzenden Oudequast ins Parlament zu bringen, nicht erfüllt. Das Ergebnis dieser Wahl wird voraussichtlich weitgehende Folgen für die ganze Gestaltung der Politik haben. Der überaus scharfe Kampf, der jetzt zwischen Liberalen und Sozialdemokraten geführt wird, wird die faktische Gemeinschaft dieser beiden Parteien für das allgemeine Wahlrecht vermutlich aufs schwerste erschüttern. Der reaktionäre Zug, der sich in der Wählererschaft offenbart, wird obendrein den Widerstand des Senats gegen das allgemeine Wahlrecht sehr verstärken. Wir gehen voraussichtlich einer Periode der schärfsten politischen Gegensätze entgegen.

### England.

#### Eine Nachwahl.

London, 11. November. Bei der heutigen durch die Ernennung Dudmesters zum Solicitor General notwendig gewordenen Ersatzwahl in Reigate wurde Dudmaster mit 4730 Stimmen wiedergewählt. Roscelles (Unionist) erhielt 3862, Bland (Arbeiterpartei) 3948 Stimmen. In der Stellung der Parteien hat sich seit 1910 nichts geändert.

### Rußland.

#### Die Duma gegen die staatsbürgerliche Gleichheit.

Petersburg, 11. November. Reichsduma. In der heutigen Sitzung wurde über einen Antrag der Kadetten verhandelt, eine Kommission zu bilden zur Ausarbeitung eines Initiativantrages auf staatsbürgerliche Gleichberechtigung. Schingarew (Mitglied der Kadettenpartei) wies darauf hin, daß das Fehlen der bürgerlichen Gleichberechtigung dem Staatsorganismus den größten Schaden zufüge; deshalb sei es notwendig, daß die Rechtsbeschränkung einzelner Nationalitäten aufhöre. Der jüdische Abgeordnete Friedmann begann die Weilsangelegenheit zu besprechen. Der Präsident bat ihn, das zu unterlassen, da die Sache noch nicht alle Instanzen passiert habe. Da der Abgeordnete sich nicht fügte, wurde ihm das Wort entzogen. Kolditschew (Kadett) gab in seiner Rede der Ansicht Ausdruck, daß Rußland ohne die Gleichberechtigung der Juden kein Reichstaat werden könne. Kurikowitsch (Rechtslose Rechte) sagte unter anderem, heute dürfe man weniger denn je an eine Gleichstellung der Juden denken. Denn die Vergroberung der Rechte der Juden würde unangenehme Verhältnisse hervorbringen, vor allem den bürgerlichen Landbesitz vernichten. Die Juden beherrschten die Advokatur und die Presse und griffen die Orthodoxie an. Man könne die Gleichberechtigung der Juden nicht mit der Gleichberechtigung der übrigen fremden Völker verbinden. Geschehe dies, so würde es zum Untergang des Staates führen. Parlow (Rechtslose) meinte, eine derartige Befreiung werde gerade noch vor Sitzungsbeginn eingebracht, um durch ein solches tolmudisch-jüdisches Mittel der Duma einen Beschluß zu stellen. Auch Antonow (Kadett) vertrat die Ansicht, daß die Frage der Gleichberechtigung der Juden angesichts der Verschärfung des Nationalitätenrechtes unzeitgemäß sei.

Nachdem der Antrag der Kadetten mit 152 gegen 93 Stimmen abgelehnt worden war, wurde die Sitzung geschlossen.

### China.

#### Jüanhsikais Diktatur.

Rußden, 12. November. Die Zentralregierung hat einen Erlaß veröffentlicht, in dem jegliche Kritik des russisch-chinesischen Vertrages über die Mongolei sowie über die Handlungsweise der Regierung den Nationalisten gegenüber verboten wird.

### Amerika.

#### Die finanzielle Boykottierung Huertas.

Washington, 12. November. Die Regierung sucht die Mitwirkung der Mächte für eine Politik zu gewinnen, durch welche eine finanzielle Unterstützung der Regierung Huertas durch das Ausland behindert würde; man glaubt, daß finanzielle Isolierung in einigen Wochen den Rücktritt Huertas erzwingen würde.

### Aus der Partei.

#### Die badische Großblockpolitik und die Arbeiter.

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben: Man hatte nach dem bedauerlichen Ausfall der badischen Landtagswahlen in den Kreisen der Partei angenommen, daß die leitenden Parteikreise in Baden zu der Erkenntnis kommen würden, daß die Ursache zu dem Stimmenverlust der Partei, wie zu dem Stimmengewinn der bürgerlichen Parteien, die Großblockpolitik gewesen ist, die aufgegeben werden müsse. Das scheint aber bedauerlicherweise nicht der Fall zu sein. Auch heute noch hält es der „Volksfreund“ in Karlsruhe für unzutreffend, daß unsere Werbestärke in Zentrumskreisen infolge der Großblockpolitik abgenommen habe. Der „Vorwärts“ hat ja die Gründe, welche die Ansicht des „Volksfreund“ stützen sollen, bereits treffend widerlegt. Aber angesichts der in Karlsruhe herrschenden Vogelstraußpolitik ist es doch notwendig, einige Einzelheiten hervorzuheben, um zu zeigen, was durch die Blockpolitik für Anlaß zur Verwirrung in der politischen Propaganda gegeben worden ist. Tatsache ist, daß das Bündnis der Partei mit den Liberalen, mit der Partei der Fabrikanten, von Anfang an in den Kreisen der Arbeiter anderer Bezirke, z. B. in Wiesental, widerwärtig und mit Kopfschütteln aufgenommen wurde. Denn man muß jene Fabrikanten kennen, muß wissen, mit welchem Terror sie gegen die Arbeiterschaft

wäten, um zu verstehen, welche Belastungsprobe den Arbeitern zugemutet wurde, als es hieß, die Partei dieser Fabrikanten ist die Verbündete der Sozialdemokratie. Im vorderen Wiesental genoss unsere Partei bei der Arbeiterschaft sehr große Sympathie und vor 6—7 Jahren dort tätig war, konnte seine Freude haben an der lebhaften Tätigkeit, welche die Arbeiter ausstalteten, um die Organisationen, politische wie gewerkschaftliche, auszubauen. Als die Unternehmern das Wachsen der Organisationen sahen, gingen sie mit der brutalsten Mittel gegen die organisierten Arbeiter vor. Jeder Organisation, auch der christlichen, gingen sie an den Kragen. Am meisten tat sich hervor der Kommerzienrat Köhlin, der Direktor der Baumwollspinnerei und Weberei Steinen. Die Firma hat einen Zweigbetrieb in Maulburg, wo eine sehr gut geleitete gewerkschaftliche Organisation entstanden war. Eines Tages legten die Maßregelungen ein, die dann zurückgenommen wurden, unter der Bedingung, daß der Austritt aus der Organisation erfolge. Um den Druck zu erhöhen, griff man sich besonders Leute aus den Fabrikwohnungen, die zugleich mit dem Verlust der Arbeit den Verlust der Wohnung angeklagt belamen. In kurzer Zeit war die nahe an 200 Mitglieder starke Organisation vollständig vernichtet. Und wie in Maulburg, so war es in Steinen, Brombach, Lörrach, Schopfheim und anderen Orten. In Lörrach verbot man den Beitragsamtlern der Gewerkschaften das Betreten der Fabrikwohnungen. In Brombach mietete die Firma alle leerstehenden Privatwohnungen im Dorfe, um ihre Arbeiter willenlos in der Hand zu haben. Grauenhafte Wohnungsverhältnisse bestanden da. Nidderreiche Familien waren oft in viel zu kleine Wohnungen gepfercht und nur sehr selten gelang es ihnen, bei der Firma durchzusetzen, daß sie eine größere Wohnung belamen. Dazu kamen die niedrigen Löhne und die empörend schlechte Behandlung der Arbeiter durch viele Beamte. Bei Krankenkassenwahlen maßregelte man einfach die gewählten Vorstandsmitglieder, wenn sie, ihr Recht ausübend, für Änderungen zugunsten der Mitglieder eintraten.

Diese Situation vergegenwärtigt man sich, als die Kadetten die Sozialdemokratie habe mit der Partei dieser Volksbedrückten ein Wahlbündnis abgeschlossen. Das machte die Arbeiter mißmutig; und was etwa noch fehlte dazu, das besorgte das Zentrum. Sobald in einem Betreibe traurige Fälle von Willkür zu verzeichnen waren, liefen die in der christlichen Klasse stehenden Zentrumsagitatoren in ganzen badischen Oberland von Verlammlung zu Verlammlung, erzählten den jeweiligen Willkür und bemerzten dann: „Seht, das tun die Verbündeten der Kadetten!“ So wurde allmählich die Situation geschaffen, aus der heraus das jetzige Wahlergebnis erklärlich wird. Dem Zentrum lieferten wir durch das Bündnis mit der Unternehmernpartei vorzügliche Waffen zu ihrer demagogischen Kampfesweise und gegen die Liberalen hinderte uns das Blockabkommen, so scharf zu kämpfen, wie es ihr brutales Auftreten gegen die Arbeiter erforderte hätte. Das konnte zu nichts Gutem führen. Das sollten die leitenden Genossen in Baden aber endlich einsehen. Es besteht gar kein Zweifel, daß der Ausgang der letzten Wahl ein erheblich besserer gewesen sein würde, wenn im vorletzten Wahlkampf mit dem Programm der Partei, anstatt mit dem Programm des Großblocks gekämpft worden wäre und wenn man nicht in diesem Wahlkampf wieder die Partei mit den Plebejischen des Großblocks bepaßt gehabt hätte. Wir hätten vielleicht bei der vorletzten Wahl einige Mandate weniger bekommen. Möglicherweise auch, daß vielleicht das Zentrum damals hätte vorübergehend eine Mehrheit bekommen können. Für unsere Partei hätte das niemals ungünstig gewirkt. Denn das Zentrum hätte doch keine volksfreundliche, sondern es hätte volksfeindliche Politik getrieben, was die Wablaufsichten für unsere Partei bei der jetzigen Wahl so günstig gestaltet haben würde, daß die Zentrumshegemonie wieder, und dann wohl für immer, beseitigt worden wäre. Dieser Erfolg wäre dann ein aus eigener Kraft errungener gewesen, der der Partei Ehre und Vertrauen eingebracht hätte.

Es kann gar keine andere Lösung geben, wie die: „Fort mit der Großblockpolitik!“

### Kommunalwahlsiege.

Bei den Kommunalwahlen in Sickinghofen bei Dortmund machten die Bürgerlichen alle Anstrengungen, die Sozialdemokraten aus der zweiten und dritten Abteilung zu verdrängen. Unsere Genossen haben den Ansturm abgeschlagen und behaupten auch ferner die Mehrheit im Gemeindefolge.

In Eving bei Dortmund haben unsere Genossen zwei Mandate der dritten Abteilung mit Erfolg verteidigt. Die ganze dritte Abteilung bleibt im Besitz der Sozialdemokratie.

Personalien. Als Solokrediteur am Casseler „Volksblatt“ ist an Stelle des nach Halle übergesiedelten Genossen Allan der Arbeitersekretär Genosse Häring in Schweinsfurt gewählt worden.

### Letzte Nachrichten.

#### Larkin soll freigelassen werden.

London, 12. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Es verlautet, daß Larkin in wenigen Tagen freigelassen werden wird. Eine Kabinettsitzung besaßte sich gestern abend mit der Sache; es soll beschlossen worden sein, von Dublin einen Bericht zu verlangen. Die Arbeiterpartei hat dem Premierminister eine Denkschrift eingereicht, in der die Verurteilung und Gefangenhaltung Larkins als zwei große Skandale bezeichnet werden. In Dublin importieren die Arbeitgeber fortgesetzt Streikbrecher aus England. Heute traten alle noch arbeitenden Safenarbeiter in den Streik, so daß der ganze Hafen stillgelegt ist. Eine weitere Ausdehnung des Kampfes ist zu erwarten.

#### Eine Verurteilung der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“.

Köln, 12. November. Das hiesige Schöffengericht verurteilte heute den Verleger der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“, Dr. Kreis mann-Grone, wegen Beleidigung des Abgeordneten Wetterlé zu 400 Mark Geldstrafe. Die erwähnte Zeitung hatte dem Abgeordneten Wetterlé vorgeworfen, daß er ein französischer Agent sei und dafür sein Blatt „Nouvelles“ mit französischem Geld unterstütze werde.

#### Der Lokomotivführer von Melun in Freiheit gesetzt.

Melun, 12. November. (B. Z. V.) Der Lokomotivführer Dumaine, der bei dem Eisenbahnzusammenstoß am 4. November das Halbesignal überfahren hatte und verhaftet worden war, ist wegen seines Gesundheitszustandes vorläufig auf freien Fuß gesetzt worden.

#### Absturz eines Fliegers.

Labinokaja (Gouvernement Kratopol), 12. November. (B. Z. V.) Der russische Flieger Krutjznowoff ist im Kuban-gebiet abgestürzt und dabei schwer verletzt worden.

#### Das Erdbeben in Peru.

New York, 12. November. (B. Z. V.) Nach einem weiteren Telegramm aus Lima sind durch das Erdbeben vom Freitag zehn kleine Städte in der Provinz Kumars zerstört worden. Man nimmt an, daß Hunderte von Toten unter den Trümmern liegen. Unter den Überlebenden, die den Unfällen der Bitterung ausgesetzt sind, herrscht große Not. Die Regierung hat Hilfe abgefordert.

R



Ein Einkauf, so günstig, dass er wohl als einzig dastehend bezeichnet werden kann, ermöglicht es uns, Ihnen gute moderne Konfektion anzubieten zu Preisen, die alles bisher dagewesene weit in den Schatten stellen. Kommen Sie selbst, und überzeugen Sie sich!

*Billige  
November  
Preise*

### Einfarbige Ulster

in grünen und braunen Tönen, den beliebten Modifarben, aus guten Stoffen und versehen mit allen charakteristischen Merkmalen der herrschenden Mode, wie durchschnittene Passe, eingeschobene Ärmel, eleganter Cut-away - Schnitt, fesche Aufmachung

3.75	5.50	7.75	9.50
11.50	14.75	17.50	19.75

### Moderne Kostüme

12.50	16.50
22.50	29.50

### Astrachan- u. Samt-Paletots

15.75	19.75
25.75	36.50

KÖNIGSTRASSE 33  
Am Bahnhof Alexanderplatz

CHAUSSEE STR. 113  
Beim Stettiner Bahnhof



11<sup>50</sup>

Sonntags geschlossen!

## Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis

### 3 Mitglieder-Versammlungen

am Donnerstag, den 13. November 1913, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr,

in folgenden Lokalen:

- |   |                              |
|---|------------------------------|
| 10. Abt.: Niesel, Guffitenstr. 40                                     | 18. Abt.: Franke, Badstr. 19 |
| 19. Abt.: „Kastanienwäldchen“, Inh. Walter, Badstr. 16, kleiner Saal. |                              |
- Referenten: Paul Dupont, Wilh. Kubig, Georg Schmidt.

Am Freitag, den 14. November 1913, abends 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr:

### 18 Mitglieder-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

- |   |   |
|---|---|
| 1. Abt.: Büttner's Festfale, Schwedter Str. 23, II. Saal. | 12. Abt.: „Artushof“, Perleberger Str. 26.                      |
| 2. „Büttner's Festfale, Schwedter Str. 23, gr. Saal.      | 13. „Moabiter Bürgerfale“, Deuffelstr. 9.                       |
| 3. „Verolina-Säle“, Schönh. Allee 28, Mittelsaal.         | 14. und 15. Abt.: „Moabiter Gesellschaftshaus“, Wieleffstr. 24. |
| 4. „Verolina-Säle“, Schönh. Allee 28, ober. Saal.         |   |
| 5. „Gliesche, Kopenhagener Str. 74.                       | 16. Abt.: Funke, Triftstr. 63.                                  |
| 6. „Zühmisch, Vornholmer Str. 7.                          | 17. „Feibels Festfale, Kolberger Str. 23.                       |
| 8. „Zwinemünder Gesellschaftshaus“, Zwinemünder Str. 42.  | 20. „Rössliner Hof“, Rössliner Str. 8.                          |
| 9. „Vornffia-Säle“, Ackerstr. 6/7.                        | 21. „Pharusfale“, Müllerstr. 142.                               |
| 11. „Oranienburger Festfale“, Chausseestr. 16.            | 22. „Zachon, Müllerstr. 136.                                    |

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung.
2. Stellungnahme zur Tagesordnung der Kreis-Generalversammlung.
3. Vortrag: Die nächsten Aufgaben der politischen Organisation.

Referenten: Oswald Aysche, Max Barth, Paul Brühl, Otto Bächner, Karl Giebel, Emil Girbig, Kurt Heinig, Karl Hetzschold, Karl Jahn, Paul John, Joachim Klüß, Franz Marx, Albin Mohs, Wilhelm Pätzl, Daniel Stöcklen, Georg Ucko, Emil Unger.

In der 22. Abt.: Vortrag über Feuerbestattung. Referent: Direktor Pauli.

### Achtung!

Wir machen unsere Mitglieder ganz besonders auf das am Sonntag, den 7. Dezember, abends 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, im Konzertsaal der Brauerei Friedrichshain stattfindende

## Beethoven-Konzert

aufmerksam und erfordern, die Entnahme der Billets rechtzeitig zu bewirken. Eintrittskarten a 70 Pf. und Logenbücher a 10 Pf. sind bei den Bezirksführern und in den mit Plakaten belegten Geschäften zu haben.

Zum Vortrag gelangt u. a.: Die neunte Sinfonie von Beethoven.

Mitwirkende außer den Solisten: Das Blüthner-Orchester und der Berliner Volksschor.

## Allgemeine Ortskrankenkasse Neukölln.

Einladung zu der am Freitag, den 21. November 1913, abends 8 Uhr im Saale von H. Bartsch, Hermannstr. 49 stattfindenden

### Ordentlichen Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Wahl eines Ausschusses zur Prüfung der Jahresrechnung für 1913.
  2. Kenntnisnahme von dem mit dem hiesigen Ärzteverband abgeschlossenen Vertrage.
  3. Beschlussfassung über die nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung zu erlassende Krankenordnung.
  4. Beschlussfassung über die vom Kassenvorstand errichtete Ruhegehaltsordnung für die Kassengestellten.
  5. Beschlussfassung über die Aufnahme eines Hypothekendarlehens auf das Kassengrundstück.
  6. Verschiedenes.
- Neukölln, den 8. November 1913.  
Fiedler, Vorsitzender. Zaleski, Schriftführer.

Zur Beachtung! Die den Delegierten zugelandte Einladung gilt als Legitimation und ist beim Eintritt in die Versammlung zur Eintragung in die Präsenzliste vorzuzeigen. Delegierte, welche die Wahlbarkeit verloren haben, sind aus der Generalversammlung ausgeschlossen. Es wird erucht, Anträge oder Beschwerden, bei denen die Einsichtnahme der Kassenaften erforderlich ist, spätestens einen Tag vor der Generalversammlung mitzutheilen.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband

Verwaltung Berlin.

Die Zahlstelle 22, bisher Sorauer Str. 17, wird verlegt und befindet sich von Sonnabend, den 15. November, ab im Lokale des Herrn Otto Strauß, Lausitzer Platz 12.

### Möbelpolierer.

Sonntag, den 16. November, abends pünktlich 6 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c:

### Branchen-Versammlung.

Tagesordnung:

Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Adolf Hoffmann über: „Meine Reise nach Lissabon. Reiseeindrücke u. Erinnerungen.“ Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensich und Tanz. — Die Kollegen werden erucht, zahlreich mit ihren Frauen an obiger Versammlung teilzunehmen.

Die Ortsverwaltung.

## Kapitän-Kautabak

(gechl. geküsst)

Kapitän-Band- u. Schnupftabake sind nur durch ganz hervorragende feine Qualität so schnell beliebt geworden.

Zu haben in den einschlägigen Geschäften event. zu erfahren durch C. Röcker, Berlin, Grüner Weg 119. (Telef. Agl. 3861.)

Gewerkschaftliches.

Die amerikanischen Gewerkschaften im Jahre 1912/13.

New York, 4. November 1913. (Eig. Ber.)

Am Montag, den 10. November, tritt der Jahreskongress der American Federation of Labor (Amerikanischer Gewerkschaftsbund) zum 33. Male, und zwar in Seattle (Staat Washington) im äußersten Nordwesten der Vereinigten Staaten zusammen.

Verhältnismäßig recht unbedeutend sind die Jahreseinnahmen, die im Jahre 1881 nur 174 Dollar, im abgelaufenen Jahre 244 292,04 Dollar betragen. Das Vermögen stellte sich am 30. September auf 105 068,05 Dollar. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß der Zentralverband fast nur Verwaltungs- und Organisationsausgaben hat.

Mit ganz anderen Summen arbeiten die größeren, zur American Federation of Labor gehörigen Verbände. So wurden von diesen im Berichtsjahre allein an Streikunterstützung 8 345 791,43 Dollar (1 Dollar = 4,25 M.) ausbezahlt. Dabei sind die Aufwendungen der einzelnen, den Verbänden angehörenden Gewerkschaften nicht mitgerechnet. Die höchste Summe an Streikunterstützungen zahlten die beiden miteinander im Kartellverhältnis stehenden Verbände der Bergwerksarbeiter aus, und zwar die United Mine Workers of America (organisierte Arbeiter des Kohlenbergbaus) 1 300 796,93 Dollar und die Western Federation of Miners (Erzgräber) 150 188,34 Dollar.

Nur ein Teil der Verbände gewährt seinen Mitgliedern Sterbe-, ein noch geringerer Teil Krankengeld; Arbeitslosenunterstützung haben acht, Reiseunterstützung zwei Verbände eingeführt. Zur Auszahlung gelangten an Sterbegeld 1 958 892,83 Dollar, an Krankengeld 58 420 Dollar, an Arbeitslosenunterstützung 96 445,70 Dollar und an Reiseunterstützung 33 693,10 Dollar. Mit kleineren Verbänden gewähren ihren Mitgliedern auch beim Tod der Ehefrau Sterbegeld; dadurch entstand ihnen im Berichtsjahre eine Gesamtausgabe von 58 420 Dollar. Die höchsten Summen an Sterbegeld für Mitglieder zahlten die Bau- und Möbelschreiner (307 069,11 Dollar), die Zigarrenmacher und Labararbeiter (273 852,04), sowie die Schriftsetzer (234 457,89 Dollar) aus. Reiseunterstützung zahlten die Zigarrenmacher und Labararbeiter (83 118,10 Dollar) und die Tunnelarbeiter (58 000 Dollar). Mit 304 775,61 Dollar stehen die Zigarrenmacher und Labararbeiter an der Spitze der Krankengeld zahlenden Verbände; auf sie folgen die Formier, deren Arbeit gleichfalls sehr gesundheitsgefährlich ist, mit 159 434 Dollar.

Angegliedert sind der American Federation of Labor 20 048 Gewerkschaften, von denen 659 Einzelgewerkschaften sind und direkt der American Federation unterstehen, während die übrigen Verbände angehören, die ihrerseits der American Federation of Labor angeschlossen sind. Die American Federation umfaßt nicht nur Gewerkschaften, die in den Vereinigten Staaten, sondern auch solche, die in Kanada bestehen.

Nicht zur American Federation of Labor gehören die Verbände der Maurer und Steinhauer, der Lokomotivführer, der Lokomotivheizer, der Eisenbahnzugsführer sowie des übrigen Eisenbahn-Personals.

Konkurrenzverbände der American Federation of Labor sind

die früher so mächtigen, aber zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen Knights of Labor (Ritter der Arbeit) und die sozialistischen Industrial Workers of the World (Industriearbeiter der Welt), die ihrerseits in zwei Richtungen gespalten und numerisch schwach sind.

Berlin und Umgegend. Richtung, Bäcker!

Die Bäckerinnung zu Berlin hat heute nachmittag die Wahlen zum Gesellenauschuss angeordnet, und zwar in der Zeit von 2 bis 5 Uhr, in dem Konfordia-Zinnungshaus, Andreasstr. 64. Gleichzeitig finden auch die Wahlen zum Innungsschiedsgericht statt.

Seit vielen Jahren sind die Feinde der organisierten Bäcker vergebens bemüht, sowohl den Gesellenauschuss als auch die Mitglieder zum Innungsschiedsgericht mit Vertretern der Selben zu besetzen, und man hat vor den verwirklichten Mitteln nicht zurückgeschreckt, um dieses Ziel zu erreichen. Solange die Bäckermeister in Berlin zwei freie Innungen besaßen, wurde der Wählertermin kaum 24 Stunden vorher veröffentlicht, während die Selben schon lange Zeit genau über den Tag der Wahl informiert waren, und ihre Vorbereitungen treffen konnten. In Hunderten von Fällen wurden auch die Mitglieder des Verbandes, denen man keine Wahllegitimation zugefickt hatte, von der Wahl zurückgewiesen, obgleich sie gestempelte Arbeitsbescheinigungen von ihrem, der Innung angehörenden Meister vorgezeigt konnten. Die Selben dagegen erhielten, wenn sie für „zuverlässig“ gehalten wurden, Legitimationskarten in beliebiger Menge, die sie an ihre Leute ausgiebig verteilten.

Jetzt haben die Bäckermeister nur eine Zwangsinnung. Zum zweiten Male wird jetzt der Gesellenauschuss in der neuen Zwangsinnung gewählt. Die Innung, die Wahl kaum 24 Stunden vorher öffentlich bekannt zu geben, scheint glücklich beseitigt zu sein; nicht aber verzichtet man auf die sonstigen Schiebungen. Das zeigte die Wahl im Vorjahre zur Genüge. Damals brachten es die Selben, die kaum 6 Wochen früher, bei der Wahl der Krankenkassenmitglieder knapp 50 Stimmen aufbringen konnten, bei der Gesellenauschusswahl auf 341 Stimmen. Ein solches Resultat war nur möglich, weil man aus ganz Berlin und allen seinen Vororten die Selben zur Wahl schleifte, obwohl sie unmöglich wahlberechtigt sein konnten, und weil Geistesverwandte der Selben, die nie eine Bäckerei von innen gesehen hatten, mit einem Male Bäckergesellen und wahlberechtigt wurden.

Trotz dieser krampfhaften Anstrengung legte die Liste des Verbandes mit 763 Stimmen.

Auch diesmal werden diese Innungsbedienten ähnliche krampfartige Versuche machen! Steht doch für die Innungen nicht nur in Berlin, sondern im ganzen Reiches zuviel auf dem Spiele. Wie schön wäre es, wenn man einen Gesellenauschuss bestände, der sich freudig zu Kamelendiensten hergeben würde, der die Gefekgebung um „Arbeitsunfähigkeit“ und Ablehnung jeden Arbeiterschutzes anfechten würde!

Aber auch dieses Jahr wird die Mühe der Herren vergebens sein! Die organisierten Bäckergesellen werden ihre Pflicht erfüllen, was ja jetzt, wo jeder Bäckermeister der Innung angehört, nicht mehr ganz so schwer ist, als zu Zeiten der zwei freien Innungen.

An die Mitglieder des Verbandes der Bäcker aber ergeht die dringende Aufforderung, heute nachmittag in der Zeit von 2 bis 5 Uhr in den Konfordiafestsälen, Andreasstr. 64, zur Wahl zu erscheinen. Die Wahl findet in der Weise statt, daß zwei Wahlurnen — je eine für den Gesellenauschuss und für die Mitglieder zum Innungsschiedsgericht — aufgestellt sind. Die Stimmzettel sind so eingerichtet, daß für die betreffende Wahl der dazu bestimmte Teil leicht abgetrennt und in die dafür bestimmte Urne abgegeben werden kann.

Die Leitung des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren, Berlin.

Ausgesperrte Bauarbeiter.

Der in der Arbeiterbevölkerung des Nordens ziemlich bekannte Warenhausbesitzer Löwenberg führt in der Schweinmünder Straße Ecke Lorchingstraße einen Neubau auf, auf dem die Arbeitsbedingungen manches zu wünschen übrig lassen. So hat der bauaus-

führende Architekt Adam die Innenarbeiten nicht wie üblich den Putzern direkt vergeben, sondern einem unter diesen nicht gerade angesehenen Putzmeister Lünow. Da die Preise, die Lünow den Putzern zahlte, derart besessen, daß sie auch bei angestrengtester Tätigkeit nicht in der Lage waren, auch nur annähernd ihren Lohn verdienen zu können, kam durch Verhandlungen am Mittwoch voriger Woche eine Vereinbarung zustande, nach der neben einer Preiserhöhung ein Abschlagslohn von 8 M. versprochen wurde. Am Sonnabendabend erhielten die Putzer aber bei der Lohnzahlung einen neuen Vertrag ausgehändigt mit dem Bemerkten, wer dafür nicht arbeiten will, habe freierabend. Der Kolonnenführer erklärte hierzu, die Putzer würden am Montag wieder an der Arbeit sein. Als sie am Montag früh erschienen, wurden sie auf Veranlassung der Bauleitung durch Schutzleute vom Bau befördert, zu gleicher Zeit erschienen eine Anzahl indifferenter Putzer von der sogenannten „Freien Vereinigung (Roarbeiter Blaue)“ und nahmen an Stelle der hinausgeworfenen die Arbeit auf. Hierzu nahmen nun die Aufseher Stellung und legten aus Solidarität für ihre Kollegen ebenfalls die Arbeit nieder. Der Bau ruht also vorläufig.

Der Kutscherstreik bei Th. Schmiedigen.

Eine am Dienstag abgehaltene stark besuchte Versammlung der Bau- und Arbeitsschutz des Bezirks Wedding und Reinickendorf befandete den Streikenden ihre vollste Solidarität und ließ keinen Zweifel darüber, daß die organisierten Kutscher sich die Wahrung ihres Vertrauensmannes nicht gefallen lassen. Sie werden diesen Kampf mit aller Energie durchzuführen, denn es handelt sich ihrer Überzeugung nach um einen mit dem Willen der Unternehmerrorganisationen verknüpften Vorstoß gegen die Organisation und den Tarifvertrag. Eine von Unternehmenseite ausgesprochene Verdächtigung, ein Streikender habe Ausschreitungen gegen Arbeitswille begangen, wurde entschieden zurückgewiesen. Dagegen wurde ein Fall angeführt, wo ein arbeitswilliger Kutscher, als ihn ein Streikposten ganz ruhig ansprach, vom Wagen sprang und mit roher Gewalt gegen den Streikposten vorging. Der Referent Franz betonte, daß selbst die zum Schutze der Interessen der Firma Schmiedigen aufgestellten Schutzwachmannschaften die Ruhe und Besonnenheit der Streikposten anerkannt haben. Dagegen scheint es, als ob der eine oder andere Schutzwachmann seine Ruhe bereits verloren hat. Als nämlich einige Schutzleute die von Streikenden an einem Baum angeklebten Versammlungsausschreibungen abtraten, mochten sie zu einem Streikposten die Bemerkung: „Was geht alles ruhig, aber wenn Ihr nicht bald ein Ende macht, werden wir anders mit Euch verfahren!“ — Man sieht also, daß in manchem Schutzwachmann immer noch die falsche Meinung herrscht, es sei Aufgabe der Polizei, Streiks zu unterdrücken. Das wird ja nun sicher nicht gelingen und die Streikenden, die sich bisher musterhaft verhalten haben, werden der Polizei auch ferner keinen Anlaß zum Einschreiten geben. Wenn sich Herr Schmiedigen nicht bald zu einer Verständigung mit der Streikleitung versteht, dann wird diese sich veranlaßt sehen, die Kutscher derjenigen Fuhrunternehmer, welche jetzt die Arbeit für Schmiedigen machen, zur Arbeitsniederlegung zu bewegen. Es sind fast ausnahmslos nur die Fuhrwerksbesitzer selbst und deren Söhne, welche Kutscherdienste für Schmiedigen verrichten. Die bei diesen Fuhrwerksbesitzern beschäftigten Kutscher haben die Streikarbeit abgelehnt. In den nächsten Tagen wird es sich entscheiden, ob der Streik auf die bezeichneten Betriebe ausgedehnt werden soll.

Deutsches Reich.

Die Sitzung des Haupttarifamtes für das Baugewerbe wieder vertagt!

Der auf den 11. und 13. November angelegte Termin für die Sitzung des Haupttarifamtes ist in letzter Stunde aufgehoben worden. Die Ursache für die Terminaufhebung ist zurückzuführen auf die Schwierigkeiten, die sich bei der Vorbereitung für die Erledigung einiger Streitfälle ergeben haben und die bis zu dem angelegten Termin nicht behoben werden konnten.

Eine Niederlage der Selben.

Die Maschinenfabrik Augsburg-Kürnberg, Werk Augsburg, gilt noch immer als eine Hochburg der Selben. Im letzten Jahresbericht des gelben Wertvereins wird die Mitgliederzahl auf rund 2000 angegeben. Es ist daher begreiflich, daß man den Wahlen zur Betriebskrankenkasse in diesem Betriebe ein ganz besonderes Interesse entgegenbrachte. Das Ergebnis ist eine ganz

Kleines feuilleton

Wenn wir nicht besser wären als die Gesehe. Das österreichische Vereinsgesetz verbot den Frauen jede politische Vereinigung, aber 20 000 österreichische Arbeiterinnen haben sich bereits politisch organisiert. Viktor Adler gedachte dieser Tatsache in einer Rede und machte dabei die Bemerkung: „Ja, wenn wir nicht besser wären als unsere Gesehe...!“ An dieses Wort knüpfte Josef Luitpold im „Strom“ an:

„Wenn wir nicht besser wären als die Gesehe...!“ Der Satz ist knapp und scharf — der Wappenspruch alles revolutionären Söhnenrebens. Wer war besser, Sokrates oder die Gesehe, die ihn den Schirfingbecher leeren ließen? In ihr Nichts sind diese Gesehe zerfallen, aber ewig in die Zeiten hinein strahlt die Dohle des hellenischen Weisen. Und weiterhin der unabwehrbare Zug der Unsterblichen, die Forscher, die Denker, die Künstler, die lebenskräftigen Menschen alle! Die Erde galt als Scheibe, sie wies den Kugelgestalt nach; sie steht stille, hoch es, sie riefen: Und sie bewegt sich doch! Als Lähmer und Heber wurden Spinosa und Galilei, Comenius und Wagner von den Hünern der Gesehe persifolien. Aber sie waren besser als die Gesehe, und die Gesehe versanken vor ihnen wie die Schatten vor der Sonne im Zenit.

Wenn nicht immer wieder Menschen kämen, die besser sind als die Gesehe, gäbe es keine Zukunft. Die Zukunft ist eigentlich völlig ungeschichtlich. Sie stellt für den Körper den Antichrist dar. Darum gibt es so viele Paragraphen, die den Fortschritt bei Strafe verbieten. Der Paragraphen müßt sich rebellisch, die Entwicklung abzuschaffen, aber am Ende schafft die Entwicklung den Paragraphen ab. Soll nicht alles beim Alten bleiben, so müssen die Menschen besser sein als die Gesehe.

In Österreich arbeiten 35 000 Kinder in der Nacht. Wenn sich die Gesehegeber und die Richter dieses Landes zu Bett legen können, bleiben 70 000 magere Kinderhände regsam, spinnen und spulen, schleichen Redern und fitteln Schachteln schier bis in den frühen Morgen. Stellt euch diese 70 000 blauen und vertränten Wangen vor, die Städte des grauenhaftesten Schaffens. Es ist geschehlich. Ungeschichtlich ist es, wenn wir empört aufschreien und den Kleinen zu ihrem Schlaf verhelfen wollen.

Aber die setz Wille zur Ungeschlichkeit, er sei geheiligt! Denn wenn wir so schlecht blieben wie unsere Gesehe, läme die Schlichkeit niemals aus der Welt.

Die Direktorenwahl der Neuen Freien Volksbühne. Das eben erschienenen zweite Heft des Vereinsblattes der Neuen Freien Volksbühne bespricht die vor einiger Zeit geschehene Wahl Emil Lessings zum künstlerischen Leiter der Neuen Freien Volksbühne. Die Zeitungen hatten feinerzeit geschrieben, Lessing, der Oberregisseur Otto Brahm, habe anfangs unter den Bewerber nur eine einzige Stimme für sich gehabt. Das ist aber, wie man nun hört, „nietmals, in keinem Zeitpunkt der Beratungen“ der Fall gewesen, vor-

allem nicht in dem Sinne, daß die Kandidatur Lessings irgendwam als gleichgültig betrachtet worden wäre. Das Vereinsblatt schreibt:

„In Wahrheit sind aus der großen Zahl der Bewerber von vornherein nur drei ernstlich in Frage gekommen, unter denen sich Lessing befand. Von diesem Aleeblatt schied ein Bewerber sehr bald aus dem Kreise unserer Erwägungen aus, weil er sich wohl recht gut für ein intimes Theater, ein Kammerspielhaus etwa, geeignet hätte, nicht aber für eine Bühne großen Stils mit umfassendem Repertoire. Wlieben also zwei, darunter immer noch Lessing. Er war mithin während der ganzen Beratung von A bis Z in der vordersten Kandidatenlinie.“

Anfangs sind die Mitglieder der Jury, wie das Vereinsblatt zugibt, für Lessings Konkurrenten gewesen, aber schließlich bekannten sie sich doch in großer Mehrheit — mit 11 von 13 Stimmen — zu Lessing, weil sie, wie das Vereinsblatt betont, die Sache über die Person stellten. Sehr wohl; das nehmen wir als selbstverständlich an. Es hätte aber nichts geschadet, wenn das Vereinsblatt sich nun über die Gesichtspunkte, die bei der Wahl des künstlerischen Leiters eine Rolle spielten und im Gange der Verhandlungen die Wendung und Entscheidung zu Lessings Gunsten herbeiführten, deutlicher, als jetzt geschehen ist, ausgelassen hätte.

Martin Brandenburg. Im Künstlerhaufe (Vellebuestr. 3) sind mehr als sechzig Arbeiten des Berliner Malers Martin Brandenburg zu sehen. Was man hier zu sehen bekommt, das ist der ganze Brandenburg. Ein Träumer, einer, der mit schillernden Seifenblasen spielt. Kein großer Maler, aber ein lebenswärtiger Ballettmeister. Er versteht mit Eisen und mit den turbulenten Geistern der Walpurgisnacht, mit den Wurzelmännlein, wie sie im deutschen Walde haufen, und mit allen Lustgelesen, die im Winde schwimmen. Brandenburg ist ein Märchenzerzähler. Nun wird das Märchen aber vom Volk gebichtet, von den vielen, die eine Zeit erleiden und besiegen. Märchen entstehen wie Wolken. Wer sie auf Befehl erscheinen lassen will, muß notwendig ein wenig Theater machen. Das ist das Schicksal aller individualistischen Märchenzerzähler.

Auch Brandenburg entgeht ihm nicht; und so kommt es, daß die Realität, die er begehrt, zuwelen zur spiritistischen Hysterie zu werden scheint. Ein Bild, das er „Sphären“ heißt, ist für seine Art sehr charakteristisch; um eine leuchtende Scheibe, das Symbol der Erde wie der Sonne, fliehet ein Strom von Menschenleibern, eine mythische Figur nebelnder Fleischlichkeit. Oder: „Die blaue Stunde“; Jünglinge und Jungfrauen schweben im Schlaf, langsam erwachend, sehnsüchtig, begehrend, tief erschauernd, Schwaben und fallen im Lichte, der dem Hörenwandel einströmt, in der Unbestimmbarkeit der Dämmerung. Es läßt sich begreifen, daß ein Künstler solcherlei zu gestalten versucht; es läßt sich aber nicht verkennen, daß Brandenburg den Gefahren der gemalten Literatur nicht zu entgehen vermochte.

Brandenburg ist nicht elementar genug, um Gesichte zu schaffen, wie sie auf den Wänden buddhistischer Tempel sich gewaltig regen. Brandenburg ist etwas wie ein Präraffaelit der märkischen Seide.

Er sieht im Gedräng der Vooornebel farbensprühende Reigen, er hört den Schmerz klagen und die Freude lachen. Aber alles in allem geht es ihm schließlich wie jenem Kindlein, das den Erlkönig tanzen und werben sah; es stirbt der Künstler, wenn die erhitze Phantasie mehr begehrt, als sein Handwerk zu leisten vermag. rbr.

Notizen.

Der mißglückte Parsifalplan. Professor Müdel von der Igl. Oper vermittelte das Engagement von etwa 70 Bühnenkünstlern für die Dauer von drei Monaten zwecks Veranstaltung deutscher Parsifalaufführungen in Paris. Nun ist aber das Pariser Theater des Champs-Élysées in finanzielle Schwierigkeiten geraten, die Proben wurden plötzlich abgebrochen und die Engagierten sehen sich in ihrem Vertrauen auf Professor Müdel bitter getäuscht. Auf ein anderweitiges Engagement ist jetzt nach Saisonbeginn für manchen kaum mehr zu rechnen. Die Verbände der Bühnenkünstler haben sich der Sache angenommen.

Vorträge. Ueber Riesenschiffe hält am Freitagabend 8 1/2 Uhr im Bürgeraal des Berliner Rathauses Herr Dr. Richaelien, Assistent am Institut für Meereskunde, einen durch zahlreiche Lichtbilder erläuterten Vortrag.

Kaiser-Friedrich-Museum. Von dem altniederländischen Maler Pieter Breughel, dessen Werke neben ihrer hohen farbigen Eigenart einen reichen Inhalt an kulturgeschichtlichen Werten bergen, besah die Berliner Galerie bisher kein Gemälde. Jetzt wurde eine Darstellung der niederländischen Sprichwörter, ein szenenreiches Bild, das Breughel 1556 gemalt hat, aus englischem Besitz erworben und im Kaiser-Friedrich-Museum ausgestellt. Zunächst leihweise, aber hoffentlich dauernd.

Robelpreise. Der Robelpreis für Rhöhl wurde dem Professor Kamerlingh Onnes verliehen, der in seinem weltberühmten Kältelaboratorium zu Leiden die Methoden der Verflüssigung der Gase ausbaute und dem u. a. die Verflüssigung des Heliums gelang. Der Preis für Chemie fiel an den Züricher Professor Alfred Werner, der als Schöpfer einer neuen Vorstellung von der Bindung der Atome für die anorganische Chemie Bedeutendes geleistet hat.

Eine Tragödie von Eih Braun wurde im Bremer Schauspielhaus am Ofterton aufgeführt. Sie spielt in Florenz, im Ringen einer Zeit, in der mittelalterliche Weltstucht und Weltfreude der Renaissance gegeneinanderstehen. Eine fromme Mutter beschuldigt sich der Teufelsbuhlschaft, um durch ihren Ofterton dem der Meierei angeklagten Sohne das ewige Feil zu retten. „Mutter Maria“ ist das Drama betitelt.

Die Elektrifizierung der Gotthardbahn, begünstigt durch die gewaltigen natürlichen Wasserkräfte der Schweiz, wird vermutlich binnen kurzem in Angriff genommen werden, zunächst die Strecke von Vellingana nach Erstfeld. Die Elektrifizierung der ganzen Bahn würde die 28 Minuten lange Durchfahrt ohne besonderen Kraftaufwand auf 14 Minuten verkürzen.

empfindliche Niederlage der Gelben. Von 3268 gültigen Stimmen fielen auf die Liste des Metallarbeiterverbandes 1518, auf die Liste des gelben Werkereins 1417 und auf die Liste der Christlichen 280 Stimmen. Die Freiorganisierten erhalten 19, die Gelben 17 und die Christlichen vier Vertreter. Die gelben Führer hatten ungeheure Anstrengungen gemacht, um die im vorigen Jahre bei der Gewerbetagswahl erlittene Niederlage wieder wett zu machen, aber ohne Erfolg. Trotz der hohen Mitgliederzahl konnten sie nicht einmal die Mehrheit der Stimmen erzielen.

## Aus Industrie und Handel.

### Aufsichtsratsstellen.

Die Verwaltung der Phönix Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb soll beschleunigt werden, die Zahl der Aufsichtsratsstellen zu vermindern. Nach dem Geschäftsbericht für 1912/13 fielen im Aufsichtsrat des Phönix nicht weniger als 27 Personen. Dazu kommen noch 10 Direktoren, so daß die Gesamtverwaltung der Gesellschaft 37 Personen umfaßt. Noch grobhartiger präsentiert sich der Aufsichtsrat der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hüttenaktiengesellschaft. In ihm sitzen 42 Personen, also noch 15 mehr als im Aufsichtsrat des Phönix. Die Deutsch-Luxemburgische Gesellschaft hat außerdem ebenfalls wie der Phönix 10 Direktoren, so daß also hier die Gesamtverwaltung aus 52 Mitgliedern besteht. Man bedenke, daß alle Aufsichtsratsmitglieder Kantien erhalten und zwar teilweise sehr hohe Kantien. Man bedenke ferner, daß ein großer Teil der Aufsichtsratsmitglieder an der Verwaltung des Unternehmens so gut wie gar nicht teilnimmt, daß diese Herren vielmehr aus irgendwelchen Gründen (meist denen der Repräsentation) in den Aufsichtsrat gewählt wurden. Die Mitglieder eines solch riesigen Aufsichtsrates haben natürlich so gut wie gar keine persönliche Verbindung mehr unter einander, sie unterhalten sich lediglich durch Rundschreiben und dergleichen, und wenn sie nicht gezwungen wären, ein- oder zweimal im Jahre sich am Sitzungstisch zu sehen, so würden sich viele von ihnen wahrscheinlich niemals zu Gesicht bekommen. In den Sitzungen führen ein paar Leute, die sich mit der Geschäftsführung des Unternehmens wirklich befaßt haben, das Wort und die anderen sagen nichts als ja und Amen. Man könnte noch so freigebig gestimmt sein, man wird doch zu dem Schluß kommen, daß eine solche Sprechanstreuung nicht 5000 M. oder 10 000 M. oder gar noch mehr im Jahre wert ist. In den Gesellschaften mit ungeheurer Aufsichtsratsgröße gehört auch die Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft, die nach dem letzten Geschäftsbericht 81 Aufsichtsratsmitglieder hat. Hierzu kommen 14 Direktoren, also insgesamt 45 Personen, die mehr oder weniger aufmerksam über die Geschicke des Unternehmens wachen. In Wirklichkeit sind es natürlich einige maßgebende Banken und der Generaldirektor der Gesellschaft, die das Unternehmen bestimmen.

## Soziales.

### Nicht vereinbarte Dienste.

Ein Kellner klagte gestern vor dem Gewerbegericht unter Vorbehalt des Registratorats Platon gegen den Gastwirt Nagmann auf Zahlung von 7 M. für den Entlassungstag. Dem Kläger war ein Teil des Lokals zur Bedienung zugewiesen. Obwohl Mittagsgäste anwesend waren, sollte er Essen über die Straße bringen. Er weigerte sich, das zu tun.

Das Gericht verurteilte den Beklagten dem Klageantrag entsprechend mit der zutreffenden Begründung: Wenn vom Kläger besondere, nach dem Vertrage ihm nicht obliegende Arbeitsleistungen gefordert wurden, so brauchte er diese nicht zu leisten. Zur Leistung des nicht in die Verordnungen eines Kellners fallenden Austragens wäre er nur verpflichtet gewesen, wenn er das Austragen vorher vertraglich übernommen hätte.

### Ein feiner Ausweg für unsere Frommen.

Ein merkwürdiges Verfahren übt die Stadtgemeinde Lübbenau, um den Kirchenfiskus zu füllen. Unsere Frommen in Groß-Berlin werden vor Reib bersten, wenn sie erfahren, auf wie einfache Art es noch anderswärts möglich ist, bei Weibnot der Kirchen abzuhehlen, ohne sich selber bemühen zu brauchen und ohne dabei in die Verlegenheit zu kommen, aus Jertum Geldern und Juden zu beschließen.

Die Stadtgemeinde Lübbenau hat es nämlich fertig gebracht, die gesamten Geldbedürfnisse der Kirchengemeinde auf den Etat der politischen Gemeinde zu übernehmen und diesen übernommenen Betrag durch Einrechnung in die Gemeindefiskussteuer von allen steuerpflichtigen Gemeindegliedern ersetzt zu verlangen. Nun gibt es aber sogar in unserem abgeklärten Spreewaldgebietlichen schon gottlose Menschen, die von unserer Staatskirche nichts mehr wissen wollen, deshalb ihren Austritt erklärt haben und sich deswegen nicht mehr für verpflichtet halten, den Kirchenfiskus füllen zu helfen.

Ein solcher Sünder vor dem Herrn beschwerte sich bei der Gemeinde — erfolglos. Damit nicht zufrieden, wandte er sich an die zuständige Aufsichtsbehörde, den Regierungspräsidenten in Frankfurt a. O. Dieser antwortete nach nahezu dreiwöchentlicher Überlegung, daß der Beschluß der Stadtgemeinde Lübbenau, den sonst durch Kirchensteuern zu deckenden Bedarf der Kirchengemeinde auf ihren Bedarf zu übernehmen und somit zu einer durch Kommunalabgaben zu bedeckenden Gemeindefiskussteuer zu machen, nicht gegen die gesetzlichen Vorschriften verstößt und auch nicht die Befugnisse der städtischen Körperschaften überschreitet. Sogar der Herr Oberpräsident, bei dem weitere Beschwerden erhoben wurde, erachtet den Bescheid des Regierungspräsidenten für zutreffend. Nun hat noch der Minister das Wort. Hoffentlich hat dieser Kenntnis von den in Frage kommenden Gesetzesbestimmungen. Sollte das nicht der Fall sein, so wird gerichtliche Entscheidung provoziert werden müssen.

Das Kirchenaustrittsgesetz (Reichsgesetz) vom 14. Mai 1873 befreit den aus der Kirchengemeinschaft Ausgeschiedenen von der Steuerpflicht der Kirchengemeinde gegenüber (§§ 1 und 3 des Gesetzes). Nach §§ 1 und 3 des Kommunalabgabengesetzes sind die politischen Gemeinden nur berechtigt, zur Deckung ihrer Ausgaben und Bedürfnisse direkte Gemeindefiskussteuern zu erheben. Die Kirchensteuererhebung vom Mai und Juli 1906 und die dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen haben ebenfalls ausdrücklich hervor, daß das Ausschneiden aus der Landeskirche von der Kirchensteuerpflicht befreit, ferner, daß die Kirchenbedürfnisse selber die der Kirche Angehörigen zu veranlassen haben. Alles klar, für jeden verständliche Gesetzesvorschriften. Und da sagen preussische Regierungsbürokraten, die die Innehaltung der Bescheide beauftragten sollen, daß ein Verfahren, welches eine Umgehung dieser Gesetzesvorschriften darstellt, nicht gegen die gesetzlichen Vorschriften verstößt.

In dem von Junkern und Pfaffen beherrschten Preußen ist eben alles möglich, wenn es sich um die Eskamotierung von Volksgeldern handelt.

## Gerichts-Zeitung.

### Der Vater des „patriotischen“ Kalenders verrückt?

Der Prozeß gegen den Autor des „patriotischen“ Kalenders „Volksfreund“ und den Gründer der „Deutschen Rangliste“, den Schriftsteller Rudolf Vencor alias Karl Rolf, der, wie berichtet, die 4. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Hofmeister beschuldigt, fand gestern morgen ziemlich unerwartet einen plötzlichen Abschluß. Von dem Verteidiger des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Munk wurde mitgeteilt, daß er leider erst gestern von der Schwester erfahren habe, daß in der Familie mehrere Fälle von Geisteskrankheiten vorgekommen seien, u. a. habe der Vater vier Jahre an einem Gehirnanfall gelitten und sei an Gehirnerweichung gestorben, ein Onkel sei nach jahrelangem Aufenthalt in einer Irren-

anstalt in England gestorben usw. Der vom Gericht herbeigerufene Medizinalrat Dr. Hoffmann, der den Angeklagten wiederholt im Untersuchungsgefängnis an Kopfschmerzen behandelt hatte, erklärte sich außerstande, ohne längere Beobachtung ein abschließendes Gutachten über den Geisteszustand des Angeklagten abgeben zu können. Das Gericht beschloß deshalb, die Sache zu vertagen und den Medizinalrat Dr. Hoffmann nach voriger Untersuchung des Angeklagten mit der Abfassung eines schriftlichen Gutachtens zu beauftragen.

Die Strafprozedur gestattet dem Gericht nicht, den medizinischen Sachverständigen auch mit der Erstattung eines Gutachtens über den Geisteszustand der Gefinnungsgenossen des „Rolf“, insbesondere der Kalenderheiligen zu beauftragen, die von der Verbreitung des Kalenders eine Vernichtung der Sozialdemokratie erhoffen.

### Abermals der 1500-Mark-Vertrag vor dem Reichsgericht.

Der Arbeitslohn ist nur, soweit er 1500 M. jährlich überschreitet, pfändbar. 1500 Mark reichen oft zur Bestreitung des Haushalts nicht aus. Angestellte sind auch nicht willens, lediglich für ihre Gläubiger zu arbeiten und viele Arbeitgeber haben ein lebhaftes Interesse daran, daß ihre Angestellten nicht durch fortdauernde Zwangsvollstreckungsversuche ihrer Gläubiger zu einer die Familie der Angestellten gefährdenden Lebenshaltung, zu neuen Schulden und zu einer Vernachlässigung ihrer Unterhaltspflicht veranlaßt werden. Die Pflicht des Angestellten gegenüber seiner Familie steht dem Angestellten und in der Regel auch seinem Arbeitgeber deshalb höher als der Wunsch von Gläubigern des Angestellten nach Bezahlung ihrer Forderungen, dementsprechend sind seit einem Duzend Jahre Verträge geschlossen worden, die als Entgelt für die Tätigkeit des Angestellten, 1500 M. an den Angestellten und ferner eine an die Ehefrau zahlbare Summe festsetzen. Solche Verträge entsprechen berechtigten wirtschaftlichen Interessen und sind gültig, wenn sie ernstlich gemeint und nicht etwa die Ehefrau nur scheinbar in den Vertrag eintritt, während tatsächlich der Ehemann die Verfügungsgewalt hat. So hat auch kürzlich das Reichsgericht entschieden.

Diese dem Gesetz entsprechende Rechtsprechung haben in den letzten Jahren einige Kreise einer abfälligen Kritik unterzogen. Sie haben Verträge der vorerwähnten Art als „den guten Sitten“ widersprechend bezeichnet. Das Kammergericht ist in einigen Entscheidungen dieser den Begriff der guten Sitten verkennend und die Sog. mifshandelnden Kritik zum Opfer gefallen. Nicht aber das Reichsgericht. Dies hat noch jüngst, am Dienstag, seine alte Rechtsprechung aufrecht erhalten.

Der Prozeß, in dem das Reichsgericht jetzt entschied, betraf folgenden Vorgang:

Ein Dr. F. war bei einer angesehenen Firma beschäftigt. Er trat wegen Ueberschuldung und fortgesetzten Vollstreckungsversuchen dort aus. Als er vorübergehend für mehrere Firmen tätig war, erhielt er von der Firma G. u. K. Racht, die seine Arbeitskraft erkannt hatte und hoch bewertete, die Offerte: bei ihr als Prokurist einzutreten und zwar gegen eine Entlohnung von 1500 Mark für ihn und 5700 bis 6000 Mark für seine Familie, die aus Frau und zwei Kindern von 14 und 16 Jahren bestand. Der Dr. F. nahm an. Eine Firma St. u. Co., die für den Dr. F. früher einmal Bürgschaft übernommen und Geld eingekauft hatte, hat jetzt als Gläubigerin des Dr. F. wegen dieses Lohnvertrages Schadenersatzklage gegen die Firma G. u. K. auf Grund des § 826 des Bürgerlichen Gesetzbuches erhoben und behauptet, daß sie durch Abschluß dieses 1500-Mark-Vertrages in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise geschädigt werde, weil der Zahlungsmobus nur deshalb gewählt sei, um das Gehalt des Dr. F. ihren berechtigten Zugriffen zu entziehen.

Das Landgericht und Oberlandesgericht Stettin haben die Klage abgewiesen. In den hierzu gegebenen Entscheidungsgründen legt das Oberlandesgericht unter Bezugnahme auf die Entscheidungen des Reichsgerichts dar, ein Verstoß gegen die guten Sitten würde nur dann vorliegen, wenn der durch den Vertrag Begünstigte das Geld nur für sich haben will, ohne es für die Familie zu verwenden. Im gegenwärtigen Falle treffe diese Voraussetzung aber nicht zu, da der Vertragsgegner nur bezweckt, das übrige Gehalt für den nötigen Unterhalt der Familie des Dr. F. zu sichern. Wenn auch dadurch der Klägerin mit Wissen und Willen der Beklagten ein Schaden anfiehe, so liegt darin doch kein Verstoß gegen die guten Sitten. Alles hängt nur davon ab, ob für die Familie mehr reserviert wird, als zum standesgemäßen Unterhalt nötig ist. Das ist, wie das Oberlandesgericht weiter festgestellt hat, hier nicht der Fall. Außerdem aber kommt noch in Betracht, daß die Beklagte den Vertrag nur so abgeschlossen hat, um den Dr. F. sorgenfrei zu stellen, und daß sie ihn sonst gar nicht angestellt haben würde; die Klägerin würde mithin auch nicht besser gestellt sein, wenn der Vertrag unierblich sein würde.

Das Reichsgericht hat dieses Urteil des Oberlandesgerichts Stettin gebilligt und damit auf neue zum Ausdruck gebracht, daß der 1500-Mark-Vertrag keineswegs stets gegen die guten Sitten verstößt. (Rtztz. III 248/13.)

### Geschäftsmoral im Berliner Baugewerbe.

Vor längerer Zeit erschien in der Tages- und Fachpresse ein Artikel „Geschäftsmoral im Berliner Baugewerbe“. In diesem wurde dem Einne nach behauptet, daß die Herren Regierungsbaumeister Schmilling und Hofbauer Wege in einem Strafprozeß ein Gutachten dahin erstattet hätten, es sei Unannehmlichkeit im Berliner Baugewerbe, daß Architekten und Bauleiter neben dem Honorar sich noch Sondervorteile bei den Handwertern und Lieferanten verschaffen dürften.

Wegen dieses Artikels haben die genannten beiden Herren gegen den Verfasser des Artikels Privatklage erhoben. In der über diese Privatklage stattgehabten Hauptverhandlung vom 29. Oktober 1913 wurde zunächst von den Herren Schmilling und Wege erklärt, daß sie ein Gutachten im vorgedachten Sinne nicht abgegeben, sondern im Gegenteil die Ausbedingung von Sondervorteilen durch Architekten und Bauleiter für unzulässig erachtet, und nur befundet hätten, daß selbständige Bauunternehmer unannehmlich auf die Rechnungen ihrer Lieferanten Aufschläge als Unternehmerrisiko (Äquivalent für Unternehmergefahr und Risiko) machten. Der beklagte Verfasser erklärte hierauf, nicht mehr bestreiten zu wollen, daß das Gutachten diesen Inhalt gehabt habe.

### Unterzahlungen bei einer Berufsgenossenschaft.

Von der Strafkammer in Gotha wurde am Dienstag der Geschäftsführer der Riegeleibergbau-Gesellschaft, J. W. Schutz, wegen Untreue, Betrug und Unterschlagung zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt hatte eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis und Abberufung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 3 Jahren beantragt. Schutz, der seit 22 Jahren Angestellter der Berufsgenossenschaft ist und vor 4 Jahren von der Hauptverwaltung in Magdeburg nach Gotha versetzt wurde, hat insgesamt 1450 M. unterschlagen, indem er Urlaube fälschte und bares Geld aus der Kasse nahm. Das Gericht sprach in einem Falle frei und beurteilte „mit Rücksicht auf die nervösen Krankheitserscheinungen“ die Angelegenheit milde.

Wartpreise von Berlin am 11. November 1913, nach Ermittlungen des fgl. Vollpreiskomm. Preis (misch), gute Sorte 16,40—16,90, mittel 00,00—00,00, geringe 00,00—00,00. Reis (runder), gute Sorte 14,20—14,50, Mischreis 4,80—5,00, Hart 5,00—7,50. Kartoffellandpreise, 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00, Speisebohnen, weiße 35,00—60,00, Limen 36,00—70,00, Kartoffeln (Rheinl.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80, Schweinefleisch 1,50—2,00, Rindfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 4,40—6,60, 1 Kilogramm Karotten 1,00—2,40, Kalle 1,60—3,20, Haber 1,20—3,20, Hafer 1,20—2,60, Bartha 1,00—2,40, Getreide 1,60—3,20, Brie 0,80—1,80, 60 Stück Zwiebeln 1,00—60,00.

### Witterungsbericht vom 12. November 1913.

Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometer stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Stettin	756	S	3	10	Magdeburg	756	SW	3	10
Berlin	757	S	3	10	Frankfurt	757	S	3	10
Hamburg	757	SO	3	10	Wien	757	SO	3	10
St. Pauli	757	S	3	10	Prag	757	S	3	10
St. Petersburg	757	S	3	10	Warschau	757	S	3	10
Reval	757	S	3	10	Odessa	757	S	3	10
Archangelsk	757	S	3	10	Sankt Petersburg	757	S	3	10
Wladivostok	757	S	3	10	Manila	757	S	3	10
Yokohama	757	S	3	10	Shanghai	757	S	3	10
Hankow	757	S	3	10	Peking	757	S	3	10
Tientsin	757	S	3	10	Harbin	757	S	3	10
Wladiwostok	757	S	3	10	Ussurijsk	757	S	3	10
Changchun	757	S	3	10	Qiqihar	757	S	3	10
Qinhuangdao	757	S	3	10	Yantai	757	S	3	10
Wenzhou	757	S	3	10	Ningbo	757	S	3	10
Hangzhou	757	S	3	10	Shaoxing	757	S	3	10
Wuxi	757	S	3	10	Zhouzhuang	757	S	3	10
Yangzhou	757	S	3	10	Wuxue	757	S	3	10
Chengde	757	S	3	10	Yichang	757	S	3	10
Wuhan	757	S	3	10	Chongqing	757	S	3	10
Yichang	757	S	3	10	Chongqing	757	S	3	10
Chongqing	757	S	3	10	Chongqing	757	S	3	10

Wetterprognose für Donnerstag, den 13. November 1913. Mild und teilweise anlassend, jedoch vorwiegend trübe mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

### Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 11.11.	am 10.11.	Wasserstand	am 11.11.	am 10.11.
Wemel, Mühl	253	-4	Saale, Großh.	66	+8
Wegeln, Jüterburg	166	-2	Saale, Spandau	88	-2
Wegeln, Thorn	158	+6	Rathenow	4	0
Oder, Rastow	108	-12	Spre, Spremberg	78	0
Oder, Rastow	108	+8	Bestow	90	0
Frankfurt	109	+5	Weser, Minden	135	+2
Wartze, Scharn	52	+8	Minden	203	-1
Landenberg	14	0	Rhein, Marginalbau	344	+2
Rega, Barmann	-1	-3	Raub	138	+2
Elbe, Lüttenberg	-9	+7	Alte	154	-7
Dresden	-168	-2	Redar, Quellborn	59	+11
Bary	82	+5	Rain, Danau	114	+2
Magdeburg	45	0	Weser, Arter	126	-9

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - Unterpegel.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
I. d. B. Berl. Reichstags-Wahlkreises.  
Am 11. November verstarb unser Genosse, der Dreher  
**Alfred Absalon,**  
Rene Hofstr. 32/34. Beinh. 658a.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Dantes-Kirchhofes in Reinickendorf-West, Blankenburger Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herrmann Schulz, Kollege  
**Herrmann Schulz**  
am 10. November im Alter von 57 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen Freitag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Simon-Kirchhofes in Brühl, Tempelhofer Weg, aus statt.  
165/2 Die Ortsverwaltung.

**Hautleiden**  
Nichten u. Ausschläge, trockene und nässende, Schuppenflechte, Kopf- u. Bartflechte, analbolles Hautjucken, verschlimmt, selbst noch in normalen Fällen durch Reichs Nichten-Spezialmittel 2,25 M. fast 25 Jahre glänzend bewährt und garantiert unschädlich.  
Otto Reichel, Berlin 43 Oranienb. 4

**Spezialarzt**  
i. Haut-, Gorn-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Weintraube jeder Art, Ehrlich Gata - Kuren in u. Co. fons. Laborat. |  
**Dr. Homeyer**  
Blutuntersuchung, Baden i. Harauw. gegenüber Friedrichstr. 81, Gnopitium. Spr. 10-2, 5-9, Sonn. 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahl. Separat. Damenstimmer.

**Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herrmann Schulz, Kollege  
**Paul Klaudat**  
am 10. November im Alter von 39 Jahren verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Kutterstehungs-Kirchhofes in Weihensee, Lichtberg-Strasse, aus statt.  
165/1 Die Ortsverwaltung.

**Verh. d. Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands.**  
Filiale Berlin.  
Unseren Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß der Herrmann Schulz, Kollege  
**Berta Dietrich**  
sagen wir allen Beteiligten, insbesondere dem Ehe- und dem Personal der Firma Georg Feder, sowie dem Verband der Richter: unseren imiglen Dank.  
87a Die trauernden Hinterbliebenen.

**Heines Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Reuters Werke**  
3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

**Achtung! Brauereiarbeiter! Achtung!**  
Sonntag, den 16. November, vormittags 10 Uhr, im Lokal „Neue Welt“, Gasenheide 108-114 (großer Saal):  
**Allgemeine Brauereiarbeiter - Versammlung.**  
Tagesordnung:  
„Mündigen wir den Tarifvertrag?“ Diskussion, Beschlußfassung.  
Zu dieser Versammlung sind sämtliche in den Lagerbierbrauereien beschäftigten und den unterzeichneten Organisationen angehörenden Arbeitnehmer eingeladen, als da sind:  
Brauereiarbeiter, Glaserarbeiter, Flaschenfasserarbeiter, Holzarbeiter, Maschinen-, Kessel- und Koblenerbeiter, Handwerker und deren Hilfsarbeiter, Verschiedene, Fahrer, Müsliarbeiter, Kellner, Kassenkassierer, Barmen und Stellanen.  
**Kollegen, erscheint in Massen in dieser wichtigen Versammlung!**  
Die Einberufer:  
Verband der Brauerei- u. Mälzearbeiter, Deutscher Transportarbeiter-Verband, Verband der Maschinen- und Feiger, Deutscher Metallarbeiter-Verband, Verband der Böttcher, Deutscher Holzarbeiter-Verband, Verband der Maler und Lackierer, Verband der Kupfer- u. Schmiede, Verband der Sattler, Allgemeiner Deutscher Gärtnerverein, (Ortsverwaltungen Berlin.)

# Drei Tropfen

# Kaoli

geben schmutzigstem Metall  
**Dauerglanz.**

Man veranage überall "Kaoli" in Flaschen zu 10 bis 50 Pf.  
Fabrik: Chemische Werke Lubusynski & Co., A.G., Berlin-Lichtenberg

## G. Rapp's Festsäle früher Nible

W. 57, Dennewitzstr. 13. Fernspr.: St. 3004.  
Der gemütlichste Ballaal des Westens! — Heute: **Großer Ball.**  
Die Säle sind noch für Sonnabend, den 6. und 13. Dezember zu  
günstigen Bedingungen frei!

## Sophien-Säle

Inhaber Joseph Heidrich, Sophienstr. 17-18  
**12 Säle in allen Größen mit Bühne**  
zu allen Gelegenheiten passend.  
An Sonnabenden und Sonntagen noch frei!  
Kleines Vereinszimmer und 8 Kegelbahnen noch zu vergeben!

### 3. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse & Ziehungstag 12. November 1913 Mittwochs

**Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hufe gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.**

Rur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr u. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

178 433 34 35 51 520 708 807 1120 (1000) 415 (1000) 18  
688 589 718 2035 58 258 423 539 70 755 99 560 3191 (500)  
229 36 408 89 107 277 400 13 590 693 56 737 536 55 (1000)  
537 67 537 56 79 729 927 73 618 278 478 663 79 7613  
(600) 223 62 93 644 1217 207 (1000) 372 940 1152 60 90 301  
411 530 43 98 94 793

10064 142 50 308 51 55 688 (3000) 810 896 (1000) 953 1102  
4 (1000) 136 212 33 330 441 628 57 620 57 810 70 12161 351  
64 461 76 557 807 8 (3000) 13129 20 533 528 88 608 43 (600)  
789 77 (1000) 261 76 14041 136 (3000) 92 39 70 76 541 90 530  
718 15047 (3000) 64 233 364 500 67 10127 296 430 59 (1000)  
633 30 717 17697 67 235 949 65 85 943 (1000) 59 18067 124  
276 380 671 (500) 784 83 81 543 (1000) 19067 94 350 422 502  
625 708 66 924 65 94

20005 56 (1000) 132 308 438 948 21063 122 258 418 62  
737 812 34 87 66 22081 (1000) 348 57 426 60 71 541 670 (500)  
23020 324 (1000) 447 818 23 787 68 98 943 62 95 24285 37  
594 403 48 55 546 (500) 614 47 728 504 30 92 846 24324 240  
804 484 658 765 854 900 22005 35 129 303 92 710 41 (500)  
941 27036 98 185 213 413 68 927 32 68 (500) 67 22117  
251 85 684 688 608 92 723 844 950 (3000) 29078 429 648 94  
601 785 94

30157 440 42 650 718 47 (3000) 651 72 97 31056 217 395  
447 52 678 21 714 870 982 79 22068 607 38 64 730 536 906 25  
3202 34 671 796 820 42 967 68 56 34075 638 420 35004 43  
159 208 79 96 464 92 748 36177 223 65 431 (1000) 525  
658 61 748 857 37034 134 202 17 68 368 63 98 973 38180 71  
293 61 (500) 383 403 628 48 708 42 607 39 38063 186 92 93  
522 84 322 93 434 (3000) 628 97 77 929

40346 (500) 98 397 527 813 59 704 823 (500) 97 41003  
291 90 422 (1000) 35 (500) 131 674 713 75 597 44022 (3000)  
909 43032 (500) 35 (500) 131 674 713 75 597 44022 (3000)  
33 43 76 243 66 78 325 43150 98 327 446 85 777 98 953  
46028 171 304 51 407 68 839 53 93 818 748 67 630 47277  
636 36 (500) 94 48013 37 314 485 (1000) 527 658 65 731 58  
87 592 94 94 (500) 49279 300 63 70 78 425 682 96 652 758  
667 (500)

50069 98 132 207 44 327 61 449 (3000) 756 918 84 97  
51367 334 405 806 (500) 778 52076 555 72 860 (1000) 53044  
146 244 319 (500) 21 420 839 49 960 84269 433 810 507 528  
55049 96 110 15 85 810 (3000) 63 467 627 60 748 810 98 821 25  
58088 (1000) 108 205 435 725 93 890 (500) 814 (500) 25 57000  
63 98 379 408 85 613 71 984 58096 169 826 74 59068 96  
104 541 722 (1000) 35 590 (500)

60417 542 795 821 58 (500) 944 77 61000 304 (1000) 454  
603 50 571 958 89035 126 58 299 304 35 (1000) 96 527 (1000)  
622 719 21 32 63113 423 (1000) 43 938 84512 63 435 513  
61 751 928 81 85668 126 63 222 430 (500) 828 951 95 89481  
611 730 67265 601 68010 220 56 86 206 65 703 900 89043  
87 185 302 521 (500) 43 804

70105 179 81 (500) 415 81 404 (3000) 15 83 600 92 985  
71161 353 (5000) 437 43 845 (1000) 72134 315 97 (3000) 403  
675 728 77 (500) 865 64 73210 62 70 648 899 936 74118  
217 206 34 601 72 58 904 30 817 85 914 76204 230 815 704  
19 326 78187 265 644 807 9 77269 84 (1000) 315 402 (1000)  
84 675 682 812 906 78033 40 60 100 41 80 382 80 422 956  
78437 13 648 94 926

80200 94 (500) 214 321 486 678 728 84 809 62 003 81032  
85 136 337 97 471 532 929 74 (1000) 82004 72 361 484 (500)  
826 793 58 806 10 30 69 (3000) 900 72 99 83081 (3000) 59  
145 86 990 620 34 629 69 84097 146 230 335 (1000) 482 87  
650 (3000) 705 821 29 93 85029 149 79 377 480 80 (600) 68  
(3000) 634 69 629 703 90093 (3000) 135 77 518 89 902 837  
642 304 13 87080 207 342 80 452 67 86 525 39 614 (1000)  
21 765 95 827 21 69 68276 402 72 527 712 312 89130 320  
458 81 (500) 628 83 774 803

90063 228 (500) 230 620 835 700 40 903 91102 37 203 868  
92041 85 156 620 823 55 963 83393 453 538 609 903 86  
64027 13 272 366 480 735 635 95197 (1000) 214 62 930 1500)  
401 19 40 640 69 709 90093 (3000) 135 77 518 89 902 837  
42 58 966 87099 134 62 375 95 565 (1000) 60 708 810 (1000)  
70 (100) 930 98190 308 (500) 64 438 613 44 635 37 69 32 942  
90313 342 64 444 620 661 87 784 868 565

100070 90 150 (1000) 438 92 708 24 826 918 67 103229  
23 66 322 71 414 585 678 938 88 102090 60 86 238 55 341  
64005 1000) 616 893 108223 443 60 838 845 104057 244  
303 20 40 50 61 446 (500) 62 511 778 105294 425 73 693 715  
106036 341 424 635 107140 407 (500) 648 65 93 709 84 806  
108886 560 401 76 713 43 629 863 (3000) 39 672 64 99  
109147 90 (1000) 258 70 350 920 900

### 3. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse & Ziehungstag 12. November 1913 Mittwochs

**Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hufe gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.**

Rur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr u. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

110335 (500) 42 87 189 243 61 634 946 110307 (1000) 335  
84 700 47 918 63 97 (3000) 112228 400 527 527 861 62 69 70  
910 12 113183 90 236 330 406 46 809 114006 25 86 81 158  
(1000) 253 519 58 959 96 115031 (500) 247 85 86 484 834  
639 77 (500) 870 (1000) 965 110111 132 275 474 (1000) 401 58  
628 758 855 (1000) 993 117225 66 374 600 (1000) 725 (500) 51  
87 542 (3000) 946 118010 123 (1000) 93 331 412 608 903 58  
119303 74 97488

120029 107 (500) 539 47 646 943 121026 42 281 879 720  
(5000) 81 842 904 122256 300 45 481 501 81 (500) 98 854  
123031 207 339 97 460 (1000) 124081 81 (500) 147 94 467  
728 900 967 125074 106 537 676 798 930 126026 81 222 313  
25 98 474 79 545 643 847 952 127062 (1000) 70 201 96 801  
(1000) 471 72 (3000) 73 568 769 80 858 990 128246 64 (500)  
657 643 48 53 737 911 83 129037 142 263 325 32 37 40 414  
622 622 (1000) 708

130212 70 (3000) 305 423 871 (3000) 948 55 131321 83  
411 539 625 87 714 75 (500) 817 78 75 (3000) 952 95 132095  
115 309 683 842 60 21 133222 134076 147 209 356 78 486  
658 882 (500) 901 135178 521 22 522 850 85 709 62 805 75  
130396 45 133 545 795 807 78 (500) 137200 33 41 (500) 807  
709 138014 54 360 529 778 815 335 30 139038 168 369 68  
403 81 621 23 830 (1000) 60 82 960

140270 304 20 479 689 737 81 (500) 857 815 49 141111  
65 229 311 20 (1000) 405 800 827 (1000) 815 72 (500) 979 142309  
12 (3000) 513 20 42 800 (500) 81 833 63 (500) 636 42 73 143169  
(3000) 28 67 271 448 609 81 634 34 67 944 144099 658 689  
896 145653 321 146123 47 62 509 778 543 999 (500) 147011  
41 (3000) 127 244 332 38 (1000) 531 35 78 87 90 330 741 87  
811 906 148048 58 137 96 721 46 149001 87 289 333 60 31  
441 44 46 85 90

150128 312 438 699 777 867 75 87 984 151017 224 71  
407 55 550 635 15 (1000) 744 934 65 152112 25 69 55 649  
79 505 927 151016 (500) 99 444 787 72 78 327 953 154094  
161 814 15 80 213 534 166 782 839 155234 16 413 97 614 18 80  
477 155014 83 377 467 638 810 187090 348 463 523 25 77  
557 (1000) 840 43 944 67 158054 65 129 72 340 54 660 (1000)  
81 690 822 37 159004 (1000) 81 92 141 99 213 32 362 (3000)  
668 73 72 850

160178 473 (500) 599 737 854 962 161114 20 403 73 655  
62 91 748 88 162072 197 215 565 705 940 163106 212 378  
692 (3000) 769 880 42 969 (500) 164023 800 54 808 748 891  
941 165076 130 94 278 340 (500) 76 439 (500) 94 521 943  
166001 65 (5000) 227 406 568 91 053 824 37 95 948 97 167012  
66 190 236 412 67 800 973 168063 (500) 129 (1000) 347 466  
793 169067 183 287 (500) 414 66 600 45 726 (500) 532 59 974  
170361 699 793 171098 130 (3000) 72 304 447 (500) 78  
697 (1000) 948 49 (1000) 992 172027 35 43 125 296 402 716  
45 (500) 173120 70 222 594 600 97 831 174027 32 226 83 900  
418 82 623 922 48 178135 64 131 429 80 535 34 54 81 523 718  
(500) 84 827 87 178014 121 (3000) 71 350 567 676 70 177081  
125 798 626 95 178017 64 472 660 670 98 758 669 179106 20  
211 34 260 542

180174 472 618 835 738 65 181096 477 615 182208  
310 89 476 867 85 (500) 938 182011 152 36 84 430 (1000)  
504 835 780 825 945 184311 432 (500) 85 846 602 (1000)  
703 96 833 185008 236 75 823 437 653 81 874 (500) 745 844  
86 959 82 186003 67 134 40 376 414 662 94 713 187004  
33 (500) 230 335 446 (5000) 836 36 747 (3000) 923 41 913 36  
188022 229 399 427 619 31 781 73 838 57 189029 (1000) 401  
24 626 765 (500) 807 938 (1000)

190178 65 485 778 868 933 (3000) 191511 621 882 962  
192107 (1000) 546 69 119 733 54 192166 242 (1000) 74 396  
491 641 (5000) 796 194176 282 (500) 81 811 40 960 90 (3000)  
198139 377 415 (3000) 46 97 197022 34 68 60 63 185 203 46  
359 473 599 694 723 942 51 198070 102 34 (500) 62 252 315  
512 19 823 77 199025 8 27 29 100 313 (500) 949 (1000)

200186 88 97 140 405 67 849 88 987 200182 181 228 48  
332 (500) 688 871 834 202024 244 83 483 534 783 203091  
211 65 625 922 48 178135 64 131 429 80 535 34 54 81 523 718  
380 93 415 25 649 696 (1000) 857 205145 286 (1000) 953 68  
622 730 899 206250 403 656 789 849 98 982 207065  
144 46 212 (1000) 30 348 55 82 434 543 97 562 (1000) 870  
208020 417 637 701 (3000) 936 67 209267 (500) 695 708 829  
(1000) 81 615 (3000) 46 97 197022 34 68 60 63 185 203 46  
65 916 33 2254 463 69 97 815 69 (1000) 657 73 712 (500)  
44 80 99 969 213130 87 215 543 214050 183 463 83 646 76  
617 85 832 74 76 215078 158 619 709 821 61 216038 598  
(500) 649 89 217009 80 84 125 45 (1000) 414 (500) 833 72 765  
67 504 49 218031 108 327 62 602 943 218293 63 470 72  
67 712 988

220398 120 61 225 335 450 61 80 871 85 (500) 704 63 61 943  
221040 113 50 399 419 514 34 46 744 808 946 222178 (500)  
240 388 548 (1000) 614 766 847 63 223136 279 655 613 85 717  
825 224076 229 68 907 12 445 (500) 76 567 (500) 60 7 14  
225104 730 37 845 97 987 226076 109 39 78 81 909 361 465  
602 7 12 625 81 227099 234 (500) 308 98 413 510 713 85 845  
61 651 72 228002 228 337 615 716 (500) 674 (500) 229005  
68 64 67 (1000) 423 (500) 515 613 768 64 956 937  
230114 45 62 221 470 527 29 (500) 54 95 955 231025  
342 354 477 532 83 (1000) 653 923 232085 103 71 (500) 287  
(500) 98 96 418 881 885 712 58 836 (500) 940 233046 64  
90 (1000) 119 372 562 602 60 74 748 90 883 944

### 3. Preussisch-Süddeutsche (229. Königl. Preuss.) Klassenlotterie

5. Klasse & Ziehungstag 12. November 1913 Mittwochs

**Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die hufe gleiche Nummer in den beiden Abteilungen I u. II.**

Rur die Gewinne über 240 M. sind in Klammern beigefügt.  
(Ohne Gewähr u. St. u. f. S.) (Nachdruck verboten)

18 189 252 428 600 734 823 38 (1000) 973 (500) 908 1197  
289 348 64 (500) 76 430 41 60 612 529 45 522 43 73 2312 462  
622 757 612 (500) 2323 (3000) 433 59 (1000) 79 943 724 854  
(1000) 96 75 (500) 4117 42 53 225 426 57 870 732 38 942 78  
5012 169 208 51 304 (500) 72 438 695 6059 79 137 78 90 282  
415 (500) 92 656 754 847 62 63 90 958 87 7008 89 91 195 276  
85 (1000) 387 654 823 906 8044 160 214 68 327 94 458 714 38  
806 9026 46 178 399 605 603 25 (500) 872

10100 6 519 (500) 97 814 1076 234 85 97 316 867 12006  
62 308 599 722 47 67 13180 308 90 795 636 45 14076 (3000)  
187 (1000) 964 67 451 733 34 83 (1000) 688 75 (1000) 15076  
(500) 209 61 381 432 516 70 645 904 64 18091 102 443 81 718  
877 17048 128 90 828 402 406 534 (15000) 783 18024 271  
895 620 90 843 88 698 19150 734 955

200295 39 638 530 21189 62 212 42 (500) 847 956 22263  
331 (500) 498 (500) 51 (500) 565 (500) 799 82 23079 93 116 97  
226 654 828 29 30 24050 (3000) 226 481 (1000) 89 706 885  
523 69 (3000) 25018 45 250 387 411 39 77 (3000) 504 6 889  
893 26431 37 65 510 781 802 949 52 27065 532 817 702 98  
20301 67 (500) 200 (1000) 411 19 671 533 708 827 66 29011  
42 82 195 328 47 665 80

30076 70 (500) 218 969 81 31040 187 702 40 (1000)  
501 5 14 47 79 90 91 32288 300 833 32054 247 (500) 459 626  
648 702 39 24122 36 418 65 79 620 642 (500) 58 846 82 98  
35098 224 (500) 408 624 881 (500) 38007 78 (500) 117 214 21  
64 315 611 (3000) 804 940 37004 100 210 647 739 85 953  
24031 (500) 41 (1000) 68 226 381 415 42 64 630 637 66 38009  
242 78 537 67 (5000) 84 698 826

40215 328 418 683 843 41350 63 672 627 923 42038  
94 (500) 284 (3000) 529 (500) 643 793 817 36 (1000) 40 51 (1000)  
620 48016 157 210 45 65 (1000) 306 637 98 731 (1000) 234 30  
44021 45 73 89 120 226 599 893 594 45129 37 201 224 460  
554 629 520 58 80 81 95 (1000) 48065 (500) 108 276 306 738  
836 40 47019 (1000) 124 455 (500) 583 (500) 798 48135 (1000)  
235 (500) 71 98 375 424 654 651 804 48076 126 585 483 642  
590 (1000) 741 96

50438 47 597 (500) 762 886 997 51293 431 72 82 801  
763 (500) 52014 40 172 240 (1000) 368 504 (500)



# Theater und Vergnügungen



Donnerstag, 13. November.

**Anfang 8 Uhr.**  
Cines Palast am Zoo. Varieté-  
Lichtspiele.

**Anfang 8 1/2 Uhr.**  
Cines Rollendorf-Theater. Varieté-  
Lichtspiele.

**Anfang 7 1/2 Uhr.**  
Kgl. Opernhaus. Die Sagen-  
welt.

**Anfang 8 Uhr.**  
Kgl. Schauspielhaus. Hans Lange.  
Deutsches. Lorenzo Tasso.  
Reising. Der Gyn.

**Anfang 8 Uhr.**  
Kgl. Schauspielhaus. Die Sagen-  
welt.

## URANIA

Taubenstraße 48/49.  
8 Uhr.

Walter Mac Clintock: 15 Jahre  
bei den Schwarzen-Indianern.  
Hörssaal 8 Uhr: Dr. Piotrowski:  
„Das Zentralnervensystem.“ Leib  
und Seele.)

### Lessing-Theater.

7 1/2 Uhr: **Peer Gynt.**  
Von H. Ibsen. Musik von Grieg.

### Deutsches Künstlertheater

Nürnbergstraße 70/71, am Zoo.  
8 Uhr: **Der Biberpelz.**

Sonnabend, 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male:  
Die Affäre. Lustl. v. Dent. Rathenau.

### ROSE-THEATER

Große Frankfurter Str. 132.  
Im weißen Rössl.  
Lustspiel in 3 Akten von  
Blumenthal u. Stadelberg.

Abends 8 1/2 Uhr.  
Morgen: Im weißen Rössl.  
Sonnabend, nachmittags 4 Uhr:  
Der gefittelte Kater.

### Passage-Panoptikum

50 wilde  
Kongoweiber

Männer und Kinder  
in einem eigens auf-  
gebauten Kongodorf

in ihren Sitten u. Gebräuchen.  
Und die anderen Attraktionen.

Die gr. Kino-Varieté-Vorstellung  
von 5 (Sonntags 3) bis 11 Uhr.

### Metropol-Theater

Abends 7 Uhr 55 präzise:  
Die Reise um die Erde  
in 40 Tagen.

Gr. Ausstattung! m. Gef. u. Lang in  
19 Bild. m. drehb. freier Benutzung  
des Jules Verne'schen Romanes von  
Julius Freund.

Musik von Jean Gilbert.  
In Szene gef. v. Dir. Richard Schultz.  
Karl Bachmann. Joseph Giampietro.  
Guido Thielscher. Alfred Schmasow.  
Leopold Woll. Ludwig Woll.  
Helene Ballet. Ida Russka. J. de Lande.

### Die CINES Theater

Palast am Zoo  
Täglich Anfang 8 Uhr.  
Sonntags 3 Uhr Matinee.  
Komplettes Programm grosser  
Variété-Akte

sowie unsere  
renommierten Lichtspiele  
Preise von 65 Pfennig an.

### Apollo-Theater

Komplettes Programm  
grosser Variété-Akte sowie  
unsere renommierten  
Lichtspiele

Preise von 65 Pfennig an.  
Wochenabends 8 Uhr.  
Sonntags 4 und 8 Uhr.

### Friedr.-Wilhelmst.

Wir lassen uns scheiden  
In den Hauptrollen:  
Wanda Treumann  
und Viggo Larsen

sowie unsere weiteren  
renommierten Lichtspiele  
Ununterbrochene Vorstellung  
täglich von 4 Uhr an.  
Nur zwei Preise  
35 Pf. und 60 Pf.  
Keine teureren Plätze.

### Nollendorf-Theater

**Cleopatra**  
Die Herrin des Nils  
Das Filmwunder der Welt  
Wochenabends Anfang 8 1/2 u. 9 Uhr  
Sonntags 4, 6 1/2 u. 9 Uhr.

Jugend-Vorstellung  
Mittwoch und Sonnabend 4 Uhr  
zu halben Preisen.

## TYPOGRAPHIA

Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer  
Ges. 1879 Hornmeister Alexander Weinbaum M.A.S.

Sonntag, den 23. November 1913 (Totenfest),  
im großen Festsaal der „Neuen Welt“, Hasenheide

### KONZERT

Mitwirkende:

Paula Weinbaum (Gesang).  
Prof. Bernh. Dessau, kgl. Konzertmeister (Violine).  
Prof. Oskar Schubert, kgl. Kammervirtuose (Klarin.).  
Max Wachsmann (Violine).  
Bernhard de Haas (Viola).  
Erich Schütz (Cello).

Anfang 8 Uhr. Eintritt 60 Pf. Kinder 20 Pf.  
Kinder unter 6 Jahren haben keinen Zutritt!

Eintrittskarten sind zu haben in den Zahlstellen des  
Vereins: Zigarrengeschäften G. Schulz,  
Kottbuser Tor; P. Horsch, Engelufer 15; E. Schulz, Mitten-  
walder Str. 2; K. Schner, Bergmannstr. 50; W. Seidel,  
Schenkendorferstr.; M. Giffert, Yorckstr. 40; M. Kämmerer,  
Elisabethufer 37; B. Böttger, Zossener Str. 30 und Skalitzer  
Straße 107; H. Köpke, Tilgner Str. 45; H. Parske, Büsching-  
straße 2; K. Bielefeld, Graefestr. 35; G. Kuhring, Jahnstr. 1;  
Neukölln: A. Abraham, Donaustr. 25; P. Opitz, Pfäfer-  
straße 74; A. Rietdorf, Pannierstraße 40; Schöneberg:  
Ziem, am Ringbahnhof; Charlottenburg: Restaurant  
F. Meyer, Hardenbergstr. 15, Ecke Fasanenstraße; Tages-  
restaurant der „Neuen Welt“, sowie in den mit Plakaten  
belegten Handlungen. 60/11

### Bildungsausschuß der Arbeiterschaft Neuköllns.

Sonnabend, den 15. Nov., in der Neuen Welt, Hasenheide:

### Herbst-fest

Berliner Konzerthaus-Orchester, Dirigent: Franz v. Blon.  
Collo-Solo: Herr Planert.

Programm u. a.: Ouvertüre z. Op. „Rienzi“ — Ritt der Walküren  
— Phantasie „Lohengrin“ — Ouvert. a. „Tannhäuser“ (Wagner).  
Während des Konzerts bleiben die Saaltüren geschlossen  
und wird nur in den Pausen serviert. Rauchen verboten.  
Kinder unter 10 Jahren haben keinen Zutritt.  
Beginn des Konzerts präzise 8 1/2 Uhr. Eintrittskarte 30 Pf.  
Nach dem Konzert: Ball. 238/15

### Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater. Donnerstags 8 1/2 Uhr:  
Der Hüttenbesitzer.

Walhalla-Theater. Täglich:  
8 1/2 Uhr: Der Liebesonkel.  
Schauspiel in 4 Akten von G. Döner. Poese mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.

### S. 1.

Mimisches Schauspiel aus der Aviatik mit

## ASTA NIELSEN

in der Hauptrolle.  
Wann  
Premiere?

### „Clou“ :: Berliner ::

Konzerthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.

### Großes Doppel-Konzert!

Berliner Konzerthaus-Orchester mit seinem Vokal-  
Quartett.

Leitung: Komponist Frz. v. Blon.  
Musik: Kaiser-Alexander-Garde-Regts. Dirig. Kgl. Musikdir. Braso.

Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.  
An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem  
Eintritt.

### OLYMPIA

Halle für Sport und Körperkultur  
Kurfürstendamm 151 (fr. Rollschuhbahn)

Großer Internationaler Ringerwettkampf!  
4 große Sensationskämpfe!

Ritzler-Württemberg gegen Petitjean-Berlin.  
Sola-Wien gegen Apollon-Brüssel.  
Luppa-Oppeln gegen Stalling-Bromerhaven

### Der große Entscheidungskampf

Reckling-Hamburg gegen Hein-Berlin

Kasseneröffnung 7 Uhr. Beginn der Ringkämpfe 8 1/2 Uhr.  
Straßenbahnverbindungen: Linien 5, 8, 10, 76, 79, 91, A, W, Q.  
Stadtb.: Charlottenb. u. Halensee. Untergrundb.: Umlandstraße.

### Zirkus Alb. Schumann.

Donnerst. 13. November 1913,  
abends 7 1/2 Uhr:

### Gr. Sport-Vorstellung.

U. a.:

Boxende Hunde — Boxende Katzen  
Rollschuhlaufende Affen

The 2 Coenen  
in ihr. 15 Mtr. hoch. Perchoakt.

Neu! MIS Zoo Neu!  
Venus der Lüfte  
und 10 weitere Attraktionen.

Um 9 1/2 Uhr:  
Tango vor Gericht!  
Pantomimische Burleske

### WINTERGARTEN

Willard

der Mann, der wächst.  
Grete Freund | Paul Beckers  
Operettendiva. Komiker.

Orpington-Trio  
Handvoltaire  
sowie eine Kette

hervorragender Attraktionen.

Sonntag, 16. Nov.:

Nachmittags-3 1/2 Vorstellung!

Kleine Preise!  
Rauchen gestattet!

### Berliner Prater-Theater

Sakaniens-Allee 7-9.  
Heute, den 13. November:

Saßspiel des Voigt-Theaters.

### Kasernenluft

Schauspiel in 4 Akten von Stein  
und Schöngen.

Kasseneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

### Folies Caprice.

Zum 75. Male:

Ritter Baldrian  
Das Adoptivkind  
Die Mißgeburt

Anfang 8 1/2 Uhr

### ODEON

Vergnügungs-Palast  
der 10 000

Potsdamer Str. 72 Hochbahn  
Blüowstr.

Heute:

Gast-Dirigieren für  
Amateure  
(Damen und Herren).

Voller Betrieb!

Freitag:

Neu! Nummern suchen! Neu!

Anfang 7 Uhr.  
Eintritt 30 Pf.

### Trianon-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:

### Seine Geliebte.

Casino-Theater

Voltinger Str. 37. Täglich 8 Uhr.  
Der neue Saison-Bossen-Schlager  
Ferdinand der Eugendhafte.

Das drauf. Stück seit Bestehen d. Theat.  
Vorher das erstl. Spezialität-Prog.

### Admiralspalast.

Eis-Arena. — Allabendlich  
das neue mit durchschlagendem  
Erfolg aufgeführte Eisballlet

### Die lustige Puppe.

Beginn der Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
halbe Kassenpreise.

### Concordia-Festsäle

Inh.: M. Wendt u. A. Schütze  
64 Andreas-Straße 64.  
Jeden Donnerstag und Sonntag:

### Soiree

d. allgemein beliebten  
und bekannten  
Hoffmanns Sänger  
mit vollständig neuem  
Programm.

Anfang 8 Uhr.  
Nach der Soiree:  
— Frei-Tanz. —  
Vorzugskarten haben Gültigkeit.

### Zirkus Busch.

Heute Donnerstag, d. 13. Novemb.,  
abends 7 1/2 Uhr:

### Große Gala-Vorstellung.

Max, Moritz und Teddy  
das lustige Menschen-Affen-Trio.

Feiner:  
Gebr. Boston

Gymnastik in höchster Vollendung.  
Das Barnett-Trio

kombiniert Akt der Zahn-Äthiolk.  
sowie das große Robener-Brogr.  
Zum Schluß:  
Aus unseren Kolonien.

Original-Pantom. d. Zirkus Busch.

### Reichshallen-Theater

Stettiner Sänger

Zitkenbees Künstler-  
agentur. Carl v. Rejzel.

Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachm.  
3 Uhr zu ermäß.  
Preisen: Der  
Kombagnieball  
(Logen 1 R.,  
Ballon 75 Pf.,  
Entree 39 Pf.)

### Orts-Krankenkasse

für das  
Bierbrauergewerbe  
zu Berlin.

Kaiser-Wilhelm-Straße 20.

Freitag, den 21. November cr.,  
abends 8 Uhr, in den  
Wußtersälen, Kaiser-Wilhelmstr. 31,  
Keller Saal, Hof part.:

### General-Versammlung

der Delegierten.

Tagesordnung:

1. Wahl der Revisionskommission  
zur Prüfung der Jahresrechnung  
pro 1913 (1 Arbeitgeber,  
2 Arbeitnehmer).

2. Abgemindert. 379/15  
Anfragen und Beschwerden, zu  
welchen die Einsicht in die Kassen-  
bücher oder Akten notwendig ist,  
müssen mündlich oder schriftlich befristet  
Beantwortung derselben in der  
Generalversammlung bis spätestens  
18. November cr. dem Vorstände  
mitgeteilt werden.

Als Legitimation dient die zur  
dieser Versammlung jedem Delegierten  
zugegebene Einladungskarte.  
Um recht pünktliches und zahl-  
reiches Erscheinen wird gebeten.

Der Vorstand.  
Otto Hürsch, Vorsitzender.

### Ortskrankenkasse der Gast- wirte und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Ordentliche Generalversammlung

der gewählten Kassenvertreter  
am Donnerstag, den 27. No-  
vember 1913, nachm. 4 Uhr,  
im Lokale des Herrn Otto Schilling,  
Rosenhaleer Str. 11/12, Rosenhaleer  
Hof.

Tagesordnung:

1. Wahl des Ausschusses zur Prüfung  
der Jahresrechnung für das Ge-  
schäftsjahr 1913.

2. Vortrag über die zukünftige Ge-  
haltung der Krankenkassen.

3. Beschließenes.

Berlin, den 4. November 1913.  
H. Poppe, O. Schilling,  
Vorsitzender, Schriftführer.

### gesündeste Der Kakao

ist wegen seiner die Gesund-  
heit fördernden Eigenschaf-  
ten, seines Wohlgeschmacks  
und hohen Nährwertes

Dr. A. J. Weil's

Nährsah-Bananen-Kakao

Besonders für Blutarms,  
Gesunde, Nervöse, Kinder und  
stillende Mütter. Nicht stopfend.

Paket = 1/2 Pfund 1 Mark,  
5 Pakete 4.75 Mark.

Paket = 1/4 Pfund 0.50 M.  
Alleiniger Fabrikant:

### D. MADER

Berlin S. : Prinzenstr. 86.  
Zu haben in den Filialen der  
Konsumgenossensch. Berl. u. Umg.

### Enorm billig! Ulster und Anzüge

von 25 bis 60 M.

### Gehrock-Anzüge

Smokings auf Seide

Billige Hosenwoche.

Versandhaus „Germania“  
Unter den Linden 21.

Für den Inhalt der Inserate  
übernimmt die Redaktion dem  
Publikum gegenüber keinerlei  
Verantwortung.

Zur Verstädtlichung der B. E. W.

Im Jahre 1915 läuft der Vertrag der Stadt mit den B. E. W. ab. Die Werke gehen in den Besitz der Stadt über, wenn eine rechtzeitige Kündigung des Vertrages erfolgt. Diese Kündigung ist erfolgt und es werden nunmehr Verhandlungen zwischen Stadt und B. E. W. gepflogen über das fernere Verhältnis, insbesondere darüber, ob Berlin die Werke selber übernehmen will.

In der gestrigen Generalversammlung der B. E. W. wurde eine Erklärung über den Standpunkt der Verwaltung in den Verhandlungen mit der Stadt Berlin abgegeben. Danach will die Verwaltung der Stadt Berlin einen höheren Gewinn überlassen, wenn ihr ein langfristiger Vertrag gewährt würde, wobei zugleich an eine Herabsetzung der sehr hohen Tarife gedacht sein soll.

Aus dem Rathaus wird hierüber berichtet: „Städtischerseits wird eine öffentliche Gegenerklärung im jetzigen Zeitpunkt nicht als erwünscht erachtet mit Rücksicht darauf, daß eine grundsätzliche Entscheidung in dieser wichtigen Frage in aller nächster Zeit wird erfolgen müssen.“

Bei dieser Entscheidung ist ausschlaggebend einmal die Rücksicht auf die Verbesserung der städtischen Finanzen; ferner aber und im besonderen Maße das Bestreben, eine Verbilligung in der Herstellung des elektrischen Stromes herbeizuführen, um eine erhebliche Herabsetzung der gegenwärtigen Tarife zu ermöglichen und damit der weiteren Verbreitung der elektrischen Kraftverforgung die Wege zu ebnen. Die Verwaltung der B. E. W. glaubt diesen Erfolg am besten durch Errichtung einer Ueberlandzentrale im Vintersfelder Braunkohlenrevier sichern zu können, indem sie durch Erzeugung der elektrischen Kraft an der Fundstelle der Kohlen und durch Uebertragung an die Verbrauchsstellen auf elektrischem Wege gegenüber dem jetzt geübten Verfahren, das den Transport der Kohle nach den Berliner Zentralen erfordert, eine bedeutende Ersparnis zu erzielen hofft.

Das aber die finanziellen Vorteile anlangt, welche der Stadt, sei es aus dem eigenen Betriebe oder aus einem Gemeinschaftsverhältnis mit der Privatindustrie, erwachsen würden, so sind diese lediglich Gegenstand nächster Berechnung. Zweifel bestehen eben darüber, ob die bisherige Gesellschaft in der Lage ist, unter Aufrechterhaltung der für ihre Aktionäre notwendigen Dividende gleichzeitig die städtischen Finanzen in dem Maße zu unterstützen, wie es die Übernahme der Elektrizitätswerke erfordert, die Möglichkeit gegeben sein, sich die Vorteile einer elektrischen Fernverforgung dienlich zu machen.

Diese Erklärung aus dem Rathaus erscheint wenig befriedigend. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Stadt Berlin die B. E. W. übernehmen muß und somit in den Besitz eines eigenen Elektrizitätswerks kommt, das eine Reihe Vorortgemeinden zum Segen ihrer eigenen Bevölkerung bereits besitz. Bei einer solchen Uebernahme entstehen die verschiedensten Verwicklungen. Die Stadt Berlin baut eine eigene Untergrundbahn, zu deren Betrieb sie große Mengen Kraft und Licht braucht. Der Staat arbeitet an der Elektrifizierung der Stadtbahn, zu deren Betrieb ebenfalls große Menge von Kraft benötigt werden. Außerdem besitzt die Stadt selber Gaswerke, die in Verbindung mit einem Elektrizitätswerk weitere große Vorteile bringen können. Kurz und gut: Trotz aller Schwierigkeiten, die durch besondere Erwerbungen der B. E. W. der Uebernahme in städtische Regie gemacht worden sind, kann es nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, daß die Stadt die B. E. W. übernehmen muß. An den Köder darf die Stadt nicht beissen, daß die B. E. W. in Zukunft der Stadt etwa 12 Millionen anstatt 7,9 Millionen Abgabe zahlen wollen.

Es wäre unerhört von den städtischen Körperschaften, wenn zu den vielen verpönten Gelegenheiten in der Geschichte der Stadt Berlin eine neue kommen sollte!

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

Das Marinehaus, Brandenburger Ufer 1, und die Kammerfalle, Zeltower Str. 1-4, sind für die organisierte Arbeiterkassette geplatzt. In Reinickendorf-West hat das Lokal Eichhornfalle, Eichhornstr. 60, den Besitzer gewechselt. Der jetzige Inhaber Herr Schröder stellt das Lokal ebenfalls zur Verfügung. Die Lokalkommission.

Zweiter Kreis, 5. Abteilung, Sonnabend, den 15. November, findet in den Kreuzberg-Gewerkschaften, Kreuzbergstraße 48, ein Unterhaltungsausschuss statt. Eintritt inkl. Tanz 30 Pf. Willetts sind bei den Bezirksführern zu haben.

Schöneberg, Freitag, abends 8 1/2 Uhr: Beginn des Vortragskurses über: „Ältere Klassiker“. Referent: Genosse Däumig; Lokal: Neue Rathauskassette, Weininger Straße 8. Als Vortragende sind festgesetzt: 14., 21. und 28. November sowie 5. Dezember d. J. Der Bildungsausschuss.

Neukölln, Am Sonnabend, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in der „Neuen Welt“ das diesjährige Herbstfest statt. Das Konzert wird ausgeführt vom „Berliner Konjunktur-Orchester“ unter Leitung seines Dirigenten Fr. v. Blon. Wir verweisen auf das Inserat in heutiger Nummer und bitten um pünktliches Erscheinen. Der Bildungsausschuss.

Lichterfelde, Am Sonntag früh: Handzettelverbreitung zu der am Dienstag bei Wahrensdorf stattfindenden öffentlichen Versammlung.

Tempelhof, Der Bildungsausschuss ist noch im Besitz von Gutshausen für eine vom Bezirks-Bildungsausschuss Groß-Berlin veranstaltete Vorstellung im „Deutschen Opernhaus“, am Sonntag, den 16. November d. J., nachmittags 3 Uhr. Geopfert werden: „Die lustigen Weiber von Windsor“. Karten a 1,30 M. (Kittel und Garderobe frei) sind zu haben beim Genossen Irving, Dorffstr. 62.

Bezirk Nöckerdorf, Am 15. November: Jahlabend. Für Kaitzberge bei A. Inrich, Stechbierhalle Köppen; Kaitzberge bei

S. Schaele, Aurfürstenstraße; Schulzenhöhe bei W. Lange, Kaiserstraße; Lasdors bei S. Gehrmann, Berliner Straße.

Reinickendorf-Ost. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im „Seebad“, Residenzstr. 49, der 5. Vortragsabend des vom Genossen Eichhorn abgehaltenen Vortragskurses „Einführung in die sozialistische Weltanschauung“ statt. Der hochentwickelte Kapitalismus und der Uebergang zum Sozialismus bilden das Thema des heutigen Vortrages, an dem teilzunehmen allen Genossen und Genossinnen dringend empfohlen wird.

Bezirk Waidmannslust, Sonnabend, den 15. November, abends 8 1/2 Uhr, findet in Hermsdorf im Restaurant „Bellevue“, Inhaber K. Pfeffer, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht der Bezirksleitung, 2. Wahl eines Bezirkskassierers, 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Bernau, Heute Donnerstag: Kombiniertes Jahlabend bei Salzmänn. Verkündung des Wahlergebnisses.

Berliner Nachrichten.

Ausgelitten.

Der kalte Novemberwind streicht durch die schon stark entblätterten Bäume. Glenden Schritte ziehen die Arbeiter beim grauen Morgen ihre Straße den Arbeitsstätten zu. Einzelne Straßenbahnzüge unterbrechen zeitweise die gedrückte Herbststimmung. Ich eile am Landwehrkanal entlang, um ja zu rechter Zeit im Geschäft zu sein; denn jedermann ist froh, bei dieser herrschenden Arbeitslosigkeit noch Beschäftigung zu haben. Zuspätkommen bedeutet in den meisten Fällen Entlassung.

Auf meiner Wanderung stoße ich zeitweise auf Sicherheitsbeamte, welche sich mit hochgeschlagenem Mantel tragen in irgendeiner Ecke des Hauses vor dem leise, aber stetig herabrieselnden Regen schütten wollen. Doch halt! Da geht ein Schuhmann in kurzen, abgebrochenen Schritten mitten auf dem Trottoir auf und ab; er entfernt sich nur wenig von einem bestimmten Punkt, den er zu beobachten scheint. Einige Passanten stehen in unmittelbarer Nähe und unterhalten sich flüsternd. Mein Weg führt an dieser Stelle vorüber und eilends will ich die kleine Gruppe der fröstelnden Personen passieren. Da fällt mein Blick auf den dunklen Punkt, dem sich alle zugewandt halten.

Auf dem Rasen der Uferböschung liegt etwas, was sich vorläufig noch meinen Blick entzieht; es ist mit einem alten Stück Sackleinen zugedeckt.

Kräftige Schritte hören wir hallen: es ist der kontrollierende Polizeileutnant! — Der Schuhmann nimmt eine stramme Haltung ein, reicht das Kontrollbuch nebst Weisheit seinem Vorgesetzten und erstattet Meldung. Nach erfolgter Eintragung im Kontrollbuch reicht der Leutnant es zurück. Jetzt betreten die beiden Beamten die Rasenböschung und schreiten auf den zugedeckten Gegenstand zu. Der Schuhmann hebt die Umhüllung empor. Wir sehen in das abgehärmte Antlitz eines Toten. Er scheint den ärmsten Ständen anzugehören, denn seine Kleidung ist äußerst schlecht. Der ganze Eindruck deutet auf ein nun abgeschlossenes schweres Erdendasein. In diesem Moment hat sich unsere kleine Gruppe Neugieriger um einen alten weißbärtigen Arbeiter vermehrt. Er bleibt nicht stehen, nur im Vorbeigehen wirft er einen Blick auf die beiden Beamten und dann auf den Toten. Sein Mund öffnet sich; mit schwerer Stimme, die ein merkliches Zittern verrät, entringt sich seinen Lippen nur das eine Wort: „Ausgelitten“. Mein Gesicht wendet sich dem Alten zu; ich glaube eine Träne seinen grauen Bart netzen zu sehen. Doch ruhig schreitet er weiter.

Die Leiche wird zugedeckt; der Leutnant entfernt sich, doch der Polizeibeamte hält weiter die Totenwache. Die kleine Gruppe löst sich auf; Personen, die sich sonst fremd gegenüberstehen, die aber das Mitleid hier zusammengeführt hat, sie gehen gemeinschaftlich, sich über das traurige Ereignis unterhaltend, ihren Weg.

Ich eile davon. Bei dem Surren der Räder meiner Maschine suche ich den traurigen Eindruck, den ich empfangen, zu verwischen, doch es will mir nicht gelingen. Den ganzen Tag verfolgt mich das trübe Bild. Ueberall sehe ich noch den abgemagerten Körper des Toten vor Augen und ständig klingt mir das eine Wort des alten Mannes in den Ohren wieder: „Ausgelitten“.

Angestelltenversicherung der städtischen Angestellten.

Der Stadtverordneten-Ausschuss zur Vorberatung der Magistratsvorlage über die Regelung der Angestelltenversicherung der im Wege des Privatdienstvertrages beschäftigten städtischen Angestellten hat nach längerer eingehender Beratung die Magistratsvorlage nach Maßgabe folgenden Beschlusses angenommen: „Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich damit einverstanden, daß die städtischen Angestellten nach dem Angestelltenversicherungs-gesetz in der Weise zu versichern sind, daß die Stadt die Arbeitgeberbeiträge übernimmt und den von dieser Versicherung Betroffenen eine Gehaltserhöhung in Höhe der von ihnen gezahlten Angestelltenbeiträge, rückwirkend vom 1. Januar d. J. ab, gewährt wird.“

Die Regelung der Straßenbahnanlagen auf dem Alexanderplatz, die durch den Bau der Untergrundbahn in einen recht unerfreulichen Zustand verlegt worden waren, wird demnächst erfolgen. Der Verband Groß-Berlin hat der beantragten Veränderung der gesamten Bahnanlagen auf dem Alexanderplatz zugestimmt, die damit endgültig und in einer dem Verkehr mehr als bisher entsprechenden Weise reguliert werden. Auch die Bahnanlagen am Roseneck im Grunewald, die zur besseren Betriebsführung der dortigen Straßenbahnlinien umgebaut werden, die Bahnanlagen in der Voßtringer Straße und in der Prenzlauer Allee haben die Zustimmung des Verbandsausschusses Groß-Berlin gefunden.

Um die Luftbarkeitssteuer.

Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, ihn in einer Vorlage zur Kenntnisnahme genaue Unterlagen über die bisherigen Ergebnisse und Wirkungen der Luftbarkeitssteuer vom 8. März 1913 mitzuteilen. Der Antrag wird voraussichtlich Donnerstag in acht Tagen zur Beratung kommen.“

Von den Stadtverordnetenvätern.

Die „Frankfurter Zeitung“ widmet unseren Erfolgen bei den Berliner Stadtverordnetenvätern einen wehmütigen Nachruf, in dem sie unter anderem schreibt:

„Nur etwas mehr Siegeszuversicht und bessere Organisation wird es auch in Berlin verbinden, daß der „Vorwärts“ immer wieder von neuen Erfolgen berichten und dadurch die Arbeitsfreudigkeit seiner Anhänger aufs neue anspornen kann.“

„Denn es ist ein törichter Glaube, den die Sozialdemokratie geflüchtlich und mit großer Wirkung zu nähren sucht, als wenn alle Arbeiter zur Sozialdemokratie gehörten. Es waren fast durchweg Arbeiter, die gestern in den heiß umstrittenen Bezirken den Fortschrittler ihre Stimme gaben, während Leute mit einer gewissen Behäbigkeit und Wohlhabenheit sich zur Sozialdemokratie bekamen.“

Ganz stimmen die Beobachtungen des Berichterstatters der „Frankfurter Zeitung“ über die bürgerlichen Wähler nun nicht. Aber wir nehmen Akt davon, daß auch sie unsere Erfolge uns attestieren muß, wenn auch sehr ungern!

Doppelmord in Neukölln.

Verhaftung des Mörders.

Das Haus Steinmeyerstr. 87 in Neukölln war Dienstag abend der Schauplatz einer ungeheuerlichen Bluttat. Der 34 Jahre alte Rutscher Friedrich Vogan hat seine mit ihm zusammenwohnende Geliebte, die 40 Jahre alte Arbeiterfrau Johanna Prusseit, geborene Adomeit, und deren drei Jahre alte Tochter Erna erdrosselt und die 11 Jahre alte Tochter Klara so schwer verletzt, daß mit deren Ableben gerechnet werden muß. Vogan wurde gestern nachmittag in der Glasowstraße von einer Frau erkannt, durch einen Schuhmann festgenommen und dem Präsidium in Neukölln eingeliefert.

Vogan war seit längerer Zeit nur noch als Gelegenheitsarbeiter tätig und verdiente recht wenig. Frau Prusseit war seit Jahren krank und erwerbsunfähig. Ihre älteste, 19 Jahre alte, aus der ersten Ehe stammende Tochter Marie mußte ihren ganzen Verdienst hergeben, um zu dem Unterhalt ihrer Mutter, der Stiefgeschwister und des eigenen, erst sieben Wochen alten Kindes beizutragen. In der gemeinsamen Wohnung kam es zwischen Vogan, seiner Geliebten und deren Tochter häufig zu unliebsamen Aufritten, die für gewöhnlich mit schweren Mißhandlungen endeten. Am letzten Sonnabend war es wieder einmal zu einer derartigen häuslichen Szene gekommen. Vogan hatte seine Arbeit eingestellt und den Vogan verbrannt. Am Dienstag wollte er Geld besorgen, ließ sich aber bis Mittag nicht sehen. Am Abend um 5 1/2 Uhr erschien er vor dem Fabrikgebäude in der Bergmannstraße, in dem die Marie Prusseit beschäftigt war. Er trat ihr entgegen und sagte ihr, sie möge nicht nach Hause, sondern nach Brigg zur Großmutter gehen. Dort sei auch ihre Mutter, mit der er Streit gehabt habe und die ihn darauf mit den Kindern verlassen habe. Das Mädchen wurde gleich stutzig, weil Vogan erst in der Nacht zum Sonntag verhaftet hatte, ihre Mutter im Schlafe zu erwürgen. Als es erklärte, daß es unter allen Umständen erst nach Hause gehen werde, gab ihm Vogan 20 Pf. mit den Worten: „Nach was Du willst, wenn Du aber nach Hause kommst, dann wirst Du was Schönes sehen!“ Jetzt eilte das Mädchen mit einer Freundin, die es begleitete, nach der Wohnung. Die Tür war verschlossen, die beiden Mädchen fanden aber den Schlüssel unter der Türmatte liegen, wohin er in der Regel gelegt wurde, wenn Frau Prusseit ausging. In der Küche war nichts Auffallendes zu sehen. Das Mädchen ersah aber, als es die Stubentür verschlossen fand. Es holte nun mit der Freundin Nachbarn und einen Schuhmann. Als diese jetzt gewaltig öffneten, fand man Frau Prusseit und ihre 3 Jahre alte Tochterchen erdrosselt auf einem Bette liegend vor. Auf einem zweiten Bette lag das 11 Jahre alte Tochterchen Klara schwer verletzt. Es gab noch Lebenszeichen von sich und wurde auf Anordnung der inzwischen erschienenen Kriminalpolizei in das Brügger Krankenhaus geschafft. Der Befund ergab, daß Vogan anscheinend mit einem schweren Werkzeug die Geliebte niedergeschlagen und hinterher erdrosselt hat. In dem einen Bett fand man einen Strid. Die beiden Leichen wurden beschlagnahmt und die Suche nach dem Mörder eingeleitet. Gestern vormittag erhielt Marie Prusseit von Vogan eine Postkarte und einen Brief, die morgens zwischen sechs und sieben Uhr auf dem Postamt 33 im Südosten abgestempelt sind.

Der eine Brief des Mörders ist an seine Mutter gerichtet und lautet: „Ich sage Dir besten Dank für die Aufnahme, die Du mir immer genährt hast, sonst wäre es zu diesem Ziele nicht gekommen. So nimm mich das nicht übel. Die Zeit ist vorbei. Ich habe das Leben fast gehabt. Nun lebe wohl bis an Dein Todesende. Es ist mir sehr schwer gefallen. Am Abieu.“

An die Schwester schrieb Vogan: „Diese Frau hat mir so viel zugefügt, daß es soweit gekommen ist. Alle sind mir sehr schwer von Herzen gegangen. Sie haben sich alle drei sehr gestraußt. Die Frau sagte noch, jetzt ist es genug, aber ich mußte es tun. Nun leb' wohl, ich konnte nicht anders.“

Wie weiter mitgeteilt wird, ist das Befinden der elfjährigen Klara, die ein Kind des Vogan aus erster Ehe ist, günstig. Sie dürfte nach Ansicht der Ärzte mit dem Leben davonkommen.

Bei seiner Vernehmung auf dem Polizeipräsidium gab Vogan an, daß Frau Prusseit, als er am Montagnachmittag nach Hause gekommen sei, mit dem dreijährigen Tochterchen Erna auf dem Fußboden gelegen habe und dabei gewesen sei, es zu erdrosseln. Er habe sie davon zurückgehalten und sei nun mit ihr wegen der Miets in einen Streit geraten, habe sich dann aber wieder mit ihr versöhnt. Nach einigen Minuten habe die Frau ihn jedoch wieder beleidigt, und dadurch sei er in eine solche Wut geraten, daß er zu einem gerade zur Hand liegenden Hammer gegriffen und sie auf den Kopf geschlagen habe. Sie sei daraufhin tot zusammengebrochen. Nun habe er bemerkt, daß auch das Kind tot gewesen sei. Er bestreitet ganz entschieden, daß er der Mörder des Kindes ist, behauptet vielmehr, daß Frau Prusseit es umgebracht habe. Als er nun die beiden Leichen auf das Bett gelegt habe, sei die 11jährige Klara gerade aus der Schule nach Hause gekommen. Nun habe er sich gesagt, daß auch sie nicht weiter zu leben brauche, wo beide tot waren und habe sie gepackt und gedrosselt, bis sie die Bestimmung verloren habe. Er glaube, daß sie tot gewesen sei und legte sie dann zu der Frau und dem kleinen Kinde auf das Bett. Die Vernehmung wurde bald abgeschlossen, um später fortgesetzt zu werden.

Bei seiner zweiten Vernehmung über den Erdrosselungsversuch der 11jährigen Erna gab er weiter an, daß er zu ihr bei ihrer Heimkehr gesagt habe: „Mutter ist tot, Erna ist tot, jetzt muß Du auch sterben.“ Dann habe er einen Strid genommen, ihr diesen von hinten um den Kopf geworfen und sie dann mehrmals in die Höhe gehoben. Die Obduktion der beiden Leichen hat ergeben, daß sowohl bei der Frau wie bei dem Kinde der Tod durch Erstickung eingetreten ist.

Daß Vogan die Tat vorzüglich ausgeführt hatte, geht aus fünf Schreiben hervor, die er im ganzen geschrieben hat. In seiner letzten fand man noch einen Brief, der an seinen Schwager gerichtet war. Auch darin bezieht er sich des Mordes. Außerdem hat er vorher zu einem Arbeitskollegen geäußert, daß er alle drei totschießen werde. Am Schluß des Berichts sollte die überlebende, 19 Jahr alte Tochter Marie dem Mörder gegenübergestellt werden.

Sie brach jedoch bei seiner Ansicht in Schreikämpfe aus und konnte nicht weiter befragt werden.

Began ist die Nacht hindurch im Schießischen Busch umhergeirrt und wollte jetzt zu einem befreundeten Gastwirt nach Nohmannsdorf gehen, um sich Wirtsgastessen geben zu lassen, da er nicht mehr bezahlen konnte. Bei seiner Verhaftung fand man nur noch 6 Pf. bei ihm. Außerdem noch einen Strich, mit dem er sich, wie er sagte, erhängen wollte.

### Ueberefahren und getötet.

Tödlich verunglückt ist Dienstagabend der 50 Jahre alte Kaufmann und Hauseigentümer Edmund Apel aus der Frankfurter Allee 50. Apel wollte kurz vor 9 Uhr unter der Uebereführung der Stadtbahn am Alexanderplatz, unter der jetzt zur Verstärkung des Belags für den elektrischen Betrieb Gangerüste errichtet sind, einen Straßenbahnwagen besteigen. Er glitt dann Trittbrett ab und kam so unglücklich zu Fall, daß er überfahren wurde. Der Verunglückte blieb bewußtlos liegen und starb schon auf dem Wege nach der nahegelegenen Unfallstation in der Reibelstraße.

### Das Opfer des Potsdamer Automobilunfalls und der Prinz.

Dieser Tage berichteten wir, daß in Potsdam die vierjährige Elli Risch von einem Automobil des Prinzen Friedrich Leopold überfahren und getötet wurde. Das „Berliner Tageblatt“ brachte gestern folgende lakonische Notiz: „Der Prinz hat am Sarge des Kindes zwei Kränze durch seinen Adjutanten niederlegen lassen und wird bei der Beerdigung durch den Hofmarschall vertreten sein.“ In Potsdam gibt sich große Teilnahme für die Eltern des getöteten Kindes kund. Die Familie ist durch die Beerdigungskosten in finanzielle Schwierigkeiten geraten, da der Prinz nur für die Stellung des Leichenwagens Sorge getragen hat.

Gewöhnlich heißt es: Noblesse oblige! (Adel verpflichtet.) Im vorliegenden Falle scheint man davon wenig zu merken, obwohl eine Verpflichtung des Prinzen über die Haftung vorliegt. Dabei wollen eine Anzahl Augenzeugen bekunden, daß das prinzipale Automobil am Tage des Unfalls mit einer für den Stadtverkehr unzulässigen Schnelligkeit gefahren sein soll.

Verloren. Auf dem Wege zur Arbeit von der Waldenserstr. 18 bis zur Tuchfabrik Huttenstraße ist ein Portemonnaie mit circa 21 M. in bar und einem Rauring, M. Jang 12. 5. 18 gezeichnet, verloren gegangen. Der Verlust trifft den Verlierer besonders hart, da er erst seit 14 Tagen wieder arbeiten kann, vorher aber 18 Wochen krank war. Der ehrliche Finder wird gebeten, den Fund bei K. Zimmer, Waldenserstr. 18 IV, abzugeben.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Ein Klageged über den Durchfall des liberalen Arbeiterführers Friedrich im 5. Wahlbezirk stimmt ein liberaler Wahlhelfer in Nr. 208 der „Neuen Zeit“ an. Er sagt, daß die Kandidatur für diese Kandidatur zu erwärmen. Es habe verfaßt. Man sei im Bürgerturn achtsam über die Kandidatur eines „nur Arbeiter“ hinweggegangen. Die liberale Gleichberechtigung hat also doch nicht fest gefaßt. Die Probe auf das Exempel ist jämmerlich ausgefallen. Das Bürgerturn, das uns den Klassenstandpunkt zum großen Vorwurf macht, hat in diesem Falle selbst keine Klasse nicht verleugnen können. Im übrigen haben die Charlottenburger Arbeiter zu erkennen gegeben, wie sie die Kandidatur Friedrichs bewerteten. Die sogenannten liberalen Arbeiter — vielfach entpringt ihre Zugehörigkeit zum liberalen Arbeiterverein rein materiellen Gründen — sollten aber aus dem Wahlschicksal ersehen, daß die schönen Reden von liberaler Gleichberechtigung eitel Dummheit sind und daß sie nur gut tun, wenn sie sich ihren Klassenbewußten Arbeitskollegen anschließen.

### Schöneberg.

Dienstbotenversicherung in Schöneberg. Die Satzungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse sind genehmigt. Der Jahresbeitrag beträgt 32,76 M. für alle Dienstboten mit einem Verlohn bis 36 M. monatlich. Es sind alle Dienstboten versicherungspflichtig und müssen auch dann angemeldet werden, wenn Befreiung beantragt wird. Die Befreiungsanträge sind bei jedem neuen Dienstboten von neuem zu stellen. Die Anmeldungen können zugleich mit den polizeilichen Anmeldungen auf jedem Polizeirevier erfolgen. Bei Erkrankungen ist das persönliche Erscheinen des Dienstboten nicht erforderlich. Bei Krankenabwesenheiten verzichtet die Krankenkasse auf vorherige Genehmigung. Versicherungspflichtig sind auch die Portiers. Die erstmaligen Meldungen sind an die Kasse direkt zu richten und werden schon jetzt (Brunenwalstr. 30) mit Wirksamkeit vom 1. Januar 1914 entgegengenommen. Formulare und Verlohnblätter werden unentgeltlich abgegeben. Sie liegen in allen Zeitungshäusern, auf der Kasse sowie auf dem Versicherungsbüro.

### Steglitz.

An erster Stelle der Tagesordnung der Gemeindevertreterversammlung am Freitag, den 14. d. M., abends 6 Uhr steht ein von den Sozialdemokraten gestellter Antrag, der schon zu der Oktoberversammlung gebracht war, aber damals verlagert wurde. Der Antrag lautet: „Um der in immer wachsendem Umfange hervortretenden Arbeitslosigkeit und dem sich hieraus ergebenden Nothstand der Arbeiter nach Möglichkeit zu steuern, beschließt die Gemeindevertretung: 1. alle Arbeiten für das Hoch- und Tiefbauamt, für welche Mittel bewilligt sind, mit größter Beschleunigung in Angriff zu nehmen; 2. den Gemeindevorstand zu beauftragen, eine Vorlage einzubringen, um Arbeitslosenunterstützung aus Gemeindegeldern auf Grundlage des Genter Systems zur Ausführung zu bringen.“ Es wird sich bei dieser Gelegenheit zeigen, ob die sozialpolitische Einsicht des Gemeindevorstandes und der bürgerlichen Vertreter mit der Zeit Fortschritte gemacht hat, oder ob man auch diesmal wieder die berechtigten und dringenden Forderungen der Arbeiter mit den abgedroschenen Redensarten bekämpfen wird, wie dies in früheren Jahren geschah. Unseren Parteigenossen empfehlen wir den Besuch dieser Sitzung, um das Wirken der Gemeindevertretung in Arbeiterfragen an der Quelle zu studieren. Auch die zu erwartende Aussprache in der Frage der Stadtvermehrung, sowie die abermalige Beratung des Zweckerbauesantrages betr. Anlage des Breitenbachplatzes dürfte unsere Genossen interessieren.

### Weißensee.

Aus der Gemeindevertretung. Ein Antrag: die Ortskrankenkasse der Rüstler zu Berlin wegen Erlass von Krankenhauspflanzkosten zu verklagen, wurde angenommen. Zur Errichtung einer Lesehalle für Jugendliche ist der Gemeinde eine Sammelsumme von über 1000 Bänden und zur Einrichtung der Lesehalle eine Summe von 2000 M. als Geschenk angeboten worden. Die Bücher sollen jedem Kind im Alter von 8—10, 10—14 und 14—16 Jahren zur Verfügung stehen. Die Lesehalle wird auf dem Pumphausgrundstück untergebracht. Die Regierung verlangt, daß die Gemeinde bestimmte Bezirke des Ortes so einrichtet, daß diese nur mit villenartigen Häusern bebaut werden, um dadurch mehr Grünflächen zu schaffen. Da der Grundbesitz sich hierdurch geschädigt glaubt, war man ängstlich bemüht, nicht allzu große Teile diesem Zwecke dienstbar zu machen. Das reservierte Gelände liegt an der Grenze von Hohen-Schönhausen und ist zum größten Teil im Besitz der Gemeinde. In der geheimen Sitzung wurde dann noch ein Markthallenprojekt besprochen.

### Treptow-Baumshulenberg.

Der Seefischverkauf der Gemeinde ist im Ortsteil Baumshulenberg aufgegeben, doch sind dort allwöchentlich frische Seefische in der

Verkaufsstelle des Konsumvereins zu haben. Im Berliner Ortsteil bleibt der Verkauf wie bisher geregelt.

### Röpenitz.

Am Freitag findet am Ort eine wichtige öffentliche Versammlung statt. Der Vorstand des Wahlvereins ersucht die Arbeitervereine, dies bei geplanten Parteipartien zu berücksichtigen.

### Bernau.

Heute Donnerstag, den 13. November, finden von mittags 12 Uhr bis abends 7 Uhr die Stadtverordnetenwahlen für die dritte Abteilung im „Elytum“, Hufschmiedstraße 6 statt. Unsere Kandidaten sind die Genossen Bruno Schneider und Max Rosenow. Zur Wahl zugelassen wird nur, wer noch bis 7 Uhr im Wahllokal ist.

Die Wahl für die zweite Abteilung findet morgen Freitag, den 14. November, vormittags von 9 bis 1 Uhr im Magistratsitzungsraum statt. Unsere Kandidaten sind die Genossen Emil Wünsche, Ludwig Stollow und Max Rosenow. Die Genossen wollen sich zu den Wahlarbeiten möglichst zahlreich zur Verfügung stellen. Desgleichen wird die Berliner Arbeiterschaft, soweit dieselbe mit Bernauer Wahlberechtigten zusammen arbeitet, ersucht, dieselben auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen.

### Pantow.

Zur Aufstellung der Kandidaten zum Ausschuss der Krankenkasse wird am Freitag, den 14. November, abends 6 Uhr, eine von der Gewerkschaftskommission nach dem Lokal von Kochstr. 8—1, einberufene öffentliche Versammlung der Mitglieder der Ortskrankenkasse Pantow Stellung nehmen. Außerdem steht noch ein Vortrag des Genossen Ritsche über die Volksfürsorge auf der Tagesordnung.

### Potsdam.

Erfahrungen und Ergebnisse des vorjährigen städtischen Fleischverkaufs. Gleichzeitig mit dem Beschluß der gemischten Kommission zur Beratung der Feuerungsmaßnahmen, die beschlossen hat, in Anbetracht der erheblichen Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Notlage den weniger bemittelten Bevölkerungsschichten billiges Fleisch zu verschaffen, unterbreitet der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht über den vorjährigen städtischen Fleischverkauf, zu dem durch Beschluß vom 4. Oktober 1912 1500 M. zur Verfügung gestellt wurden. In dem Bericht heißt es: Da die Fleischpreise weiter es verstanden, den Verkauf des Fleisches für die Stadt sehr ungünstig zu gestalten und sich weigerten, ausländisches Fleisch auf eigenes Risiko zu verkaufen, so übernahm der Magistrat mit Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung den Fleischverkauf in eigene Regie, und zwar mit bestem Erfolge. Sodann wird in dem amtlichen Bericht erwähnt, daß ein dänischer Großimporteur erklartes dänisches Rindfleisch lieferte und im Laden in der Brauerstraße am 14. November der Verkauf eröffnet wurde. Das vortreffliche Fleisch fand bei den billigen Preisen eine reißende Abnahme. Interessant war auch bei diesem Verkauf die Feststellung, daß weitaus der größte Teil des kausierenden Publikums den weniger bemittelten Ständen angehört. Dies wurde dadurch bewiesen, daß 70 Proz. der Verkaufsbeträge bis zu 2 M., nur 18 Proz. Beträge von 2—3 M. und 12 Proz. Beträge über 3 M. auswies. Hierbei sei bemerkt, daß schon der erste Fleischverkauf dieselbe Erscheinung gezeigt hatte. Der Zubrang zu der Verkaufsstelle war zeitweise derart stark, daß der Laden zugeschlossen werden mußte, bis die darin befindlichen Kunden abgefertigt waren. Des weiteren erwähnt der Magistrat, daß er auf Bitten der Fleischmeister, denen er einen Verdienst von 50 M. pro Kind und 20 M. pro Schwein gewährleistete, am 30. November 1912 den städtischen Laden schloß, nachdem durch Unterschrift 35 Fleischmeister die Bedingungen des Magistrats anerkannt. Der größte Teil der Fleischmeister hielt sich jedoch in der Folge an sein durch Unterschrift gegebenes Anerkenntnis nicht für gebunden. Weil nun die Stadt gegenüber Berlin durch eine dreiwöchige Kündigungsfrist gebunden war und befürchtete, große Fleischmengen geliefert zu erhalten, ohne genügende und sichere Verkäufer zu haben, schloß sie mit neun Schlächtermeistern einen gerichtlich klagbaren Vertrag, in dem alle Beteiligten als Gesamtschuldner für die Abnahme und den Vertrieb haften. Dieser Vertrag, der allen Wünschen der Schlächtermeister in weitgehendster Weise entgegenkam und eine vierwöchige Kündigungsfrist vorsah, wurde bereits beim ersten Kündigungsstermin von den Schlächtermeistern gekündigt. Der Magistrat sah sich daher genötigt, auch seinerseits der Stadt Berlin den Bezug russischen Fleisches zu kündigen und den Verkauf ausländischen Fleisches vorläufig einzustellen. Am 12. November bis 17. Januar 1912 wurden verkauft: 8455 Kilogramm dänisches Rindfleisch, 7963 Pfund russisches Rindfleisch, 19443 Pfund russisches Schweinefleisch. Bei dem Verkauf durch die Schlächtermeister auf Risiko der Stadt ist ein Defizit von 581,77 M. entstanden, dagegen hat der Fleischverkauf in eigener Regie nach Abzug sämtlicher Unkosten einen Ueberschuß von 450,59 M. gebracht, so daß nur ein Restbetrag von 101,18 M. zu decken bleibt. Wäre der Fleischverkauf nicht so schnell durch die Kündigung der Schlächtermeister beendet worden, dann hätte man auch dieses geringe Defizit noch decken können.“ Der Magistrat stellt dem Stadtparlament anheim, über eine Wiederaufnahme des Verkaufes von russischem Fleisch in eigener Regie Beschluß zu fassen.

### Reinickendorf.

Der Männerchor Reinickendorf (Mitglied des D. K. S. V.) veranstaltet am Sonntag, den 15. November, abends 9 Uhr, in den Hubertuskälen, Provinzialstraße, ein Herbstkonzert. Als Mitwirkende sind gewonnen: Cellistin Fr. Marie Hahn vom Aufschlo-Quartett, sowie Konzertorganist Herr Jul. Gutmann. Die Arbeiterchaft wird um eine rege Beteiligung gebeten.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Spanbau. Heute Donnerstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des neuen Rathauses.

Weißensee. Freitag, nachmittags 5 Uhr, im Rathaus. U. a.: Besprechung über die Errichtung eines Fleischverkaufs.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Ein internationaler Konflikt.

Auf Island ist ein Konflikt mit dem „diplomatischen Korps“ entstanden, der schwerwiegende Erschütterungen der internationalen — Lauchmüllers nach sich ziehen dürfte. Am 1. Juli dieses Jahres trat ein Beschluß des Parlamentes in Kraft, der die Einfuhr von alkoholischen Getränken verbietet. Seitdem müssen die Isländer auf den „guten Tropfen“ verzichten. Auch die Vertreter der ausländischen Mächte natürlich. Die Konsuln Norwegens und Frankreichs aber konnten ohne die Alkoholverbote nicht auskommen, und sie erhielten auch die Erlaubnis der hohen Obrigkeit, jährlich je 800 Liter Wein zum eigenen Gebrauch einzuführen. Daraus große Enttäuschung bei den Konsuln der anderen Länder, die sich benachteiligt fühlen. Auch ihnen ist der Genuß von Wein kein Greuel und sie wollen sich nicht damit zufrieden geben, daß nur ihre Kollegen aus Norwegen und Frankreich 800 Liter Wein zum eigenen Gebrauch einsteuern können; sie fordern vielmehr Gleichberechtigung und gleiches Quantum für alle! Wie aus Kopenhagen der Kopenhagener Presse gemeldet wird,

haben die anderen Konsuln sich beschwerdefähig an ihre Regierungen gewandt.

Es wird also eine internationale Diplomatenkonferenz zusammengetreten müssen, um das alkoholische Gleichgewicht der ausländischen Konsuln auf Island wieder herzustellen.

### Greuel des Krieges.

Beim Austausch der Gefangenen des zweiten Balkankrieges wurde eine größere Anzahl bulgarischer Soldaten, die in griechische Gefangenenschaft geraten waren, vermisst. Wie jetzt das offizielle bulgarische Telegraphenbureau meldet, sei festgestellt worden, daß 80 gefesselte Soldaten, die auf dem griechischen Dampfer „Pelop“ nach Saloniki eingeschifft worden waren, um angelisch in Quarantäne gelegt zu werden, auf Befehl des Kapitäns, eines gewissen Lebedeis, ins Meer geworfen worden sind. Elf andere Soldaten, ebenfalls Gefangene, die sich an Bord des gleichen Dampfers befanden, sind nach den schrecklichsten Martern getötet worden. Die Vorgänge sollen vor den Augen einiger Passagiere geschehen sein.

### Die Schneestürme in den Vereinigten Staaten.

Die Schneewehen und Schneestürme, die seit Sonntag im ganzen Osten der Vereinigten Staaten mit unerminderter Kraft wüthen, haben in dem schwer heimgefügten Lande Zustände geschaffen, die dem Unglück der großen Ueberschwemmungen im Frühjahr nicht weit nachstehen. Besonders die Stadt Cleveland (Ohio) ist von dem Unwetter schwer heimgefügung worden.

Ganz Ohio liegt unter einer 32 Zentimeter hohen Schneedecke. Die Wege sind mit zahllosen Telegraphen- und Telephonbräthen überzogen, die durch das Gewicht des Schnees gerissen sind. Der Verkehr ist vollkommen lahmgelegt und den Bewohnern droht die Gefahr des Verhungerns. Drei Personen sind unterwegs im Schnee begraben worden und getötet. Von vielen anderen ist man ohne Nachricht, von denen man annimmt, daß sie unter der Schneedecke liegen und erfroren sind. Der Schneefall dauert ununterbrochen fort. Der Schaden, der bis jetzt entstanden ist, beläuft sich auf Millionen Dollar. Das Unglück würde unabsehbar werden, falls Schneeschmelze eintreten sollte, die eine fürchterliche Ueberschwemmung mit sich bringen würde.

Es ist nicht möglich, den Wagenverkehr selbst innerhalb der Straßen der Stadt Cleveland aufrecht zu erhalten, so daß nicht einmal die Beerdigung der Leichen vor sich gehen kann. Brot, Milch und andere Nahrungsmittel sind selbst für hohe Summen nicht aufzutreiben. Auf den Seen sind zahlreiche Schiffe in Gefahr gekommen. Auf dem Erie-See ist der Dampfer „Jg Garmer“ in der Nähe von Lorain Harbour aufgelaufen. Da der furchtbare Schneesturm jeden Rettungsversuch unmöglich macht, wird für die 20 Mann starke Besatzung das Schlimmste befürchtet. Ein Leuchtschiff auf dem Erie-See ist ebenfalls infolge des Sturmes gesunken. Die 10 Mann starke Besatzung scheint verloren. Auf dem Huron-See scheiterte ein Lastdampfer und seine 40 Mann Besatzung dürfte umgekommen sein. Auch in anderen Staaten hat der Schneesturm furchtbar gewüthet. Bisher sind 18 Todesfälle infolge Erfrierens gemeldet worden.

### Erdbebenkatastrophe in Peru.

Die „New York Times“ bringt eine Depesche, nach welcher laut amtlicher Meldung am Freitag ein Erdbeben die Stadt Albancay, Provinz Apurimac, Peru, zerstört hat; man zählt mehr als zweihundert Tote; tausend Menschen sind obdachlos.

### Kleine Notizen.

Ein Offizier wegen Mordversuchs angeklagt. Gegen den Leutnant Ziegls vom Infanterieregiment 16 in Diedenhofen ist Anklage wegen Mordversuchs erhoben worden. In seinem Zimmer war bekanntlich vor einiger Zeit der Fährlich Förster durch eine Revolverkugel schwer verletzt aufgefunden worden. Die Hauptverhandlung findet am 25. November statt.

Untergang eines italienischen Segelschiffes. Wie aus Sao Theotonio bei Odeira gemeldet wird, ist der italienische Dreimaster „Evo“, der eine Holzladung führte, an der portugiesischen Küste gescheitert. Elf Mann werden vermisst.

Arbeiterriß. Wie aus Bau gemeldet wird, explodierte im Tunnel von Evgun der im Bau begriffenen Bahn vorzeitig eine Dynamitpatrone. Zwei spanische Arbeiter wurden getötet, ein dritter wurde lebensgefährlich verletzt. In einem Schieferbruch bei Angers wurden drei Arbeiter durch einen Felssturz getötet, zwei schwer verwundet.

Wurde eines französischen Militärfliegers. Der Militärflieger Hauptmann Lagarde geriet am Mittwoch in Billacrouslah kurz vor der Landung fünf Meter über dem Erdboden in Wden und stürzte ab. Der Flieger kam unter dem Motor und wurde auf der Stelle getötet.

Schwere Schlagwetterexplosion. Auf der fünften Sohle von Schacht 3 der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ in Bruckhausen ereignete sich eine Explosion Schlagender Wetter. In einem Brennschmelzofen hatten sich Wetter entwickelt, die sich an der Lampe eines Bergmannes entzündeten. Drei Bergleute verbrannten, einer erlitt lebensgefährliche Brandwunden. Auch das Befinden der beiden übrigen Verletzten gibt zu Bedenken Anlaß.

### Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Montag, den 17. November, abends 6 1/2 Uhr, in Reiners Reiner Harmonie, Adenmiller Str. 96/97, Vortrag: „Die Frau in der neuen Literatur“. Referent: Frau Wally Nepler. Gäste willkommen.

### Jugendveranstaltungen.

Brig Rudow. Donnerstag: 3. Vortrag des naturwissenschaftlichen Zirkels: Die Abstammung des Menschen. Herr Farnow. Sonntag: Besuch des Museums für deutsche Volkstrachten. Treffpunkt: Vormittag 10 1/2 Uhr Ecke Germania-promenade.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am 24. und 25. November 09, von vier bis sechs Uhr abends, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Kuverts ist ein Kuvertscheit und eine Zahl als Vermerk beizufügen. Briefliche Anträge sind nicht zurück. Anträgen, denen keine Abonnementsquittung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Bitte Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

St. R. Friedrich-Wilhelms-Anhalt für arbeitsame Berliner Rathaus, Zimmer 90. — R. G. 60. Berlin der vonsangehenden, Berlin, Engelwer 21. — G. R. 109. Uns lieber nicht bekannt. Schlagen Sie im Berliner Morgenblatt, II. Teil nach. — D. G. Neudöhlen. Ist uns nicht mehr möglich festzustellen. — G. G. 20. Die höchste Auskunft erhalten Sie im Auskunftsureau, Bahnhof Alexanderplatz. — J. 20. 11. 1. Richter, ja. 2. nein. — R. R. 33. Mit einem welchen Lappen trocken abreiben. — R. S. 1. D. G. 2. Welten entstehen wir nicht. Wo ist die Quittung? — 87 20. Schenken nur der Arzt beraten. — Selma 1890. Auch Sie müssen einen Arzt zu Rate ziehen. — C. G. 27. Berlin, Gellertstr. 15. — R. 666. Ach-Schlagflut, Vorl. Rich. Beier, Berlin, Wälderstr. 153, Hof III. Alles Nähere erfahren Sie dort. — W. D. 40. Fragen Sie bei der Erteilungsbekanntmachung des Magistrats Berlin, Wälderstr. 15 an. — J. 20. Hausbesitzerverein, Adenmiller Str. 97. — G. 50. Prof. Dr. H. W. H. Berlin, Wilhelmstr. 48. — R. 101. G. 1. Durch das Umwöhnen-Nabeamt in Hannover und Weiterverfolgung der von dort erhaltenen Auskunft. 2. Für Schneidmühl-Striegau I. Schl. —

## Die Blaublücker.

Durch die rapide Steigerung des Geschäftslebens hat wie alle anderen Verkehrsmittel auch der Fernsprechbetrieb eine kolossale Steigerung erfahren. Um nun diesem gesteigerten Verkehr zu genügen, ist man, wie in allen größeren Fabrikbetrieben, so auch bei der Behörde zur Einführung neuer Methoden übergegangen, die die Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft erheblich steigern. Man hat nach amerikanischen Mustern den Dienstleistungsbetrieb eingeführt. Aber was in amerikanischen Verhältnissen vielleicht noch erträglich ist, wird in einem behördlichen Betriebe zu unentbehrlichem Joch. Der Fernsprechbetrieb ist in Amerika in privaten Händen, und wenn damit auch nicht gesagt sein soll, daß die Arbeiterinnen dadurch genügend entlohnt werden, so besitzen sie doch das Koalitionsrecht, und können für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen.

Man hat im deutschen Fernsprechbetrieb ein ganz famoses System, sich billige Arbeitskräfte zu sichern, das sich nach Einführung des Dienstleistungsbetriebes noch ganz besonders bewähren wird. Die jungen Beamtinnen werden hier mindestens neun Jahre mit diätarischer Befoldung beschäftigt, und jeder Tag, den sie fehlen, wird ihnen vom Gehalt abgezogen. So wird die ganze Kraft daran gesetzt, während dieser Zeit ja nicht krank zu werden, denn das Krankengeld ist auch nicht hoch, und bei kürzerer Krankheitsdauer bleiben die ersten drei Tage unerfüllt. So kommt es, daß in diesen neun Jahren mit der Nervenkraft direkt Raubbau getrieben wird. Waren nun bei der bisherigen Betriebsart noch Ausflüchte vorhanden, das Anstellungsverhältnis einigermassen leistungsfähig zu erreichen, so wird es wohl in Zukunft ein seltener Fall sein, daß eine Beamtin die neunjährige Tortur aushält, bis ihr mit der Anstellung etwas mehr Gehalt und die Pensionsberechtigung zufließt. Noch läßt sich kein endgültiges Urteil fällen, wie verheerend der Dienstleistungsbetrieb in den Reihen der Telegraphengehilfinnen wüthet, denn noch ist er in Großberlin nicht allgemein durchgeführt. Nur in einigen Vermittlungsämtern, die außerhalb der eigentlichen Geschäftssphäre liegen, ist er voll in Aufnahme gekommen. Aber in nicht zu langer Zeit wird man ihn allgemein haben, denn es wird eifrig daran gearbeitet, den Betrieb allorts einheitlich zu gestalten. Selbst in diesen vom stärksten Geschäftsoverhead abseits liegenden Ämtern ist die Arbeitsleistung einer Beamtin um das Drei- bis Vierfache gestiegen. Wie statistisch festgestellt wurde, war bei der bisherigen Einrichtung eine Anzahl von 200 Verbindungen in der Stunde kaum zu überreichen möglich, während jetzt die Arbeitsleistung bis auf 900 Verbindungen sich steigert. Die Einrichtung im Dienstleistungsbetrieb ist derartig, daß sämtliche weiterzugehenden Verbindungen innerhalb eines oder nach anderen Ämtern auf einem Platz gehalten werden können. Und diese Möglichkeit wird natürlich bis ins äußerste ausgenutzt. Es werden immer weniger Arbeitsplätze in den Betrieb eingestellt, so daß die Beamtinnen, welche diese Plätze bedienen, bis zum Rest ihrer Leistungsfähigkeit ausgenutzt werden. Es sind bereits Fälle vorgekommen, daß diese Beamtinnen vor Erschöpfung hinausgeführt werden mußten. Es ist dies auch kein Wunder, wenn man die komplizierte Gehirntätigkeit der Telephonistinnen verbunden mit körperlicher Anstrengung in Betracht zieht. Während die Beamtin damit beschäftigt ist, mit einer ihr genannten Nummer zu verbinden, muß sie eine andere Zahl, die Dienstleistung, angeben; zu gleicher Zeit werden ihr schon neue Nummern angegeben. Wenn dann bis 900 Verbindungen in einer Stunde hergestellt und getrennt werden, so kann man sich leicht vorstellen, in welchem Tempo dies vor sich geht. Aber auch während der betriebsschwächeren Zeit, in den Mittags- und Abendstunden, tritt für sie keine nennenswerte Erleichterung ein, denn sie muß stets ausnahmefähig sein, und dieses Verhalten in derselben Spannung, ohne daß diese Spannung ausgenutzt wird, ist nicht weniger nervenzerrütend. Es ist gewiß einleuchtend, daß kaum ein Mensch eine solche Tätigkeit neun Jahre lang täglich 6—8 Stunden hindurch ausüben kann, ohne seine Nervenkraft schwer geschädigt zu haben. Es ist fast zur Regel geworden, daß die Beamtinnen, wenn sie die Anstellung endlich erreicht haben, einen wochenlangen Krankheitsurlaub nehmen müssen, um durch Ruhe den Nerven etwas von ihrer vergeudeteten Leistungsfähigkeit wiederzugeben. Aber sobald die Beamtin in den Dienst zurückkehrt, ist sie nach kurzer Zeit wieder überarbeitet.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß Beamtinnen, die in Stellen kommen, wo sie dem anspruchsvollen Schrankeidienst entzogen sind, diesen Posten mit allen Mitteln zu behalten suchen. Die Aufsichtsbeamtinnen sind angewiesen, sobald Anzeigen als irgend möglich einzubringen; und so geschieht es leider sehr häufig — ein schlimmes Zeichen für den Mangel an Solidaritätsgefühl unter der weiblichen Beamtenschaft — daß man eine Art solchen Posten aus übergroßer Angstlichkeit, oder auch, um als tüchtige, dienstfertige Beamtin zu erscheinen, der Schrecken ihrer Kolleginnen wird. Der Behörde steht das Recht zu, selbst bei den kleinsten Vergehen gegen die kleinlich strenge Dienstordnung Geldstrafen zu verhängen, wovon auch oft genug Gebrauch gemacht wird. Ist eine Beamtin den Anstrengungen des Dienstes nicht gewachsen und muß sie längere Zeit fehlen, so wird sie ohne alle Entschädigung entlassen, selbst wenn sie kurz vor der Anstellung steht und trotzdem nachlässig ist, daß sie sich die Krankheit in Ausübung ihres Dienstes zugezogen hat. Dienstunfälle, die einen Anspruch auf Entschädigung geben, sind bei dem jetzigen Betrieb fast ausgeschlossen, oder vielmehr wird dies von den Behörden und den Vertrauensärzten für ausgeschlossen erklärt; aber desto verheerender sind die sonstigen Wirkungen dieser Arbeit.

Trotz dieser Zustände herrscht eine eigentümliche Gleichgültigkeit in den Reihen der Beamtinnen gegenüber solchem System. Es wird das erklärt, wenn man bedenkt, daß fast das gesamte Personal aus dem sozialen Milieu des Mittelstandes, dem keinen Beamtentum hervorgeht. Dann sind die Telephonistinnen auch völlig rechtslos gegenüber dem Staate. Der Staat als Arbeitgeber steigert zwar ihre Arbeitsleistung ins Ungemessene, verweigert ihnen aber das Koalitionsrecht und das Recht auf Ehe und Mutterschaft. Zwar hat sich vor etwa sechs Jahren ein Verein gebildet, der aber nur unter solchen Bedingungen die behördliche Genehmigung erhielt, daß er zur Bedeutungslosigkeit verurteilt ist. Er darf nicht einmal Petitionen einreichen. Der Verein hat die „Übung des Ständebewußtseins“ als Hauptaufgabe auf seine Fahne geschrieben und fördert noch die Absichten der Behörde, das Eindringen aus anderen Schichten der Bevölkerung, die das Duzen unter die Krute bereits verlernt haben, zu verhindern. Und so ertragen die Telephonistinnen resigniert die Entrechtung ihrer Persönlichkeit. Diejenigen Frauen, die ihre Arbeitskraft dem Staate verkaufen, unterwerfen sich damit dem Joch. Statt ihr Streben darauf zu richten, diesen unwürdigen Zustand zu beseitigen, sehen sie als Angehörige einer sozialen Schicht, die keine soziale Zukunft hat, in der ihnen von ferne zu winkenden Pension das Ziel ihres Strebens.

Trotz der Ermahnisse, die die Behörde an Personal durch die Einführung des Dienstleistungsbetriebes macht, wird die Armes der im

Dienste des Staates stehenden Frauen größer und größer, und all diesen Tausenden von Frauen verlagert der Staat die einfachsten Menschenrechte, das Recht auf Mutterschaft und Koalition. Wenn Vertreter dieses Staates über Geburtenrückgang zeteren, so sollen sie nur daran denken, wie vielen Frauen es genommen ist, vollwertiges Glied der menschlichen Gesellschaft zu sein. Nur von der Sozialdemokratie haben auch diese Arbeiterinnen eine energische Vertretung ihrer Interessen zu erwarten, und gerade durch die gesteigerte Ausbeutung sollte auch in diesen Kreisen der Wille in Herz und Hirn geschärft werden, sich dem Befreiungskampfe des Proletariats anzuschließen.

## Spitzenausstellung.

Von Zeit zu Zeit spüren die Damen der Aristokratie und des höheren Bürgertums den Drang, der Deffenlichkeit davon Kenntnis zu geben, in wie selbstloser Weise sie sich um die armen Arbeiterinnen bemühen. Diesem Drang verdankt die „Ausstellung von deutschen Heimarbeiterinnen gefertigter Spitzen“ im Abgeordnetenhaus ihre Entstehung. Der Zweck der Ausstellung war weniger der zu zeigen, was Arbeiterinnen leisten, noch weniger der, zu zeigen, was sie bei dieser mühevollen Kunst verdienen, sondern lediglich der, die Ergebnisse der in den Schulen des Vereins zur Förderung deutscher Spitzenkunst“ beschäftigten Arbeiterinnen zu verkaufen. Die Ausstellung dauerte auch nur wenige Tage, da der Vorrat nicht groß war, doch wurden Bestellungen auf weitere Herstellung von den zum Verkauf ausgestellten Waren angenommen.

Seit einigen Jahren haben es einige Damen unternommen, der alten Spitzenkunst zu neuem Leben zu verhelfen. Sie gründeten den genannten Verein, dessen Leiterin immer eine adeliche Dame war (gegenwärtig Eggzellung von Hausmann). Von ausgebildeten Lehrkräften werden meist in ländlichen Bezirken Frauen in der Spitzenherstellung unterrichtet. Neben den Schulen der Fürstin Pleh in Hirschberg (Schlesien) bestehen solche in Oberschlesien, Sachsen, Harz, Thüringen, Holstein, Eifel, Trier und Bayern.

Neben Klöppel- und Nadelspitzen waren auch in Metall ausgeführte Strickspitzen ausgestellt, ferner mit Fischgräten gestrickte Garnspitzen, Filzarbeiten und die in Interferenzen hergestellten Leinwandgarnarbeiten mit Stopfmustern und Stidereien. Die Ausstellung war nur klein, sie zeigte aber neben den meterweise zu erhebenden grohen und feinen Spitzen in allen Preislagen auch wunderfeine Arbeiten, die von der Handfertigkeit der Herstellerinnen hohes Zeugnis ablegten. Wer einigermaßen mit der Herstellungsart vertraut ist und weiß, daß die jetzt 800 Arbeiterinnen, die der Verein angeblich beschäftigt, meist auf dem Lande leben, geht gewiß nicht fehl in der Annahme, daß die feinen Gebilde, die eine hohe Kunstfertigkeit verraten, von den Lehrerinnen der Spitzenkunst, die grohen Spitzen von den Schülerinnen hergestellt wurden. Käuferinnen und Verkäuferinnen waren Damen der hohen und höchsten Gesellschaftskreise, die lebenslang unter sich zu sein glaubten. Sonst würden sie den Käuferinnen nicht in so unverblümter Weise ihre Ansicht über die ausgestellten Ergebnisse vermittelte haben. So äußerte eine dieser Verkäuferinnen: „Die Sachen seien ja noch lange nicht so wie sie sein sollen, und man habe viele Mühe, bis man die Leute so weit habe, daß sie das leisten, was ausgestellt ist. Aber man verkauft es eben.“ Und gekauft wurde in der Tat recht viel. Mit Brillanten überreich beladene Hände wühlten in den Spinnvorrichtungen, brillantengeschmückte Hände stellten die Kaufzetteln aus. Daß sich auch einmal eine Arbeiterin unter die feudalen Besucher verirren könnte, schien den Damen ganz fern zu liegen. Auf die Frage nach der Arbeitszeit eines Gegenstandes wußte die Verkäuferin nicht weiter zu sagen, als ein erstauntes: „Arbeitszeit, Arbeitszeit? Nein, davon weiß ich nichts.“ Es hätte nur noch der Zusatz: „Das geht uns nichts an!“ gefehlt.

Wie nicht anders üblich, wurde den taunenden Besuchern die Technik des Klöppelns durch eine Thüringerin in ihrer Heimattstadt vorgeführt. Eine Besucherin, die dem Aussehen nach nicht zu den „niederen“ Volksschichten gehörte, ließ sich dahin aus: „Wer sich schon einmal damit befaßt hat, weiß, daß man sich bei der Arbeit solcher Sachen sein Brot nicht verdienen kann. Das sind Arbeiten zum Zeitvertreib, aber nicht zum Gelderwerb.“ Das war ein gerades, aber zutreffendes Wort. Die Auserwählte einer alten Kunst in einer technisch hochentwickelten Zeit, in der die Maschine ebenfalls wunderzarte Gebilde liefert, ist ein mühseliges Beginnen. Die Entwidlung läßt sich auch nicht von Damen des Adels und des Bürgertums aufhalten. Sie geht ihren ebenen Gang. Und diese Entwidlung bringt es eben mit sich, daß Ergebnisse der Handfertigkeit zu teuer in der Herstellung werden, um auf Absatz rechnen zu können. Und wenn sie Absatz finden sollen, so geschieht es auf Kosten der Arbeiterinnen. Die Künstlerinnen des Volkes müssen bei ihrer mühevollen Arbeit hungern, die Damen der Gesellschaft, die die Ergebnisse laut und lärmend bewundern und sie zum Schmud ihrer Garderobe verwenden, zahlen, zahlen sogar hohe Preise, ohne sich darüber Gedanken zu machen, ob der hoch scheinende Preis auch nur annähernd im Verhältnis zur Arbeitsleistung steht. Und doch sind unter den Künstlerinnen des Volkes diejenigen schon sehr hoch bezahlt, die bei ihrer Arbeit einen Jahresverdienst von 350—400 M. erzielen. Weß man ferner, daß ein Lehrkurs der Spitzenkunst 4—8 Wochen dauern soll und daß neben einem Einschreibegeld von 5 M. 40 M. Honorar dafür zu zahlen sind, so kann man nur die Armen bedauern, die vielleicht ihr letztes Scherflein opfern in der Hoffnung, einen lohnenden Erwerb zu finden. Um vor bitteren Enttäuschungen bewahrt zu werden, mögen Frauen und Mädchen der unieren Volksschichten solche brotlosen Künste denen überlassen, die sie zum Zeitvertreib ausüben können. Aber gut wäre es, wenn solche Ausstellungen auch von Arbeiterinnen besucht würden, sei es auch nur, um zu lernen, daß Arbeiterinneninteressen niemals durch die Damen des Adels und des Bürgertums vertreten werden können, sondern immer nur durch die Arbeiterinnen selbst. R. S.

## Frauenberufe.

### Die Volksschullehrerinnen.

In allen deutschen Staaten, mit Ausnahme von Lippe-Detmold, unterrichten Volksschullehrerinnen neben Volksschullehrern. Sie warten die ersten Beamtinnen, die der moderne Staat in seinen Dienst nahm. Ausschlaggebend war dabei zum großen Teil die „Billigkeit“ der weiblichen Lehrkräfte. Der Staat ist ja jederzeit bereit, vor der Frau die gleichen Pflichten wie vom Mann zu verlangen, aber er billigt ihr nur selten und ungern die gleichen Rechte zu. Das Streben der Volksschullehrerinnen geht natürlich dahin, den Lehrern, sowohl was Stellung als auch was Gehalt anbetrifft, gleich zu werden. Erforderlich ist dazu die gleiche Ausbildung, die wohl aber erst dann wirklich ermöglicht wird, wenn wir keine spezifisch männliche und keine spezifisch weibliche Bildung mehr haben, sondern eine allgemein menschliche.

In allen Ländern außer in Mecklenburg müssen die Lehrer vor ihrer ständigen staatlichen Anstellung ein zweites Examen ablegen. Dagegen wird dieses zweite Examen von den Lehrerinnen nicht allgemein verlangt, auch in Preußen nicht. Dort werden aber jetzt die Volksschullehrerinnen zum Rektorexamen zugelassen, das sie zur Leitung von Mädchen-, Volks- und Fortbildungsschulen berechtigt. In allen anderen Bundesstaaten sind die Lehrerinnen von diesem Posten ausgeschlossen. In Baden, Mecklenburg und Elsaß-Lothringen können sie als Hauptlehrerinnen kleinerer und von Mädchen besuchte Anstalten leiten.

Die geringe Anzahl von Lehrerinnen-Seminaren, die nur 11 Proz. aller Ausbildungsanstalten ausmachen, bedingen natürlich, daß viel weniger Stellen mit Lehrerinnen als mit Lehrern besetzt werden können. Selbst die beschränkte Zahl der ständigen Lehrerinnenstellen kann nicht immer von Lehrerinnen besetzt wer-

den. Weß aber die Zahl beschränkt ist, gefangen die Lehrerinnen später als die Lehrer und zum Teil nie zur ständigen Anstellung. Sie sind z. B. in Württemberg zur Ablegung des zweiten Examens genötigt, ohne daß ihnen die Immunität auf eine ständige Anstellung wie den Lehrern gesichert ist.

Trotz der so ziemlich gleichen Anforderung an Pflichtstunden sind die Lehrerinnen, sowohl was Gehalt wie Wohnungsentfädigung, Ortszulagen, Pensionsberechtigung anbelangt, den Lehrern gegenüber im Nachteil. Dabei leben die jungen Volksschullehrerinnen besonders auf dem Lande unter den gleichen Bedingungen in bezug auf Wohnung, Kleidung, Nahrung und Fortbildung wie die Lehrer. Nur einige Staaten gewähren Lehrern und Lehrerinnen das gleiche Anjungsgehalt. Die meisten Staaten machen von Anfang an einen Unterschied zwischen Lehrern und Lehrerinnen. In Preußen z. B. erhalten Lehrer 1400 M. und eine Pensionsberechtigung von 330 bis 800 M., Lehrerinnen erhalten dagegen 1200 M. und 250 bis 500 M. Pensionsberechtigung.

Mit der Verheiratung der Volksschullehrerinnen erschweren ihre Gehaltsansprüche, auch wenn sie noch so viele Dienstjahre hinter sich haben. Einige Staaten stellen verheiratete Lehrerinnen auf Widerruf an. Ansprüche auf ständige Anstellung haben sie aber nicht mehr. Die deutschen Volksschullehrerinnen sind also zum Jökibat verurteilt. Sie stehen dadurch unter einem Ausnahmegericht.

Wie die Vergleichsstatistik zeigt, besteht stellenweise ein großer Unterschied zwischen der Lage der männlichen und weiblichen Lehrkräfte an den Volksschulen. Trotzdem ist der Unterschied in den geforderten Leistungen ganz gering. Die Zahl der Pflichtstunden ist so ziemlich die gleiche. Dazu kommen die Korrekturen zu Hause, die Vorbereitungen für den Unterricht. Kein Wunder, daß bei den jungen Lehrerinnen, die mit Freude und Eifer ihr Amt antreten, bald Ueberreizung und Erschöpfung eintreten. Auch die überfüllten Schulklassen wirken darauf hin. Eine Lehrerin hat oft zwischen 80 bis 120 Kinder zu unterrichten.

Wie eine Vergleichsstatistik zeigt, besteht fast überall ein großer Gehalt der Lehrerinnen im allgemeinen, so kämpft sie auch dafür, daß die Lehrerinnen nicht als Menschen zweiter Klasse, nicht als geistig minderwertig betrachtet werden. Zu dieser Erkenntnis müssen sich aber vor allem die Volksschullehrerinnen selbst durchringen, wenn sie eine Verbesserung ihrer Lage wünschen. R. W.

Ein weiblicher Professor. Die Assistentin an der Kgl. Charité in Berlin, Fräulein Dr. med. Nafel Hirsch hat vor einigen Tagen den Professortitel erhalten.

## Kinderlügen.

Keine Kinder lügen oft aus mangelhaftem Gedächtnis. Was hast Du getan? fragt man sie. Es ist vor zwei Stunden geschehen, und das Kind denkt nicht so weit zurück. Da das Kind die Handlung für gleichgültig hielt, hat es sie sich nicht gemerkt. Darum können kleine Kinder lügen, ohne es zu wissen. Darauf muß man achten.

Sie können auch aus Rottweh lügen. Sie wissen, daß sie bei einem Nein frei ausgehen und daß sie bei einem Ja Schläge bekommen.

Sie können auch lügen, um sich einen Vorteil zu verschaffen. Es ist eine der ersten Entdeckungen des erwachenden Verstandes, daß ein glücklich angebrachtes Ja oder Nein recht nützlich sein kann.

Das Häßlichste ist, wenn sie sich gegenseitig beschuldigen. Sie wissen, der Fehltritt wird bestraft werden, einerlei an wem. Es kommt also darauf an, einen Sündenbock zu finden. Da hat die Erziehung schuld. Diese Strafe ist reine Rache. Der Fehltritt soll nicht bestraft werden, denn das heißt, noch einen Fehler begehen. Der Uebelthäter soll gebessert werden, belehrt werden, um seiner selbst willen den Fehltritt nicht wieder zu begehen. Diese Bewußtheit, daß der Fehltritt bestraft wird, ruft nur Furcht beim Kinde hervor, daß es für den Schuldigen gehalten wird; dann schweigt das Kind in bescheidiger Furcht, man würde irgend einen Fehltritt entdecken. (Aus Strindbergs Selbstbiographie „Der Sohn einer Magd“.)

## Literarisches.

Die Säuglingssterblichkeit in Ostbavarn und deren Bekämpfung. Von Dr. Johann Bapt. Koeber. (Verlag von Duncker u. Humblot. München und Leipzig 1913. 89 Seiten. 2 M.) Bayern hat von allen deutschen Bundesstaaten die höchste Säuglingssterblichkeit. Unter den europäischen Ländern folgt es unmittelbar hinter Rußland, das nach der Höhe der Säuglingssterblichkeit den ersten Platz einnimmt. Würde man aber die rheinischfälischen und französischen Gebiete auscheiden, so würde Bayern auch in ganz Europa an erster Stelle stehen! Insbesondere Ober- und Niederbayern und Oberpfalz können als das typische Säuglingssterblichkeitsgebiet bezeichnet werden. In ganz Bayern haben nicht weniger als 16 Kreise (Regierungsämter) eine Säuglingssterblichkeit von 30 Proz. und darüber, also doppelt so hoch als im Reichsdurchschnitt mit 16,2 Proz. 15 dieser Kreise entfallen davon auf Ostbavarn. Dieser soziale Tiefstand wird weiter dadurch illustriert, daß zahlreiche Regierungsämter eine gleich hohe Säuglingssterblichkeit aufweisen wie im Jahre 1878, während z. B. die Ziffer für München von 35 auf 17 gefallen ist. Der Bezirk Regen in Niederbayern zeigte sogar eine Zunahme der Säuglingssterblichkeit von 29 auf 32 in den Jahren 1878 bis 1910. Für diese auffälligen und beschämenden Tatsachen gilt es eine Ursache zu finden. Koeber sieht sie hauptsächlich in der notgedrungenen Frauennarbeit der kleinbäuerlichen Bevölkerung. Dem Klima schreibt er eine nur untergeordnete Bedeutung zu, obgleich in einzelnen Gegenden der Hochgebirge der Wassermangel mit Einfluß sein mag. Die entscheidende Ursache sucht er mit Recht in der Ernährungsart der Kinder, die infolge der Berufsarbeit der Frau vernachlässigt wird. Gerade die Bezirke der Klein- und Mittelbetriebe, wo die Bäuerin mitarbeiten muß, haben eine große Säuglingssterblichkeit. Bei der Untersuchung, inwiefern die Einkommens- und Wohnungsverhältnisse und die Unschicklichkeit von Einfluß sind, fehlt es dem Verfasser leider an ausreichendem statistischen Material. Der Vergleich von Sterblichkeit und Zahl der Armenunterstützten ist, wie Koeber selbst einsehen muß, für diese Fragen völlig unzureichend. Ein letzter Abschnitt der Studie beschäftigt sich mit den gesetzlichen und privaten Maßnahmen im Interesse der Mutter- und Säuglingschubes. Koeber verzichtet aber vollständig auf eine Kritik der Unzulänglichkeiten der bisherigen Maßnahmen, wie sie ja durch die erschreckend hohen Sterblichkeitsziffern für Bayern bewiesen wird. Das Schlusswort kommt sogar zu einer durch nichts gerechtfertigten Lobpreisung, daß „Vieles und Großes bereits in verhältnismäßig kurzer Zeit geleistet worden ist“.

Mutterschaft oder Emancipation? Von Dr. med. Adam Ander. (Verlag Paul Neumann, Berlin. 180 Seiten. 3 M.) Die Schrift des in Amerika lebenden Arztes ist typisch für die schwankende Stellung vieler unserer modernen Massenbiologen. Einerseits sucht Ander nachzuweisen, daß die Aufgabe der Frau von der Natur fest umgrenzt ist; die Mutterschaft sei der ausschließliche Beruf der Frau und jede andere Arbeit der Frau müsse ihr und der Gesellschaft Schaden bringen. Andererseits muß er zugeben, daß gesellschaftliche Verhältnisse rein natürliche Entwicklungsstadien durchbrechen. Ander erklärt z. B., daß die Einrichtung des persönlichen Eigentums zur Schädigung der Rasse führen muß. Einmal angenommen, daß das Ziel von der Ausschaltung der Frauenberufsarbeit schlechtweg wirklich erstrebenswert ist — so müßte Ander sich doch der Bekämpfung der Ursache, nämlich dem Kampf gegen das Privateigentum, zuwenden. Er schließt seine Arbeit aber mit dem „Lösungswort“, die Naturwissenschaft auf den Schild zu heben, obgleich doch nur die Sozialwissenschaft und der soziale Befreiungskampf brauchbare Mittel zur Beseitigung des Privateigentums sind.

